

Arzt Springer Verlag AG, Postf. 10 08 84, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Werbung: Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)
304-1 / Auslieferung: Köln (02 28) 10 15 24 / Vertriebsstellen
Bonn (02 28) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 Bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 5,00 £
Italien 1500 L. Jugoslawien 500 Ddr. Luxemburg 250 Ffr. Norwegen 5,00 Nkr.
Portugal 150 Esc. Schweden 100 Kr. Schweiz 2,00 Sfr. Spanien 170 Ptas. Tschechien 150 Ct.
Türkei 250 Lira

Heute in der WELT

Energie durch Wasserstoff

Neben zahlreichen möglichen Alternativen zur umweltfreundlichen Energieversorgung spricht man immer häufiger über den Wasserstoff. Seine Vorräte sind praktisch unerschöpflich, und es entstehen bei seiner Verwendung keine Schadstoffe. Über die Vor- und Nachteile einer Verwertung des Gases als Träger einer zukünftigen Energieversorgung berieten 350 Experten auf der 6. Welt-Wasserstoffkonferenz in Wien. Seite 6

Die großen Boulevards

Die Avenuen und Boulevards der Metropolen, Attraktionen für Touristen und professionelle Weltenbummler, stellt die WELT in einer feuilletonistischen Serie vor: Heute „La Castellana“ in Madrid, ein prachvoller Korso, an den sich der Prado und das Ritz, die Nationalbibliothek wie die Hauptpost lagern, wo also Geschäftsalltag und Kunstpreziosen zu lässiger Begegnung ermuntern. Seite 15

POLITIK

Spanien: König Juan Carlos hat vor beiden Kammern des neu gewählten Parlaments die dritte Legislaturperiode nach Einführung der demokratischen Verfassung eröffnet. Er rief zu gemeinsamen Anstrengungen auf, um den Terror, „diese Pest“, auszurotten.

Drogen: Die Bundesrepublik will auf der nächsten Weltkonferenz in Wien ein Konzept zur Drogenbekämpfung einbringen. Damit sollen die Erzeuger und Transitländer zur intensiven Bekämpfung der Rauschgift-Kriminalität verpflichtet werden.

Philippinen: Die 250 000 Mann starken Streitkräfte haben einen Treueeid auf die neue Verfassung geleistet. Auch drei Generale, die am 6. Juni an einem mäßiglichen Putsch gegen Ministerpräsidentin Aquino beteiligt waren, schworen auf die neue Verfassung.

Asyl: Der innerdeutsche Handel soll nach Bonner Auffassung kein Druckmittel in der Asylfrage werden. Regierungssprecher Norbert Schäfer: „Generell ist nicht an Maßnahmen gedacht, die die Rechtsgrundlage des innerdeutschen Handels berühren.“ (S. 8)

China: Peking hat Taiwan zur Teilnahme an den 8. Asiatischen Leichtathletik-Meisterschaften im Oktober eingeladen. Ein Sprecher des Organisationskomitees gab gestern bekannt, die chinesische Führung garantiere die Sicherheit der taiwanesischen Mannschaft. 34 Nationen nehmen teil.

Partner: Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat an die „DDR“ appelliert, mehr innerdeutsche Städtepartnerschaften zu ermöglichen. Spontane Kontakte zwischen den Menschen müssten möglich sein, Partnerschaften als Funktionstreffen würden abgelehnt. (S. 7)

Fischel: Nur in Unterharm und Turnhose ist ein 20-jähriger Angehöriger der „DDR“-Grenztruppen nach Schleswig-Holstein geflohen. Er konnte die Sperreanlagen im Raum Ratsburg unverletzt überwinden. Waffe und Uniform hatte er zurückgelassen.

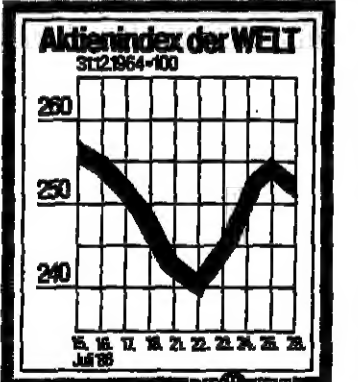
Immunität: Die Staatsanwaltschaft hat beim Bundesgericht beantragt, die Immunität des CDU-Abgeordneten Warhoff aufzuheben. Unzulässiges Betreiben einer kern-technischen Anlage wird dem Geschäftsführer der Hanauer Fabrik Alkem vorgeworfen. (S. 4)

WIRTSCHAFT

Gute Chancen: Die Bedingungen für Existenzgründungen sind so günstig wie seit langem nicht mehr. Zu diesem Urteil kommt eine Analyse des Bundeswirtschaftsministeriums. Rund 1,16 Mio. neue Unternehmen seien seit 1982 gegründet worden. (S. 9)

107,016 6107,002. BHF Performance Index 105,905 (105,862). Dollarkurs 2,1379 (2,1496) Mark. Goldpreis pro Feinunze 353,80 (349,40) Dollar.

Kernenergie: „Sofortabschalter haben in den Kommunen keine Chance“, erklärt der Präsident des Städte- und Gemeindebunds, Bernhart. Ein Sofortausstieg wäre „katastrophal“. (S. 9)



Börse: Bei geringem Auftragszuwachs gingen die Kurse an den Aktienmärkten wieder zurück. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 253,25 (255,60). BHF Rentenindex 107,016 (107,002).

KULTUR

Saisonbilanz: Das deutsche Theater auf dem Prüfstand. Knapp 50 Vorstellungen in 15 Städten wurden in der vergangenen Saison kritisch begleitet. Schauspiel, Autoren und Regisseure unter die Lupe genommen. Das Fazit: Vom Härtest bis zur Volksbildung wird fast alles geboten. (S. 15)

Plastiken: Leicht schmutzige wirken die Großplastiken von Bruce Nauman, die jetzt in der Basler Kunsthalle ausgestellt sind. Die Plastiken aus Glasfaser, Rohseifen oder Gips sollen so etwas darstellen wie Fundstücke aus dem Bauch der Erde und Platz für Mythen schaffen. (S. 15)

SPORT

Fechten: Die 17 Jahre alte Anja Fichtel aus Taubertalheim gewann bei den Weltmeisterschaften in Sofia die Goldmedaille gegen ihre Mannschaftskameradin Sabine Bau. (S. 8)

Fußball: Das Benefizspiel zwischen einer Welt-Auswahl und einer Amerika-Mannschaft brachte einen Erlös von 250 000 Dollar für die Unicef. Amerika gewann nach Elfmeterschießen mit 4:3. (S. 8)

AUS ALLER WELT



Antarktis: Pinguine (Foto) sind die einzigen Lebewesen, die die deutsche Forschungsstation an der Antarktis umgeben. Das neunköpfige Expeditionsteam arbeitet dort bei minus 35 Grad. Neun Monate sind sie von der Außenwelt abgeschnitten. (S. 16)

Oktoberfest: Erstmals darf in diesem Jahr auf dem Münchner Oktoberfest auch alkoholfreies Bier gegossen werden. Um Irrtümer auszuschließen, wird es dem Zecher nicht in den üblichen Glaskrügen, sondern in althergebrachten Steinkrügen kredenzt. (S. 16)

Umwelt - Forschung - Technik
Leserbriefe und Personalien
Ferien
Wetter: Warm und gewittrig

Seite 6
Seite 6
Seite 14
Seite 16

Gorbatschow stellt Rückzug aus Afghanistan in Aussicht

In Wladiwostok eine Geste in Richtung Peking / Für „Aussöhnung“ in Kabul

cgs/DW, Wien/Moskau
Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat in der Hafenstadt Wladiwostok an der sowjetischen Pazifikküste eine spektakuläre Geste der Annäherung gegenüber China vollzogen. Gorbatschow kündigte an, die Sowjetregierung werde bis Ende dieses Jahres sechs Regimenter - darunter ein Panzerregiment - aus Afghanistan abziehen. Gorbatschow erklärte, der weitere Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan könne beschleunigt werden, sobald eine politische Einigung erzielt werde.

Panzerregiment. Ihre Stärke wird von westlichen Beobachtern mit etwa 7000 Mann angegeben. Die Gesamtstärke sowjetischer Truppen in Afghanistan beträgt zur Zeit etwa 115 000 Mann. Westliche Militärexperten weisen darauf hin, daß die wichtigsten sowjetischen Kampfruppen, die in Afghanistan gegen die Aufständischen im Einsatz sind - nämlich die Luftlandeinheiten - sich nicht unter den abziehenden Verbänden befinden werden. Gorbatschow sagte, die sechs Regimenter würden an ihre sowjetischen Standorte zurückgebracht, und zwar so, daß alle, die sich dafür interessieren, sich davon leicht überzeugen könnten.

Europa abgezogenen Mittelstreckenraketen keinesfalls in Asien - also gegen China oder gegen Japan - aufstellen, sondern die Waffen wirklich vernichten werde.
Die sowjetisch-chinesische Grenze solle, so Gorbatschow, ein „Gürtel der Freundschaft“ werden. Der Parteichef bot den Chinesen eine weitgehende Kooperation im wirtschaftlichen sowie wissenschaftlich-technologischen Bereich an. So will Moskau den Chinesen eine Zusammenarbeit im Weltraum und sogar die Ausbildung chinesischer Kosmonauten im sowjetischen Weltraumzentrum anbieten.

Als Krönung seiner „Friedensoffensive“ in Richtung Asien schlug der sowjetische Parteichef die Einberufung einer Sicherheitskonferenz - analog zur KSZE - vor, und zwar in Hiroshima.

Das Antwortschreiben Präsident Reagans werde, so Gorbatschow, daraufhin abgeklappt, ob die Vorschläge Aussicht auf konkrete Abkommen böten. Moskaus Reaktion hänge zum Teil davon ab, welchen Kurs die USA in der SDI-Frage steuern werden.

Geißler: Pinochet fördert Kommunisten

„Eine Protestwelle könnte Chile helfen“ / WELT-Gespräch mit dem CDU-Generalsekretär

GÜNTHER BADING, Bonn
Der chilenische Militärdiktator General Pinochet versucht nach Ansicht von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, mit einer „Politik der Polarisierung“ die Chilenen zu entzweien. Sie sollten damit „vor die Wahl gestellt werden, sich entweder für die Fortdauer seines Regimes oder aber für den Kommunismus und damit das Chaos zu entscheiden.“

demokratischen Kräften im Lande auch jene Bestrebungen in der Militärjunta und der Regierung unterstützt werden müssen, die den Übergang zur Demokratie befürworten.“
Zu den geradezu konspirativen Umständen, unter denen er sich mit seinen christdemokratischen Parteifreunden in Chile treffen mußte, sagte Geißler: „Das Schlimme ist, daß auf der einen Seite die Parteiveranstaltung der PDC in Valparaiso verboten wurde. Auf der anderen Seite wurde an demselben Versammlungsort, in einem Gewerkschaftsraum, der Kommunistischen Partei Chiles erlaubt, eine Versammlung abzuhalten.“

Die chilenischen Christdemokraten hätten eine klare Position bezogen. Sie wollten nicht mit den Kommunisten zusammenarbeiten. Sie sind der Auffassung, daß Pinochet und die Kommunisten in ein Lager gehören, denn beide verletzen die Menschenrechte und beide sind bereit, Gewalt anzuwenden.“ Die Rückkehr zur Demokratie sei nur über freie Wahlen möglich. Allerdings sei die PDC bereit, eine für die Militärjunta akzeptable Übergangslösung zu suchen. „Allerdings ist dieses Angebot zum Dialog von der Militärjunta, genauer gesagt von Pinochet, bisher abgelehnt worden. Er weigert sich, mit demokratischen Kräften überhaupt zu sprechen.“

Kritik übte Geißler an Äußerungen des Militärschefs an den deutschen Botschafter. Der Oberstleutnant habe bei einem Abschiedsbesuch zwar die Verletzten unter der chilenischen Bereitschaftspolizei bedauert, allerdings kein Wort zu den Opfern der Repression durch die chilenische Militärdiktatur verloren. Als Vertreter der deutschen Regierung dürfe der Offizier keine so einseitigen Stellungnahmen abgeben. In den vergangenen Wochen seien viele junge Leute von der Sicherheitspolizei festgenommen und gefoltert worden. Ein Mann und eine junge Frau seien mit Benzin übergossen und angezündet worden. Dazu habe der Militärschefe kein Wort gesagt.

Syrien hinter dem Anschlag von Beirut?

Diplomaten vermuten Zusammenhang mit der Nahost-Reise von Vizepräsident Bush

Im Bonn
Das jüngste Attentat im Vorwiegend von Christen bewohnten Beirut Viertel Ain Rummaneh bestätigt die Befürchtung westlicher Diplomaten in Beirut, Paris und Bonn, daß die Gewalt in Libanon wieder gefährlich und möglicherweise unkontrollierbar eskaliert. Der Anschlag wurde gestern morgen zur Hauptverkehrszeit in der stark frequentierten engen Straße Wadi Naim verübt. Die Explosion eines mit rund 230 Kilogramm TNT bestückten Mercedes 230 vor einem Milchgeschäft forderte mindestens 34 Tote und mehr als hundert Verletzte. Für den christlichen Teil von Beirut war es der achte und blutigste Anschlag in diesem Jahr.

zwar von Gebieten aus, die von Syrien kontrolliert werden.
Ein Sprecher der libanesischen Christen machte gegenüber der WELT die Führung in Damaskus für das gestrige Attentat verantwortlich. Er nannte keine Beweise. Neutrale politische Beobachter gehen jedoch ebenfalls davon aus, daß Damaskus die Eskalation der Gewalt betreibt. Es läge im Interesse der Syrer, sowohl den Christen in Libanon als auch ausländischen westlichen Mächten zu zeigen, daß eine Friedenslösung im Nahen Osten ohne Syrien nicht möglich sei. In der Tat haben die Syrer wiederholt gerade dann Kämpfe in Libanon entfacht, wenn westliche Politiker die Region besuchten.

Durch die Reise des israelischen Premierministers Peres zu König Hassan von Marokko und auch durch die zwölftägige Nahost-Tour des amerikanischen Vizepräsidenten Bush sei wieder Bewegung in das nahöstliche Krisengebiet gekommen. Syrien drohe die Isolierung, auch wenn der jordanische König, der derzeit einzige

namhafte Verbündete der Syrer, sich ostentativ zurückhält. Hussein trifft noch in dieser Woche mit Bush zusammen. Damaskus gehört nicht zu den Stationen der Bush-Reise. Das Signal des syrischen Präsidenten Assad an König Hussein könnte lauten: Attentate wie in der Straße Wadi Naim sind auch in Amman möglich.

Syrien hat ferner in Libanon erhebliche Schwierigkeiten, seine dominierende Rolle zu behaupten. Der Sicherheitsplan für das muslimische West-Beirut, den die syrischen Truppen garantieren sollen, wird von kleineren schiitischen Gruppen nicht akzeptiert. Sie streben sich gegen die Stationierung syrischer Truppen in ihren Wohngebieten. Auch die Christen haben betont, daß sie sich einem Vormarsch syrischer Verbände nicht willig zeigen würden. Gegen Attentate jedoch sind die libanesischen Gegner der Syrer kaum gefeit, denn Damaskus verfügt wie die Aufklärung früherer Anschläge zeigt, über zahlreiche Spitzel und Helfershelfer auf beiden Seiten.

Streit um die Energieforschung

DW, Bonn
Der Vorsitzende des Bundesverbandes Deutschland in den schwarafrikanischen Staaten haben sich gestern in Damern gegen den Vorwurf gewandt, Bonn arbeite militärisch und nuklear mit Südafrika zusammen. Dieser Vorwurf war von den Außenministern der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) am Wochenende als Grund dafür genannt worden, daß sie die Bundesrepublik Deutschland zum erstenmal neben den USA, Großbritannien und Frankreich wegen ihrer Südafrikapolitik verurteilten. Über die Resolution wird endgültig auf der gestern in Adis Abeba eröffneten OAU-Gipfalkonferenz entschieden werden.
Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes äußerte die Hoffnung, daß die Resolution anders aussehen werde, wenn die beteiligten Regierungen von den deutschen Botschaftern über die Südafrikapolitik Bonns „aufgeklärt“ worden seien.

Bonn widerspricht den Afrikanern

Co, Bonn
Die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in den schwarafrikanischen Staaten haben sich gestern in Damern gegen den Vorwurf gewandt, Bonn arbeite militärisch und nuklear mit Südafrika zusammen. Dieser Vorwurf war von den Außenministern der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) am Wochenende als Grund dafür genannt worden, daß sie die Bundesrepublik Deutschland zum erstenmal neben den USA, Großbritannien und Frankreich wegen ihrer Südafrikapolitik verurteilten. Über die Resolution wird endgültig auf der gestern in Adis Abeba eröffneten OAU-Gipfalkonferenz entschieden werden.
Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes äußerte die Hoffnung, daß die Resolution anders aussehen werde, wenn die beteiligten Regierungen von den deutschen Botschaftern über die Südafrikapolitik Bonns „aufgeklärt“ worden seien.

„Unterhalt“ für Otto John

EN, Bonn
Bundespräsident von Weizsäcker hat dem 1954 durch einen spektakulären Übertritt nach Ost-Berlin in kommunistische Dienste getretenen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, durch Entschieden „jederzeit widerruflichen Unterhaltsbeitrag“ zugesprochen. Der 77 Jahre alte John lebt im österreichischen Igl. Seit Jahren kämpft er um seine Rehabilitierung.
John war in Ost-Berlin als politischer Flüchtling aufgetreten. Später erklärte er, verschleppt worden zu sein. Nach seiner Rückkehr wurde er 1955 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt und 1958 vom damaligen Bundespräsidenten Heuss begnadigt. Das Bundespräsidentenamt betonte auf Anfrage der WELT, daß mit dem Unterhaltsbeitrag weder eine Rehabilitierung noch eine Beseitigung der Abgrenzung der Beamtenrechte verbunden sei. Von einer „korrigierenden Gnade“ könne keine Rede sein.

DER KOMMENTAR

Angebot nach Osten

CARL GUSTAF STRÖHM

Michail Gorbatschow hat in Wladiwostok ein Fenster in Richtung Osten aufgestoßen. Er kündigte einen - wenn auch nur symbolischen - Abzug von sechs Regimenten der Sowjetarmee aus Afghanistan an. Er sprach von einer möglichen Verminderung sowjetischer Einheiten in der mongolischen Volksrepublik, also vor den Toren Chinas. Er machte den Chinesen Angebote wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit.
Die Motive dieser neuen Friedensoffensive in Richtung Asien liegen, ähnlich wie die weniger spektakulären Offerten für Westeuropa, in der sowjetischen Innenpolitik. Gorbatschow muß versuchen, das so-wjetische Über-Engagement in der Weltpolitik ebenso zu reduzieren wie die astronomischen Rüstungslasten, die eine Reform oder gar Gesundung der maroden sowjetischen Volkswirtschaft unmöglich machen. Ähnlich wie Lenin und später Chruschtschow strebt er eine „Atempause“ (Peredyschka) an.

Darin treffen sich seine Interessen zweifellos mit jenen der chinesischen Führung.
Aber die sowjetischen Angebote für Asien sind in mehrfacher Hinsicht zweischneidig. Da ist einmal die Tatsache, daß Konzessionen, selbst wenn sie mehr propagandistischer als substantieller Natur sind, den Appetit der Gegenseite nicht vermindern, sondern erhöhen. Die Sowjetunion ist in Asien - von Iran über Afghanistan bis in den Fernen Osten - mit Nationen konfrontiert, die nicht von dem Gedankens Blässe angekränkt sind wie manche Westeuropäer.
Zum anderen ist aber für Gorbatschow auch das innere Kräfteparallelogramm eine große Unbekannte. Werden die Militärs, die sich von Chruschtschow nicht hineinander ließen, so ohne weiteres akzeptieren, daß sowjetisches Blut in Afghanistan umsonst geflossen ist, weil Gorbatschow jetzt anderes im Sinn hat? Das sind schicksalhafte Fragen an den Generalsekretär.

Loch in die Mauer gesprengt

DW, Berlin
Im Berliner Bezirk Kreuzberg unweit des Grenzüberganges „Checkpoint Charlie“ haben Unbekannte in der Nacht zum Montag ein etwa ein Quadratmeter großes Loch in die Mauer gesprengt. Durch die Detonation wurden auch zahlreiche Fenster-scheiben und Kraftfahrzeuge beschädigt. Der Staatsschutz vermutet Rechtsextremisten hinter der Tat. Zur Aufklärung des Anschlages bemüht er sich auch um Kontakte zur „DDR“.

Wahl in Thailand stärkt Gemäßigte

DW, Bangkok
Bei den Wahlen in Thailand hat die gemäßigte „Demokratische Partei“ ihre Mandatszahl fast verdoppelt (101 von 344 Sitzen). Die früher stärkste „Soziale Aktionspartei“ fiel auf den dritten Platz zurück (43 Sitze). Zweitstärkste Fraktion ist jetzt die rechtsgerichtete „Chart Thai“ (62 Sitze). Diese Parteien werden wahrscheinlich eine Koalition unter dem bisherigen parteilosen Ministerpräsidenten Prem Tinsulanonda bilden.

Scharmützel am WAA-Bauzaun

DW, Burglengenfeld
Nach dem Ende des friedlich verlaufenen Anti-Wackersdorf-Festivals in Burglengenfeld ist es in der Nacht zum Montag am Bauzaun der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) zu leichten Zwischenfällen gekommen. Kernkraftgegner hätten wiederholt versucht, Zaunstäbe durchzusägen, Baumspalten zu errichten und kleine Brände zu legen, berichtete die Polizei. Bei dem Festival seien 78 Personen festgenommen und 3000 Gegenstände sichergestellt worden.

Bonn sucht neue Formen der Zusammenarbeit mit Moskau

Gorbatschow denkt an Gründung deutsch-sowjetischer Firmen

BERNT CONRAD, Bonn
Die Bundesregierung ist bereit, mit der Sowjetunion „neue, in die Zukunft gerichtete Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ zu suchen. Darauf hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in einem Interview mit der sowjetischen Presseagentur Nowosti hingewiesen. Er betonte: „Wir haben verabschiedet, zu prüfen, inwieweit im Rahmen der bilateralen Wirtschaftskommission hierzu konkrete Ansatzpunkte erarbeitet werden können.“
Dahinter steht ein Wunsch, den Parteichef Michail Gorbatschow am Montag vergangener Woche gegenüber Genscher in Moskau geäußert hat. Offensichtlich mit Blick auf die von ihm angestrebte Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft und unter Berücksichtigung der Moskauer Zahlungsschwierigkeiten aufgrund gesunkener Öl-Einnahmen meinte Gorbatschow, man sollte zu einer „neuen Struktur“ in den beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen kommen. Als Beispiele nannte er Kompensationsgeschäfte und die Möglichkeit deutsch-sowjetischer Firmengründungen, sogenannter joint ventures.
Da Kompensationsgeschäfte anstelle von Barzahlungen im deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverkehr ohnehin schon verbreitet sind, dürfte sich Gorbatschows Bemerkung darüber nur auf neue Formen der Abwicklung solcher Projekte beziehen haben. „Joint ventures“ nach dem Vorbild deutsch-ungarischer Firmenkooperationen hingegen hat es bisher mit sowjetischen Betrieben nicht gegeben. Gorbatschows Idee, hier Neuland zu betreten, würde in sein Modernisierungskonzept passen. In diese Richtung könnte auch die Erwägung zielen, wirtschaftliche Freizonen zu schaffen, in denen deutschen Firmen Gewinntransfer und Zollfreiheit garantiert würden.
Prinzipiell waren sich Gorbatschow und Genscher einig: „Wir sollten gemeinsame Interessen entdecken.“ Nach Ansicht von Experten liegt hier ein wesentlicher Grund dafür, daß Moskau wieder engere Kontakte mit Bonn anstrebt.

Trauerfeier für Opfer von Straßlach

DW, München
Bei den Trauerfeierlichkeiten für die Opfer des Anschlages von Straßlach hat Bundesforschungsminister Riesenhuber in München den ermordeten Siemens-Manager Beckurts einen „einzigartigen Wissenschaftler“ genannt. Er habe sich als Fürsprecher der Kernenergie immer wieder den kritischen Fragen Andersdenkender gestellt und Forschung und Technik unserer Zukunft mitbestimmt. Auch in der Umweltforschung habe er sich große Verdienste erworben.

Doch kein Streit Thatcher-Queen?

DW, London
Der Privatsekretär der britischen Königin Elizabeth II., Heselbine, hat Berichte über kritische Äußerungen der Queen über den Regierungstil von Premierministerin Thatcher demontiert. In einem Brief an die Londoner „Times“ schreibt Heselbine, die umstrittenen Zitate in der „Sunday Times“ stammten zwar vom Pressescheff der Königin, Michael Shea. Dieser sei aber über die Meinung der Queen nicht informiert gewesen.

Jaruzelski trifft den Papst in Rom

KNA, Rom
Der polnische Staatschef Jaruzelski wird im Herbst zu einem Staatsbesuch in Rom erwartet. Bei einer Audienz im Vatikan wird er dem Papst eine offizielle Einladung der Regierung für dessen dritte Polenreise überbringen und die Programmziele sowie die Etappen der Visite erläutern. Der polnische Primas, Kardinal Glemp, hatte bereits in der vergangenen Woche mit dem Papst im Vatikan über den für Juni 1987 geplanten Polen-Besuch gesprochen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Unbelehrbare Szene

Von Günter Zehm

Die Reden auf der Trauerfeier für den Siemens-Manager Professor Beckurts und seinen Fahrer Groppler trugen hörbar Sorge, vor allem die sogenannten privaten Qualitäten der beiden Terroropfer von Straßlach in Erinnerung zu bringen. Bei allem Lobpreis für Beckurts' wissenschaftliche und führungstechnische Leistungen dominierte der Blick auf den Familienvater, Freund und Kollegen, und das war gut so. Die Redeweise der Terroristen, daß Persönlichkeiten wie Professor Beckurts doch „nur Charaktermasken“ oder „Funktionsmasken“ seien, wurde Lügen gestraft. Hinter den öffentlichen Funktionen der Ermordeten erschien der Mensch, der unverwundbar und nicht ersetzbar ist.

Man wünschte sich etwas vom Geist dieser Reden in den Verlautbarungen „bekehrter“, durch Jahre der Haft „geläuterter“ Ex-Terroristen. Aber alles, was man von dort hört (und man hört dank des Eifers gewisser Magazine zur Zeit wieder sehr viel von dort), erreicht nicht einmal den Vorhof einer bescheidenen, eigentlich selbstverständlichen Menschlichkeit.

Statt dessen wird doziert über die „geänderten Verhältnisse“, die den „Kampf gegen einzelne Individuen“ sinnlos gemacht hätten, über „Taktik“ und „globale Strategie“, allenfalls noch über die „Verzweiflung“, die den Täter zur Zeit seiner Tat erfüllt habe. Kein Wort des Bedauerns dagegen, daß man aus ideologischer Verblendung unwiderbringliches Menschenleben auslöschte, kein Wortlein der Reue oder auch nur des Mitleids mit den Opfern.

Noch immer, so scheint es, hat die „Szene“ ihre Lektion nicht gelernt. Noch immer glauben ihre Matadore, sich zwecks Verwirklichung irgendwelcher Utopien das Recht herausnehmen zu dürfen, Mitmenschen in Systeme zu pressen und gegebenenfalls zu „annihilieren“, wenn nicht physisch, so doch wenigstens psychisch und semantisch. Die ruchlose Anmaßung, „im Namen von“ irgend etwas zu handeln, das entfremdete Sprechen und die Mordlust aus „verzweifelter Einsicht“ sind noch immer nicht aus der Welt. Und solange das der Fall ist, besteht leider auch noch ein guter Nährboden für skrupellose Bombenleger und Revolverschützen.

Wieder bei Craxi

Von Friedrich Meichsner

Setting Craxi befindet sich nach der in Rom vorherrschenden Überzeugung auf der Zielgeraden. Mit der Beilegung der Ende Juni ausgebrochenen italienischen Regierungskrise wird für die nächsten Tage gerechnet. Wenn alles programmgemäß verläuft, werden sich die fünf Parteien der bisherigen Regierungskoalition substantiell auf ein Zweijahres-Regierungsprogramm bis 1990, personell auf eine Zwischenlösung bis zum kommenden Frühjahr einigen. Dann soll ein Christdemokrat Craxi als Ministerpräsident abhaken.

Das Verblüffende an dieser Regelung ist, daß sie schon vor drei Monaten, also vor Ausbruch der jetzigen Regierungskrise, von den fünf Koalitionspartnern vereinbart worden war. Warum es einer aufwendigen Krise bedurfte, um die Abmachung noch einmal zu bestätigen, weiß wohl nur der innere Kreis der römischen „Partitokratie“. Dem Normalbürger erschien diese Krise von Anfang an künstlich und völlig überflüssig.

Offensichtlich hatte sie nicht einmal die Wirkung eines reinigenden Gewitters. Die gerade in den letzten Tagen wieder aufgeflammete Polemik zwischen Christdemokraten und Sozialisten läßt das befürchten. Daß sie in letzter Minute doch wieder alles in Frage stellen könnte, gilt zwar als unwahrscheinlich, nicht aber als ausgeschlossen.

So wenig innenpolitisch durch die Krise an Klärung bewirkt wurde, so unübersehbar sind gewisse Wirkungen im Ausland. Der nach dreijähriger Regierungszeit Craxis weithin aufgekommene Eindruck, daß Italien politisch doch stabiler sei als sein Ruf, hat sich wieder verflüchtigt. Wie man hört, soll selbst Michail Gorbatschow daraus die Konsequenzen gezogen und die Vorbereitungen für seinen für Oktober geplanten Rom-Besuch unterbrochen haben. Auch in Washington und in den EG-Hauptstädten lebt man auf neue in Ungewissheit, wer der italienische Gesprächspartner der nahen Zukunft sein wird.

Wer auch immer sich hinter der Tarnkappe der parlamentarischen „Heckenschützen“ verbergen mag, die das Kabinett vor einem Monat zum Rücktritt zwangen, er hat dem Land sicherlich keinen guten Dienst erwiesen – und sich selbst wohl auch nicht; soll doch letztlich alles beim alten bleiben.

Concern oder dismay

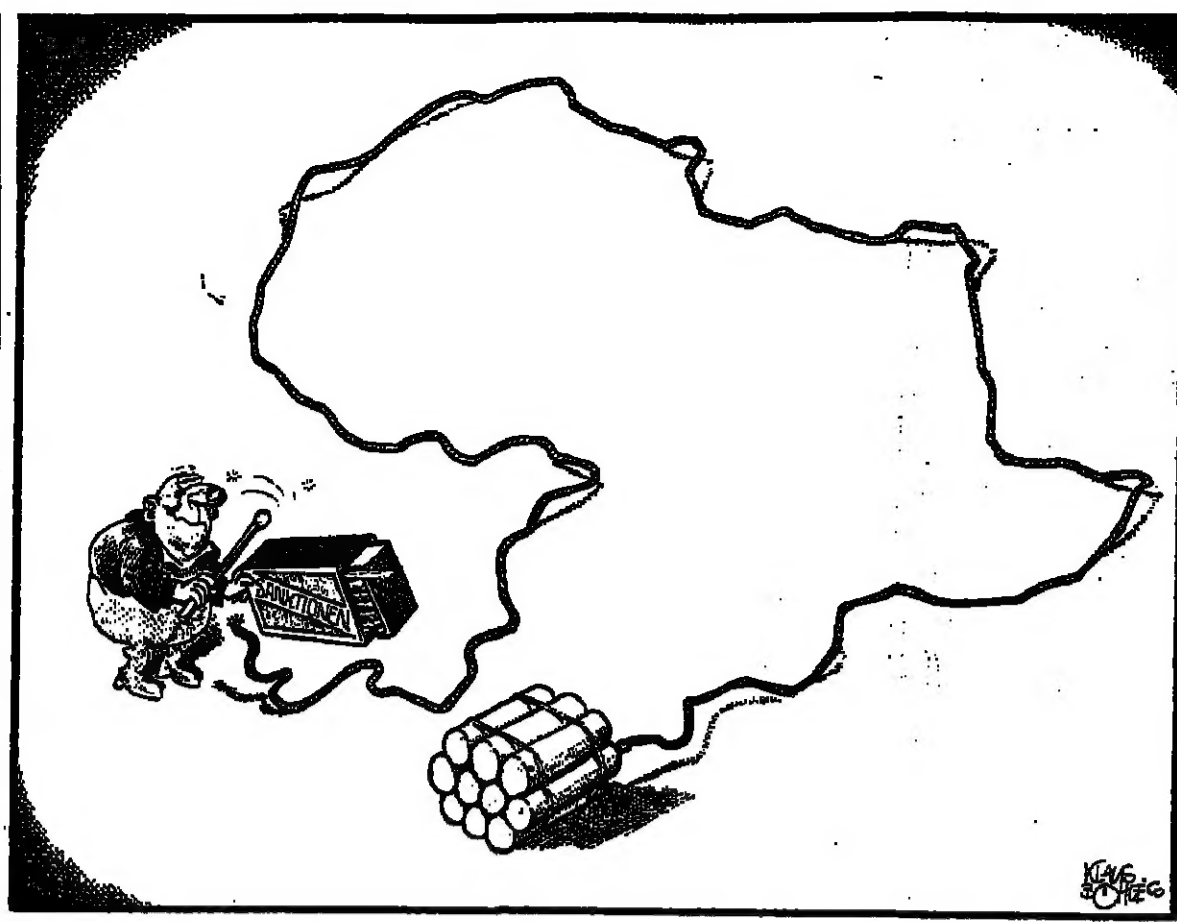
Von Reiner Gattermann

Was als „konstitutionelle Krise“ und persönliche Aversion zwischen der Queen und ihrer Premierministerin Margaret Thatcher Schlagzeilen gemacht hat, erwies sich, wie erwartet, als peinliche Zeitungsente. Der Chefredakteur der „Sunday Times“, Andrew Neil, schnupperte die Sensation hinter ganz normalen Gesprächsfloskeln, vermittelt von Michael Shea, dem Pressesprecher der Königin. „Ist die Queen besorgt über den Südafrika-Konflikt?“ „Ja, selbstverständlich, es wäre wohl ungewöhnlich, wenn sie das nicht wäre.“ So ungefähr soll das „Hintergrundgespräch“ zwischen „Sunday Times“-Journalisten und Shea verlaufen sein.

Natürlich ist die Queen besorgt über die Situation im Commonwealth, über die Arbeitslosigkeit im eigenen Land und das Wachsen der sozialen Klüfte. All das ist nicht neu. Die Königin kann in ihrer Position als politisch machtloses Staatsoberhaupt über vieles „besorgt“ (concerned) sein; sie hat jedoch keine „Meinung“ (view). Die darf nur ihre Regierung haben. Und bei Andrew Neil wurde aus der „Besorgnis“ die Bestürzung (dismay). Vielleicht glaubte er diese Änderung in der Gewissheit vornehmen zu können, daß einige konservative Politiker einen solchen Worttausch begrüßen würden, um ihn als Druckmittel gegen Frau Thatcher einsetzen zu können.

Er hat sich jedoch kräftig verkalkuliert und wird große Anstrengungen unternehmen müssen, um die Glaubwürdigkeit seines Blattes wiederherzustellen. Es fällt auf, daß recht häufig Zeitungen über „concerns“ der Queen berichteten; angeblich vermittelt von nicht namentlich genannten „engen Beratern“. Davon gibt es offiziell nur drei. Falls Hofbeamte von früheren Gepflogenheiten abwichen und plauderten, dürfte damit nach den Shea-Erfahrungen Schluß sein. Vor allem die Königin wird dies begrüßen. Sie kennt nur zu gut ihre konstitutionelle Rolle im Vereinigten Königreich und weiß, daß diese Geschichten ihr nur schaden können.

Soweit allerdings Andrew Neil die Premierministerin in Schwierigkeiten zu bringen suchte, ist ihm dies trotz seiner Ente zumindest teilweise gelungen. Denn die Saat des Mißtrauens ist ausgelegt, und da helfen auch keine Dementis mehr.



KLAUS SCHLIE

Dormagen ist überall

Von Enno v. Loewenstern

Es ist denkbar, daß das Städtchen Dormagen am Niederrhein einst als Ausgangspunkt der geistigen Wende in unsere Geschichte eingestiegen ist. Man mag nicht, es zu hoffen, man muß aber davon reden.

Wegen Dormagen droht die CDU von Nordrhein-Westfalen der SPD nicht nur eine Verfassungsklage, sondern auch ein Volksbegehren an. In Dormagen will der Düsseldorf-Kultusminister Schwier gegen den Willen des Stadtrats eine Gesamtschule errichten. Anschließend auch gegen seinen eigenen Willen; er selbst räumt einen „verhältnismäßig massiven Eingriff in das Verfassungsrecht auf kommunale Selbstverwaltung“ ein: auch, daß „das Prozessrisiko nicht voll abschätzbar“ sei. Aber ihm sitzt ein extrem linker Flügelmann namens Manfred Dammeyer im Genick.

Es mag sein, daß der Düsseldorf-SPD-Regierung zwar nicht das Prozessrisiko, wohl aber das politische Risiko abschätzbar erscheint. Denn dieselbe CDU, die hier von einem Volksbegehren spricht, hat sich schon einmal damit in Nordrhein-Westfalen blamiert. Im Jahre 1978 weigerte sie sich, ein Volksbegehren gegen die „Kooperative Schule“ zu unterstützen, weil sie sich den Sieg nicht zutraute. Daraufhin initiierten die Eltern das Volksbegehren selbst; es wurde die größte Bürgerbewegung auf westdeutschem Boden. Als die Millionen-Zustimmung sich abzeichnete, sprang die CDU auf den Zug auf – und verlor. Der sensationelle Erfolg und ihr eigenes Ansehen so gründlich, daß es zwei Jahre später zum bis dahin größten Wahlerfolg der SPD in Nordrhein-Westfalen kam. Derselben SPD, die eben noch eine so fürchterliche Absage ihrer Landespolitik mit den Ohren bekommen hatte.

Seither hat die CDU sich speziell in der Schulpolitik schwach dargestellt. Ihre Grundhaltung war Anpassung: Die Gesamtschule sei nun mal da – gewiß sei sie schlecht, aber man könne doch nicht die Eltern damit kränken, daß man ihnen beschneide, ihre Kinder auf Klippenschuulen zu schicken. Nun geht der Impuls allerdings wieder von erbitterten Eltern aus, aber wieder tastet die Landes-CDU angestrengt mit der Zehne ins kalte Wasser: ein paar Unbekannte reden vom Volksbegehren. Die Führung hält sich zurück und philosophiert vage über Anpassung bei Raketen, Kernkraft-

werken und anderen Dingen, wo laute Minderheiten den Ton angeben und die schweigende Mehrheit demzufolge leicht übersehen wird.

Aber vielleicht begreift die Bundes-CDU endlich die Dimension des Schul-Beispiels. Die SPD, einst die Partei des Bildungsfortschritts, hat sich zur Vorkämpferin des Rückschritts entwickelt; im Saarland, in Bremen, in Hessen, allenthalben, wo sie das Sagen hat, wuchern Gesamtschulen oder Schlimmeres. Das mag damit zusammenhängen, daß ihr marxistisches Milieutheorie-Bild, wonach alle Kinder gleich begabt seien und Bildungs- und/oder Verstandesunterschiede nur auf bessere Ausbildung zurückgingen (wodurch die Reichen“ begünstigt würden), ihren heutigen Dogmatikern als Unsinn aufgegangen ist und diese deshalb die Gleichheit durch das Lernziel der niedrigsten gemeinsamen Nenners anstreben. Es mag auch sein, daß eine Funktionsklasse „Leistung“ schlechthin verächtlich, weil wessensfremd, ist – von jenem Dammeyer stammt die Aussage: „Wer Leistung fordert, muß nach Auschwitz“ sagen, was er meint. Vor ihm verkündete Oskar Lafontaine, mit Helmut Schmidts „Sekundärtugenden“ wie Pflichtgefühl und Standhaftigkeit „kann man auch ein KZ betreiben“.

Nun ist die Dammeyer-Frage leicht zu beantworten. Leistung bedeutet nach Auschwitz dasselbe wie vor Auschwitz: ein gebildetes

Ebene 4
Fachbereich
Jahrgang 8



Gleichheit durch den niedrigsten gemeinsamen Nenner: Gesamtschule FOTO: KLAUS MEHNER

Eine ruhige Wahl in einem stabilen Land

Thailands Weg zur Demokratie wurde bestätigt / Von Peter Iseli

Das Ergebnis der thailändischen Wahlen von Sonntag ist: einmal eine „Demokratische Partei“, die als klarer Sieger aus den Wahlen hervorging, als viele erwartet hatten. Dann das Abschneiden der früheren Oppositionspartei „Chart Thai“, die jetzt Einbußen hinnehmen mußte, aber trotzdem zweitstärkste Partei bleibt. Der Verlust fast der Hälfte der Parlamentssitze für den größten Koalitionspartner der bisherigen Regierung, die „Soziale Aktionspartei“ (SAP) von Außenminister Siddhi Sawetsila; ferner eine neue Partei von Abtrünnigen aus der Regierungskoalition, die auf Anhieb 38 Sitze eroberte und damit bis auf 13 Mandate an die SAP herankam. Und daß zwei Parteien, die „Demokraten“ und die seit jeher in Bangkok populäre Pracha Con Thai, in der Hauptstadt 32 von 36 Sitzen eroberten.

Ministerpräsident Prem Tinsulanonda hatte die Wahl durch vorzeitige Auflösung des Parlaments nach einer Abstimmungsniederlage am 1. Mai selbst herbeigeführt.

Der Umengang brachte zwar in Einzelheiten einige Überraschungen, bestätigte aber, wie weit Thailand – unter dem Schutz des Königs und der Streitkräfte – auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie schon gekommen ist.

Der Wahlgang verlief im allgemeinen ruhig. Bei der Ermordung von fünf Stimmenwerbern im Verlauf des Wahlkampfes ist bis heute unklar, ob politische Motive zugrunde lagen. Am Wahltag selbst kamen zwei Meldungen über gewalttätige Zwischenfälle: Beim einen griffen fünf Männer mit Schnellfeuerwaffen ein Wahllokal an und töteten zwei Menschen, beim anderen wurden ein Wahlhelfer und eine Begleitperson auf dem Weg zur Stimmabgabe erschossen. Die Polizei vermutet allerdings in beiden Fällen persönliche Rache.

An der kambodschanischen Grenze landeten einige mutmaßlich vietnamesische Artilleriegranaten in der Nähe eines Wahllokals, verletzt wurde aber niemand. Im übrigen beschränkten sich die

und tüchtiges Volk schaffen, das dank eigener Leistungsfähigkeit nicht in Not gerät und somit nicht politischen Verbrechen zum Opfer fällt, die Auschwitz oder Gulag errichten. Die Union hat bis heute nicht darauf geantwortet; freilich war die intellektuelle Führung immer ihre Schwäche. Sie hatte große Propheten der Wirtschaftspolitik, der Außenpolitik, der Sicherheits-, Freiheits- und damit Friedenspolitik, aber sie hatte nie einen großen Bildungspolitiker, der die Menschen mitgerissen hätte, wie Adenauer sie ins westliche Bündnis, wie Erhard sie in Wiederaufbau und Wohlstand mitriß.

Die CDU sollte darüber nachdenken, daß man einen Staat noch so fest ins westliche Bündnis eingliedern und noch so wacker durch tüchtige Haushalts- und Geldmengenpolitik konsolidieren kann – er kann dennoch untergraben werden durch eine Un-Bildungspolitik, die nicht nur unwissende, sondern auch untüchtige, vergrämte, gegen Leistung und Selbstverlaß verhetzte junge Menschen erzieht. Denn der Staat lebt in erster Linie vom Geist seiner Bürger. Der föderalistische Staat aber beschert uns eine zwiespaltige Republik, geteilt in Länder mit Bildung und andere Länder. Und wie schlechtes Geld das gute verdrängt, so verdrängen Klippschulländer à la longue die anderen; wie will ein Land einen hohen Standard durchhalten, wenn gute Schüler mit Note zwei zurückgesetzt werden gegen schlechtere Schüler mit Note eins? Wie will die Republik bestehen, wenn tüchtige Länder den Finanzausgleich für untüchtige Länder erhöhen müssen? Sage niemand, daß die „Bildungs“-Politiker der SPD dies nicht genau sehen.

Aber nicht der Föderalismus ist schuldig; komme niemand mit der Forderung, ein einheitliches Bundesentscheidungssystem einzuführen (was nach Artikel 79 III des Grundgesetzes ohnehin kaum zu machen ist). Vielmehr: Träte die Union mit einer geistigen Gegenoffensive an – und sie hat den Geist hinter sich, wohl alle Hochschullehrer von Rang würden sie unterstützen –, dann könnte die marxistische Verblendungspolitik nicht durchgehalten werden. Wünschen wir der Union so heftiges Dormagengrimmen, daß sie endlich diese vitale Führungsaufgabe begreift.

IM GESPRÄCH Nikolaj Lukonin

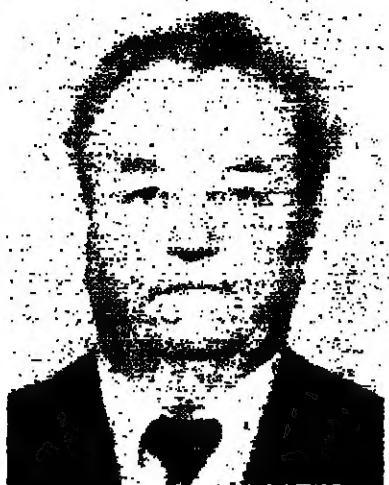
Der GAU-Leiter

Von Rose-Marie Borngäfer

Lukonin, Minister für Atomenergie – so tickerte Tass. Dieser dürre Satz gibt nichts von der Dramatik preis, die dieser neugeschaffene Posten in der Sowjetunion bedeutet. Denn einem GAU, dem schlimmsten aller ausmaßbaren Reaktorunglücke, verdankt Nikolaj Fjodorowitsch Lukonin seinen Aufstieg ins grelle Rampenlicht der Politbühne. Mit hat er, Selbstvertrauen braucht er, denn die tragische Erinnerung an Tschernobyl wird lange wachbleiben.

Die Sowjetunion hat allen Grund, für ihr Ansehen als Atomkraftnation zu fürchten. Sie hat zwar im Jahre 1954 in Obninsk bei Moskau den ersten Reaktor der Welt in Betrieb genommen. Ihr ist aber erstmals in der Welt auch der denkbar schlimmste technische Defekt passiert: der Schmelzvorgang in einem Reaktorkern. Der Traum der Sowjets, die Dritte Welt für ihre Reaktoren zu begeistern, ist damit geplatzt. Lukonin, der Leninordensträger, soll nun wieder verlorenes Terrain gewinnen. Vertrauen in die sowjetische Kernenergie zu schaffen. Ein frustrierender Job, eine klassische Lebenslüge schlechthin: sowjetischer Minister für Atomenergie nach Tschernobyl zu sein. Einen Eindruck von diesem stämmigen, breitgesichtigen Russen und von seiner bisherigen politischen Kontur konnten nur seine engsten Mitarbeiter gewinnen. Für die Mehrheit der sowjetischen Bevölkerung bleibt er ein Unbekannter.

Nicht zufällig – denn seine bisherige Laufbahn in Atomkraftwerken machte den diplomierten Elektro-Ingenieur zum Geheimnisträger. Nach Absolvierung der Hochschule für Elektronik in Odessa arbeitete er als Ingenieur. Seine Laufbahn war von Anfang an mit der Atomenergie seines Landes verbunden. Sie wurde nach Tschernobyl aus ihren Ämtern entfernt und aus der Partei ausgeschlossen und warten nun auf ihre Verurteilung. Dieser Posten – ein Himmelhubschirmkommando, was man durchaus wörtlich nehmen darf.



Der erste Reaktor, die erste Katastrophe: Lukonin FOTO: TASS

werk in Ignalinsk, nicht weit entfernt von Wilna in Litauen. Stutzig macht bei den dünnen biographischen Angaben allerdings, daß Lukonin erst 1957, also im Alter von 39 Jahren, der Partei beitrug. Er ist also kein reiner Apparatschik.

Die Aufgabe dieses neu geschaffenen Ministeriums liegt darin, „die Ebene der Leitung und der Verantwortung für die Entwicklung der Atomenergie zu erhöhen sowie den Betrieb von Atomkraftwerken zu verbessern“. Lukonin muß mit dem Widerspruch im Rechenschaftsbericht über Tschernobyl fertig werden. Denn die Kernthese lautet: Der Reaktortyp von Tschernobyl ist technisch in Ordnung – nur die Menschen dort haben versagt. Und der Techniker Lukonin wird auch immer das Schicksal seiner Vorgänger in der Atomenergie vor Augen haben: Sie wurden nach Tschernobyl aus ihren Ämtern entfernt und aus der Partei ausgeschlossen und warten nun auf ihre Verurteilung. Dieser Posten – ein Himmelhubschirmkommando, was man durchaus wörtlich nehmen darf.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE ZEITUNG

Die Bremer Zeitung nach der Asyl-Frage:

Der Strom der Asylbewerber nach Westberlin reißt nicht ab. Mit der DDR muß endlich ernsthaft gesprochen werden. Statt dessen wird bisher in Bonn nur dahergeredet, gestrichelt, die schwierige Situation mißbraucht, um eine Änderung des Grundgesetzes zu verlangen, obwohl jeder weiß, daß es dafür keine Mehrheit gibt. Aber praktische Wege, den Asylbewerberstrom zu kanalisieren und im Nadelstich Berlin zu stoppen, gibt es nicht.

Ancheiner Nachrichten

Sie gehen auf dem Namen Oskar ein:

Der historische Mut des marokkanischen Königs, den Premierminister Israels zu empfangen, wird zwar realitätsfremd nicht als Durchbruch gefeiert werden können, er zeigt aber doch, daß allen martialischen Tönen in einzelnen Hauptstädten der arabischen Welt zum Trotz die Vernunft noch nicht ausgestorben ist. US-Außenminister George Bush... kann nun versuchen, Hilfestellung für die überaus mühsame Suche nach einem „wirklichen Frieden“ in der von zahllosen Kriegen heimgesuchten Region zu geben. Weder damals Kairo noch jetzt Rabat haben in dem Kontakt mit Israel etwas anderes gesehen als die Einsicht in die unvermeidbare Notwendigkeit.

WIESBADENER KURIER

Er geht auf den Anti-WAA-Festivals ein:

Wenn sich am Sonntag Vermummte am Bauzaun der WAA eingefunden haben, bestätigt dies zwar die Vermutung aus München, ein solches Riesenevents werde auch die reisenden Chaoten anziehen. Deswegen jedoch

den friedlichen Protest von 30 000 Menschen abzusagen, hätte jeder Definition von Verhältnismäßigkeit hohn gesprochen. Wenn ein Grundrecht wie die Demonstrationstfreiheit ausgetübelt wird, dürfen keine strengen Maßstäbe angelegt werden als beispielsweise bei einem Fußballspiel, der sich mancher ungebildeter „Fans“ trotz redlichen Bemühens nicht erwehren kann.

Stadtscheitzeitung

Das Wiesbadener Blatt kommentiert Reagan Antwort auf Gorbatschow:

Im Prinzip stimmt aber auch Ronald Reagan einer Frist für die Kündigung des jetzt jederzeit kündbaren ABM-Vertrags und damit einem Einfrieren der Weltraum-Verteidigung zu. Eine Annäherung erscheint jedoch als möglich. Schon ist in Washington vom „großen Kompromiß“ die Rede, nämlich einem Zeitraum von zehn Jahren, dem Moskau offiziell zugestimmt haben soll. Sollte dies zutreffen, dann würde auch der Weg frei für eine Einigung über eine allmähliche Verringerung der Mittelstrecken- und der Interkontinentalraketen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Er schreibt zur Geisel-Freilassung in Libanon:

Es ist klar, daß der syrische Präsident Assad einer der Hauptprotagonisten der geheimen Tauschhandlung vor jeder Freilassung ist. Im Falle der beiden französischen Journalisten wie auch des amerikanischen Geistlichen hat Syrien schnell den Profit eingesteckt. Man braucht nur an die nachdrückliche Huldigung Pater Jencos an Assad und an den Dank der amerikanischen Regierung zu denken, den sie an diesem Wochenende dem syrischen Präsidenten übermittelt hat.

Das versunkene „Marseille des Ostens“: Odessa

Es ist nicht viel geblieben von dem, was einmal bewundernd das „Marseille des Ostens“ genannt wurde. Odessa, Rußlands „Fenster zum Süden“, einst bedeutender Handelshafen und Anziehungspunkt für Literaten und Musiker, hat viel von seiner Lebendigkeit verloren.

Von R.-M. BORNGÄSSER

„Parlez moi d'amour“, spielt die Kapelle. Schwermütig senkt sich die Melodie über den Saal des traditionsreichen Hotels „Krasnaja“ in Odessa, pflanzt sich in den Sépares fort, breitet sich in den Säulengängen aus. Vergessen Tschernobyl, vergessen der harte sozialistische Alltag. Die zärtliche Musik verkörpert für kurze Zeit, verbietet Gegenwart mit Vergangenheit. An den langen Tafeln der jüdischen Großfamilien verstummen die Stimmen plötzlich, auch die Kinder, die an diesem späten Freitagabend unter den Tischen toben, sind still geworden. Nur die Alten sind jetzt auf der Tanzfläche.

Odessa ist auch heute noch eine Stadt, in der die Juden eine prägende Rolle spielen. An diesem Freitagabend geht es im Hotel-Restaurant fröhlich zu. Lachende Frauen mit großen dunklen Augen und molligen Hüften. Männer, die ihre Jackies ausgezogen haben und nun über Geschäfte reden, dunkelhaarige Kinder, die um die Tische hocken. An diesem Abend erstehen sie wieder, die Geschichten Isak Babels, seine bunte Welt der Händler und Spekulanten, der energiegelassenen Frauen und verzerrten Kinder.

Noch 100 000 Juden leben in der Stadt

Die Musik wechselt in einen stampfenden schnellen Rhythmus über. Nun drängen sich alle auf die Tanzfläche, auch die Kinder. Lebenslust schwingt auf, die anwesenden Russen und Ukrainer schauen irritiert auf diese stampfende fröhliche kleine Welt, fühlen sich scheinbar ausgeschlossen.

Noch heute leben unter den 2,6 Millionen Einwohnern in Odessa hunderttausend Bürger, deren Paß die Nationalität „Jude“ ausweist. Doch selbst im neuesten sowjetischen Stadtführer werden sie mit keiner Silbe erwähnt. Und auch vom alten Judenviertel Moldawanka ist heute kaum mehr als der nostalgische Name übrig. Wo einst die kleinen Häuser mit den verschachtelten Hinterhöfen und bröckelnden Fassaden standen, greifen Bagger, und langsam wachsen auch hier die eintönigen Hochhäuser empor. Die Intourist-Führerin meint nur wegwerfend, hier lebten einst „Banditen“, „mit Misthaufen vor den Türen“.

Kein Wort verliert sie darüber, daß die Juden, die Mitte des 19. Jahrhun-

der die Hälfte der Stadtbevölkerung ausmachten, einst das kulturelle und wirtschaftliche Leben wie niemand sonst prägten und Odessa als „jüdische Stadt“ berühmt machten. Nach den Juden-Programmen von 1905 wanderten viele von ihnen aus. Die meisten nach New York, wo sie sich in Brooklyn ihr neues Odessa errichteten, eine kleine Scheinwelt.

Als nach 73-jährigem erbittertem Widerstand gegen deutsche und rumänische Divisionen Odessa 1941 in deutsche Hände fiel, wurde die Verwaltung den mit Hitler verbündeten Rumänen übertragen. Vielleicht ist das der Grund, weshalb es in Odessa nicht zu jenen systematischen Juden-Ausrottungen gekommen ist wie etwa in Kiew oder im Baltikum.

Viele der Juden in Odessa überlebten in den Katakomben am Hafen. Hier haust sie monatelang unter menschenunwürdigen Bedingungen. Eine Besichtigung der Katakomben heute wird mit der lapidaren Begründung, sie seien „zu kalt“, unterbunden. Es bedarf auch vieler Fragen, ehe man die einzige, ärmliche Synagoge der Stadt findet, die fast nur von alten Männern besucht wird.

Odessa, einst eine weltoffene, pulsierende Stadt, bietet nur noch den Eindruck gepflegter Provinz. Staub und Wärme liegen in der Luft. Platanen und Akazien an den Rändern der Boulevards spenden Schatten. Die Menschen schlendern über die Straßen, die Cafés auf den Trottoirs sind überfüllt. Auf Holzbänken räkeln sich im Schewtschenko-Park die Jugendlichen, schauen auf den Hafen, wo die großen Schiffe anlegen, wo die Matrosen an Land vergeblich Spekulationen und Kneipen suchen. Nichts von lirmender Hafen-Atmosphäre, sprudelndem levantinischem Leben. Millionen haben alles unter Kontrolle. Endgültig versunken ist das „Marseille des Ostens“.

Odessa ist eine recht junge Stadt: 1794 von der Zarin Katharina der Großen in der Nähe der einstigen antiken griechischen Siedlung Odessos gegründet, wurde es kurz darauf zum ersten Kriegshafen am Schwarzen Meer ausgebaut, wurde Rußlands „Fenster zum Süden“, ebenso wie jenes zum Westen, Petersburg, auf dem Reißbrett entworfen. Erster Verwalter der sich rasch entwickelnden Stadt wurde der französische Emigrant Herzog von Richelieu, ein Urenkel des berühmten Kardinals. Sein Denkmal krönt heute den Primorskij-Boulevard.

Später wurde Odessa zum Freilichtmuseum aller Völker, war Schmelztiegel und Asyl zugleich. Vor hundert Jahren lebten hier Russen, Deutsche, Franzosen, Italiener, Engländer, Griechen, Rumänen, Serben, Bulgaren, Tschechen, Armenier und Juden. Der Handel in jener Zeit lag meist in griechischen, jüdischen und deutschen Händen. Odessa blühte auf, entwickelte sich zum wichtigsten Getreide-Ausfuhrhafen des zaristi-



Die Potemkin-Treppe: 192 Stufen aus Granit, die Eisenstufen mit seinem Film „Panzerkreuzer Potemkin“ weltberühmt machte. FOTO: KLAUS ABE

schen Rußland, war der Vorposten zur ukrainischen Kornkammer, einer der bedeutendsten Weizen-Lieferanten der Welt.

Von jenem Überfluß ist kaum etwas übriggeblieben. Im Gegenteil, im nahen Hafen von Iljitschowsk landen jetzt sowjetische Handelschiffe Importwaren aus den USA und Kanada an. Mit der Aufhebung des privaten Unternehmertums zugunsten einer zähen Staatsbürokratie ist Odessa um viele Dimensionen ärmer geworden.

Nur selten noch blitzt Unternehmertegeist auf

Nur noch mühsam blitzt etwas von dem alten Unternehmertegeist auf, scheint er doch nicht ganz erloschen. So auf dem zentralen Gemüsemarkt, wo Jeans und Uhren verbökert werden. Oder man entdeckt bei Streifzügen in Seitenstraßen doch wieder ab und an Ware, die man weder in Moskau noch in Kiew finden kann. So hat sich zum Beispiel in einer kleinen Gasse ein Schuhladen etabliert, der die Modelle in eigener Fabrikation herstellt, wie der jüdische Besitzer stolz erklärt.

In dieser Stadt erblickte auch reiches kulturelles Leben. Das stolze Odessa war einmal die Wiege einer ganzen Generation von Literaten. Hier schrieb Isak Babel seine prägnanten Kurzgeschichten. Hier wuchsen Katschew und Faustowicz auf. Gogol arbeitete hier am zweiten Teil seiner „Toten Seelen“, und die Autoren Ilf und Petrow füllten in Odessa an ihren satirischen Erzählungen. In seinem einjährigen Exil in Odessa schrieb Alexander Puschkin den größten Teil seines „Eugen Onegin“. Heute treffen sich an Puschkin-Denkmal die Liebespaare.

Glanz und Ausstrahlung sind nicht zu konservieren. Nur ab und an blin-

den noch prächtige Bauten von der großen künstlerischen Tradition dieser Stadt. Das mächtige pompöse Opernhaus, das die Bewohner von Odessa als das schönste der Welt bezeichnen, steht für die reiche Musik- und Kultur dieser Stadt. Hier dirigierte Peter Tschaikowsky einst die Uraufführung seiner Oper „Pique Dame“, und das jubelnde Publikum schenkte ihm einen Taktstock mit der Inschrift „Dem Unsterblichen von den Sterblichen gewidmet“. Hier spielte David Oistrach, der aus der bekannten Odessaer Geigen-Schule hervorging, und hier sang der populäre Schelja-pin.

Die Stadt ist reich an Erinnerungen und Reminiszenzen. Das Bekannteste jedoch ist die Potemkin-Treppe, der Sergei Eisenstein in seinem legendären Film über den Matrosenaufstand auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“ ein unvergleichliches Denkmal setzte.

Auf diesem breiten Parade-Aufgang mit 192 Granitstufen drehte er erschütternde Massenszenen, die die Filmwelt bewegten: meuternde Matrosen im Revolutionsjahr 1905, schwere Soldatenstiefel wuchten die Stufen hinunter, Panik bricht aus, Schüsse peitschen auf, eine Frau sinkt getroffen nieder, der Kinderwagen holpert halbtot die Treppe hinunter.

Jetzt sieht man hier junge Leute auf den Stufen in der Sonne hocken. Eine riesige Rolltreppe an der Seite macht dem ehrwürdigen Aufgang Konkurrenz. Die Treppe mündet auf den „Morski Woksal“, den Meeresbahnhof für Passagierschiffe. Schiffe aus Übersee, denen neugierige Touristen zum Landausflug entsteigen. Wehrmütig scheinen die jungen Sowjetbürger sie zu betrachten, denn sie können nicht fahren, wohin sie wollen.

Die lange Spur des „Drakula“ in der Hamburger Unterwelt

Genau dort, wo die Kohlbrandbrücke in Hamburg den Elbarm überquert, entsteht 90 Meter unter dem Fluß der Welt tiefste Abwasserleitung. Ein Projekt mit besonderen Problemen, wie bei einem Besuch in dieser Hamburger Unterwelt zu erfahren war.

Von GISELA SCHÜTTE

Am Eingang geht es zu wie in einem Bergwerk. Wasser tropft unaufhörlich in unsichtbare Lachen. Im Kittel, mit Helm, Handschuhen und (viel zu großen) Stiefeln klettern wir ein paar hölzerne Stufen hinab in einen scheinbar bodenlosen Schacht. Dann geht es in einen Fahrstuhl mit gelochten Blechwänden, der leise und jaulend 90 Meter hinunterfährt, bis auf die Sohle des finsternen Schachtes mitten im Hamburger Hafengebiet.

Über Schienen, Kabel, Bohlen und Baustahlgerüste klettern wir im Halbdunkel zu einem gelben Untertunnel. Eine elektrische Eisenbahn für Baumaterial, Arbeiter und manchmal auch für Neugierige wie mich, 90 Meter unter der Erde, genau dort, wo die elegante Kohlbrandbrücke bis zu 52 Meter hoch den Elbarm überquert. Oben fahren Touristen im Schneckentempo, um das Hafen-Panorama zu genießen; im Untergrund entsteht die tiefste Abwasserleitung der Welt.

Es ist die 2227 Meter lange Haupt-schlagader in einem dreistufigen Klärwerkssystem, dessen dritter Bauabschnitt im kommenden Jahr fertig werden soll. Rund 400 Millionen Mark kostet die Anlage, die zur Reinhaltung der Elbe beitragen soll und die mit technischen und biologischen Tricks 97 Prozent der Verunreinigungen aus dem Abwasser zaubern wird. Dort, wo sich die Elbe in einen Gewässersystem spaltet, wird die dritte Klärwerksstufe von den beiden ersten durch den breiten Kohlbrand getrennt. Deshalb benötigt man die mächtige Verbindungsleitung mit einem Außendurchmesser von fast fünf Metern. Hier werden im kommenden Jahr vorbereitende Abwasser- und, in gesonderten Röhren, Schlamm und Brauchwasser hin- und hergepumpt.

Well die Eiszeit an den Elbarm Kies, Geröll und dicke Findlinge hinterließ, mußten die Tunnelbauer tief in den Untergrund ausweichen. Hauptdarsteller des Bauvorhabens ist ein Unter-namens „Drakula“, ein 6,5 Meter langer, 200 Tonnen schwerer „Maulwurf“ mit Eisenzähnen, der die Trasse in der Tiefe durch 40 Millionen Jahre alten Ton „gebißt“ hat. 60 Millionen Mark kostet die Leitung, die im Schildvortrieb angelegt wurde. Derzeit

kleiden Arbeiter die Röhre aus, in 30-Meter-Abschnitten täglich. Jetzt ist Halbzeit.

Als der gelbe Zug, der wahrscheinlich unbequemste Eisenbahnverbindung der Welt, auf dem unterirdischen Bahnhof hält, machen die Arbeiter gerade Frühstückspause. Das quietschende Ungeheuer, das über die wenig kunstgerecht verschraubte Schienentrasse holpert und den Gratis-Fahrgast unsant auf den schmalen Sitzbänken durchrüttelt, bringt Baustahlgerüste zum Einsatzort mitten unter dem Kohlbrand.

Wir sind die ersten Tunnel-Touristen, die zu einer Unterwanderung des Elbarnes aufgebrochen sind, ein Marsch von 2,3 Kilometern durch die Dämmerng, von einer trüben Wandlampe zur nächsten, stets auf den Boden sehend, damit man nicht über Bretter fällt oder auf dem Urzeit-Ton ausrutscht. Es ist kalt wie in einem Schlachternaden. Seit dem Durchbruch zieht es. Jedes Geräusch wird vervielfältigt.

Zuerst geht es über ein Geflecht von Baustahlmatten, die zu einem kunstvollen Gewebe verbunden werden. Dann steigt man in die stählerne Schaltung, eine Sonderanfertigung aus zweimal 30 Meter langen Elementen, die sich zusammenfallen lassen und auf ihrer eigenen Schiene im Tunnel weiterfahren. Wo der frische Beton hinter der Schaltung hart wird, ist der Stahl heiß. Hier herrschen „sommerliche“ Temperaturen.

Tunnelbau in den Alpen ist Regionalklasse, was wir machen, entspricht der Bundesliga, preist Dieter Zander aus der Hamburger Baubehörde die Arbeit der Stadtentwässerungs-Abteilung. Es sei eben sehr viel einfacher, sich durch Stein zu bauen als durch den unberechenbaren, schlammigen Untergrund. Deshalb brauchte man einen „Fachmann“ wie „Drakula“, der bei Wasser- oder Schlamm-eintrüben blitzschnell seine Schlitzze an der Vortriebsfront schließen kann. Auch das Betonieren der Röhre sei rekordverdächtig, sagt Zander. „Betonmassen auf einen Fernsch-

turm zu pumpen, ist keine Kunst. Aber sie in die Tiefe rutschen zu lassen, das ist ein Problem.“ Denn sobald der dickflüssige Betonbrei, wenn er in die Tiefe rutscht, abreißt, wird die Masse hart.

Hinter der Stahlschaltung sieht man in einen Tunnel mit dreieinhalb Metern Durchmesser. Ganz leicht steigt das Rohr an und verläuft in einer schwachen Kurve. Wieder spürt man den kühlen Luftzug. In der Ferne kehrt ein Arbeiter Schlamm zusammen. Das Knirschen von Steinen, das gleichmäßige Schrammen des Bessens hallt unheimlich durch den Tunnel. Das ist kein Aufenthaltsort für Menschen mit Platzangst. Es bedarf keines furchtsamen Gemüts, um bekommen an den Strom 90 Meter über dem Rohr zu denken und an die Abwasser-massen, die hier bald entlang-rauschen werden. Die Schatten in der Ferne, das unheimliche Licht erinnern an den „Dritten Mann“, jenen berühmten Film mit Orson Welles, der zu einem großen Teil im Kanal-netz Wiens spielt.

Der Mann hinter der Kanalbiegung ist zwar nicht Orson Welles. Aber er scheint meine Gedanken gelesen zu haben, denn er pfeift die Zither-Melodie von Anton Karas. Ich gehe ein wenig schneller. Endlich sind wir am Ende des Kanals angekommen. Wasser tropft unaufhörlich. Hier sind es nur 80 Meter bis zum Licht. Dafür gibt es weder Treppen noch Fahrstuhl. Einer der Begleiter ruft zu dem hellen Lichtquadrat hinauf. „Wir wollen nach oben.“ Es dauert ein paar Minuten. Dann meldet sich per Lautsprecher eine metallische Stimme. „Wir kommen.“

Wir – das sind zwei bleistiftfarbene Stahlseile und eine löchrige Blechtonne, die von einem Kran in die Finsternis hinuntergelassen wird. Einsteigen, die Blechtür schließen. Die Tonne schwankt ans Licht, schaukelt über den Rand des Schachtes und landet auf einem Bretterquadrat. Es ist angenehm hell und warm hier. Endstation eines Ausflugs in die Hamburger Unterwelt.



Hinter dieser Verschöpfung entsteht die Betonwand des 2227 Meter langen Tunnels. FOTO: ANDREAS LAIBL

WIR SIND GUT FÜR MEHR.

113,5 Mrd. DM ¹⁾	77,1 Mrd. DM ¹⁾	36,6 Mrd. DM ¹⁾	23,3 Mrd. DM ¹⁾	1015 Mrd. DM ²⁾	567 Mio. DM ²⁾	448 Mio. DM ²⁾	
Konzern-Bilanzsumme	Bilanzsumme der AG	Ausleihungen Hypothekenbankgeschäft	Kreditvolumen Bankgeschäft	Zins- und Provisionsüberschuß	Verwaltungsaufwand	Teilbetriebsergebnis	¹⁾ Stand: 30.6.1986 ²⁾ I. Halbjahr 1986

Die HYPO-Idee, daß nicht das Erreichte zufriedenstellt, sondern das Erreichbare.

1985 war ein gutes Jahr – die Zahlen unserer Bilanz sprechen dafür eine klare Sprache. Doch Erfolge sind dazu da, um

sie auszubauen – wie im ersten Halbjahr 1986 geschehen:

Wir haben unser gutes Ergebnis bestätigt.

Was für uns allerdings kein Grund ist, etwa auf Lorbeeren auszuruhen. Im

Gegenteil – es ist für uns Ansporn und Verpflichtung, auch weiterhin unser Bestes zu geben.

Sprechen Sie mit uns über unsere Erwartungen an die Zukunft.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

HYPOBANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

„DDR“-Bischof: Viele leiden unter der Mauer

epd/turk, Berlin

Der Bischof der Ostregion der Kirche von Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck, hat jetzt erstmals auch in der „DDR“ öffentlich zum Jahrestag des Mauerbaus Stellung genommen. In der Wochenzeitung „Potsdamer Kirche“ schrieb er: „Wir können uns über die durch unser Volk laufende Grenze nicht freuen, und wir sind traurig über das Leid, das durch sie entstanden ist.“

Forck nahm in seinem Artikel nicht auf seinen kürzlich in West-Berlin publizierten Briefwechsel mit seinem westlichen Amtsbruder, Bischof Martin Kruse, über den Mauerbau Bezug. Die „DDR“-Presse durfte diesen Vorgang bisher nicht erwähnen.

Im Potsdamer Kirchenblatt nannte Forck als die eigentlichen Betroffenen des Mauerbaus diejenigen, „die durch die Befestigung der Grenze lange Zeit von ihren Angehörigen getrennt wurden“. Forck bemerkt: „Sicher leiden auch nicht wenige darunter, daß sie durch die aufgerichtete

Sind Sie sicher, daß Ihnen keine Berufs-Chance entgeht?

Informieren Sie sich jeden Samstag im großen Stellenanzeigenteil für Fach- und Führungskräfte

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mauer in ihren Reisemöglichkeiten und in der Kontaktaufnahme zu Menschen der westlichen Welt eingeengt sind.“

Der Geistliche wiederholt in seinem Beitrag die von Regierungssprecher Friedrich Ost kritisierte Version, der Westen habe vor dem Mauerbau „durch verlockende Angebote“ möglichst viele „qualifizierte Bewohner der DDR herübergelockt“. Diese Last, die auch von der amtlichen Ost-Berliner Geschichtsschreibung verbreitet wird, hat Ost als „historisch falsch“ bezeichnet. Forck schreibt, die „DDR“ habe diesen Abwerbungen nicht tadellos zusehen können. So sei es zum Bau der Mauer gekommen. Für die Leser drüben war ein gleichsam offizieller Hinweis von Forck auf die seit Februar 1986 großzügiger gehandhabten Reisemöglichkeiten neu. Forck schrieb: „Allmählich sind die Beziehungen beider deutscher Staaten zueinander normaler geworden. Die seit Februar praktizierten Reiseerleichterungen gehören dazu.“

Funktionär Moskaus besucht den DGB

dpa, Düsseldorf

Aktuelle gewerkschaftspolitische Themen stehen im Mittelpunkt von Gesprächen, zu denen der Vorsitzende des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften, Stepan Schalajew, im Rahmen eines dreitägigen Deutschlandbesuchs am Mittwoch mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in Düsseldorf zusammentrifft. Es sollen auch Probleme der internationalen Gewerkschaftsarbeit erörtert werden. Dabei werde seitens des DGB erneut die Existenz unabhängiger Gewerkschaften in Polen zur Sprache gebracht, heißt es in Düsseldorf. Nicht zuletzt davon werde es abhängen, ob man wieder zu gesamteuropäischen Gewerkschaftskontakten zurückkommen könne.

„Atomenergie ist auch ethische Frage“

KNA, Innsbruck

Das grundsätzliche Recht der Kirche auf öffentliche Stellungnahme auch in der Frage der Atomenergie hat der Innsbrucker Moraltheologe Professor Hans Rotter unterstrichen, zumal es „dabei auch um eine ethische Frage geht“.

Anlaß für die Erklärung des Moraltheologen war ein am Wochenende in Österreich publizierter Brief des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß an die Verantwortlichen der katholischen und evangelischen Kirche in Bayern. Darin hatte Strauß „die Agitation kirchlicher Amtsträger und Gruppen“ gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf als „beängstigendes Mißbrauch von Kirche und Religion für demagogische Zwecke“ kritisiert und die leitenden kirchlichen Amtsträger aufgefordert, der „Verwirrung und Verunsicherung der kirchentreuen Christen Einhalt“ zu gebieten.

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood, NJ 07632.

Asylanten: Den Haag für eine europäische Lösung

Bonn soll unterstützt werden / Liberal mit Einschränkungen

HELMUT HETZEL, Den Haag
Eine „gesamteuropäische Lösung“ des derzeit vor allem in der Bundesrepublik so drängenden Asylantenproblems wird von der Haager Regierung vorgeschlagen. Wie der für Asylantenfragen zuständige Direktor des Haager Justizministeriums, Jan Sijver, jetzt in einem Fernsehinterview weiter ausführte, sei Den Haag grundsätzlich dazu bereit, der Bundesrepublik bei der Lösung des Asylantenproblems behilflich zu sein.

Man werde Bonn in der EG auch unterstützen, falls die deutsche Regierung die Asylfrage im Europäischen Rat zum Thema machen wolle. Die Niederlande wollen sich dann für eine „koordinierte europäische Asylantenpolitik“ einsetzen. In Den Haag plädiert man ferner dafür, auf internationalem Niveau beispielsweise über die zuständigen Luftfahrtorganisationen vorstellig zu werden, die die Flüchtlinge massenweise nach Ost-Berlin befördern.

Im Haager Justizministerium, das als Zentralstelle für alle Fragen der holländischen Asylpolitik zuständig ist, wird auch nicht ausgeschlossen, daß die niederländische Regierung sich in Kürze dazu bereit erklären könnte, künftig mehr Flüchtlinge in Holland als bisher aufzunehmen. Bislang beläuft sich die mit dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen vereinbarte freiwillige Flüchtlingsquote auf 250 Personen im Jahr. Zur Zeit sei in Holland kein sprunghaftes Ansteigen des Asylantenstromes wie etwa in der Bundesrepublik festzustellen, hieß es weiter. Zwar sei die Zahl der Asylanten in den vergangenen Jahren von 1100 (1980) auf 5000 (1985) gestiegen; doch sei diese relativ geringe Steigerung für die Haager Mitte-Rechts-Regierung derzeit kein Grund, die gängige – und wie man im Justizministerium betont – „liberale“ Asylantenpolitik zu ändern.

400 Anträge pro Monat

Insgesamt gaben die Niederlande im letzten Jahr 1175 Asylträgen statt. 1984 waren es 1212 Flüchtlinge, die in Holland Asyl erhielten. Die meisten der derzeit monatlich rund 400 eingehenden Asylträge stammen von Iranern, Afghanen und syrischen Christen.

„Generell“, so erläuterte der Sprecher des Haager Justizministeriums, Victor Holius, in einem Gespräch mit

der WELT die gängige niederländische Asylpraxis, „kann bei uns jeder Flüchtling Asyl erhalten, der zweifelsfrei nachweisen kann, daß er aus politischen, weltanschaulichen oder religiösen Gründen in seinem Heimatland verfolgt wird und sein Leben dort in Gefahr ist“. Die Niederlande unterscheiden bei der Anerkennung zwischen Asylanten, die einen A- und Asylanten, die einen B-Status erhalten. Flüchtlinge mit A-Status sind hundertprozentig asylberechtigt und werden – juristisch gesehen – einem niederländischen Staatsbürger gleichgestellt. Sie haben damit die gleichen Rechte wie jeder andere Holländer und dadurch auch gleichzeitig Anspruch auf eine finanzielle Unterstützung von rund 1400 Gulden für ein Ehepaar pro Monat.

Einer von 1300

Flüchtlinge mit B-Status dagegen sind Personen, die Asyl aus rein humanitären Gründen erhalten, auch wenn sie – formaljuristisch gesehen – keinen Asylanspruch haben“. Sie erhalten die niederländische Staatsbürgerschaft nicht und müssen – wie alle übrigen in Holland lebenden Ausländer – auch – nach bestimmten Fristen ihre Aufenthaltsgenehmigung bei den dafür zuständigen Behörden jeweils neu beantragen.

Allerdings: Ganz so liberal wie man sich im Justizministerium in Sachen Asylgewährung gerne gibt, ist man in Holland nicht immer. Das zumindest beweist der Fall der Tamilen. Rund 3500 Angehörige der aus Sri Lanka stammenden tamilischen Minderheit kamen im letzten Jahr in die Niederlande. Die meisten von ihnen reisten über die Ost-Berlin- und die Bundesrepublik ein. Inzwischen haben 1300 von ihnen einen Antrag auf Asyl gestellt; aber nur ein einziger Tamil wurde bisher von den niederländischen Behörden als asylberechtigt anerkannt und erhielt den bei allen Flüchtlingen begehrten A-Status. 30 Familien nahmen die Niederlande bisher aus humanitären Gründen auf (B-Status).

Alle übrigen Anträge der Tamilen wurden abgewiesen. Der Grund: Es seien überwiegend wirtschaftliche Motive, weswegen diese tamilischen Flüchtlinge nach Westeuropa gereist seien, heißt es dazu im Haager Justizministerium. Sie könnten sich nach wie vor im Süden ihres Heimatlandes ohne Gefahr für Leib und Leben niederlassen.

Minister Riesenhuber würdigt die Verdienste des Terror-Opfers Beckurts

Gäste der Trauerfeier: von links Bundesforschungsminister Riesenhuber, Siemens-Vorstandsvorsitzender Kasko, Frau Beckurts, Siemens-Aufsichtsratsvorsitzender Plettner, Frau Groppler mit Sohn Markus, Siemens-Gesamtbetriebsratsvorsitzender Mooshammer, Landtagspräsident Heubl, der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Sybke, Innenminister Hillermeier und Peter von Siemens. FOTO: DPA



„Freund und Partner verloren“

PETER SCHMALZ, München

Bis zu jenem Morgen am 9. Juli, als bei dem Münchner Vorort Straßlach eine Terroristenbombe zwei Menschenleben auslöschte, war der Name des Professors Karl Heinz Beckurts weithin unbekannt. Erst allmählich wuchs die Erkenntnis, daß es den Attentätern gelungen ist, mit diesem Siemens-Manager einen der fähigsten und hervorragendsten unter den deutschen Wissenschaftlern aufzuspüren und durch einen mörderischen Anschlag zu töten.

So war es weit mehr als eine übliche Mitteldosis, wenn Siemens-Vorstandsvorsitzender Karl Heinz Kasko gestern bei der knapp zweistündigen Trauerfeier für Professor Beckurts und seinen Fahrer Eckhard Groppler in der Konzern-Niederlassung München-Neuperlach sagte, er sei tiefst überzeugt, daß der Verlust, den wir erlitten haben, unersetzlich ist. Professor Beckurts war, wie Kasko erwähnte, geprägt von der Erkenntnis, daß „das Wohl und Wehe einer modernen, technisch geprägten Gesellschaft die Beherrschung großer innovativer Systeme erfordert“, und war überzeugt von der Ansicht, „daß eine Industriekultur im internationalen Wettbewerb nur dann bestehen kann, wenn sie sich den großen Innovationsaufgaben stellt“. „Ich wage nicht zu bewerten, welchen Beitrag er in den Jahren, die ihm geschenkt wurden, noch erbracht hätte“, sagte Kasko über seinen ermordeten Kollegen.

In einer bewegten, von persönlicher Betroffenheit geprägten Rede

hob Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber den gesellschaftspolitisch orientierten Blick von Beckurts in die Zukunft hervor. Dieser Wissenschaftler habe immer gemeint, daß die Frage, ob Technik noch durchsetzbar und fruchtbar für unsere Gesellschaft, sich nicht nur an ihrer technologisch ordentlichen Lösung und Bewältigung entscheidet, sondern auch daran, „in welchem Maß die Verantwortlichkeit der Technik einfließt in die Entscheidung über die Techniken selbst“.

Er sei überzeugt gewesen, daß die Zukunft nicht gestaltet werde könne durch Ausstieg oder Verzicht, sondern nur durch den verantwortungsbewußten Umgang mit der Technik. Beckurts habe mit seinen Fähigkeiten eine enorme Reserve in der Industrie geweckt.

Riesenhuber erwähnte die große Sorge des hochangesehenen Atomwissenschaftlers, an der Kernenergie könnte eine Technikfeindlichkeit entstehen, und er zitierte aus dem letzten Aufsatz, den Beckurts kurz vor seinem Tod formuliert hatte und in dem die Warnung zu lesen ist: „Wir müssen uns hüten, aus der momentanen Stimmung heraus eine Entscheidung zu fällen, die der Bundesrepublik Deutschland als Industriestaat eine Zukunft verbietet.“

Der Minister sprach von vielen gemeinsamen Diskussionen, die von dieser Sorge geprägt waren, und kämpfte mit den Tränen, als er sagte: „Wir haben einen guten Freund verloren, einen tüchtigen Partner.“ Von

den Erinnerungen und der Trauer überwältigt, mußte Riesenhuber seine Rede beenden, ehe er den ebenfalls bei dem Attentat ums Leben gekommenen Fahrer Eckhard Groppler erwähnen konnte.

In einer ebenfalls sehr persönlich geprägten Rede sprach der Aufsichtsratsvorsitzende des Unternehmens, Bernhard Plettner, über den Terrorismus von einer „Art Krankheit“, deren sich unsere freiheitliche Demokratie nicht oder kaum zu erwehren vermag. Professor Beckurts nannte er eine geborene Führungspersönlichkeit, die sich und anderen habe, aber erreichbare Ziele zu setzen vermochte.

An der Trauerfeier im Vortragssaal des von Beckurts geleiteten Siemens-Zentralbereichs Forschung und Technik nahmen 200 geladene Gäste teil, darunter die Witwen der beiden Opfer, Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, der in einer Gedenkrede Beckurts wissenschaftliche Laufbahn würdigte, die Berliner Bürgermeisterin Hanna Renate Landen, Peter von Siemens jr., Wilfried Guth (Deutsche Bank), Eberhard von Kuenheim (BMW), Professor Werner Breitshardt (Daimler-Benz), WELT-Chefredakteur Manfred Scheil, Carl-Horst Hahn (VW), Arbeitgeber-Präsident Otto Esser und Bayerns Landtagspräsident Franz Heubl. Ministerpräsident Franz Josef Strauß hatte wegen eines Termins im Bayerischen Wald abgesagt.

Neue Haftbefehle im Bauskandal

DW, Berlin

Im Berliner Bauskandal um den Münchner Unternehmer Bernd Barmann sind jetzt weitere Haftbefehle erlassen worden. Es handelt sich dabei um insgesamt vier Beschuldigte, die bereits alle im Berliner Untersuchungsgefängnis einsitzen. Das erste politische Opfer im Zusammenhang mit dem Berliner Bauskandal war der Finanzstaatssekretär Günter Schakow (CDU) gewesen.

Einer der neuen Haftbefehle betrifft wiederum den Münchner Bauunternehmer Barmann, der früher SPD-Abgeordneter und Geschäftsführer der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft „Stadt und Land“ war. Ein weiterer Haftbefehl wurde gegen Adolf Blasch, einen weiteren Geschäftsführer dieser Gesellschaft, erlassen. Außerdem erging Haftbefehl gegen ein 65-jähriges Vorstandsmitglied der Augsburgen Bauunternehmensgruppe WTB. Die neuen Vorwürfe umfassen den Verdacht der Untreue beziehungsweise der Beihilfe zu diesem Delikt in einem besonders schweren Fall. Es geht dabei unter anderem um Provisionen in Millionenhöhe.

Proteste gegen „Wort zum Sonntag“

idea, Hamburg

Die lutherische „kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis Nordelbien“ hat bedauert, daß kein Protest seitens führender Vertreter der Kirchen gegen das „Wort zum Sonntag“ am 19. Juli bekanntgegeben ist. Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche hätten sich von den „blasphemischen“ Ausführungen des katholischen Pfarrers Norbert Blome aus Bremen im ersten Programm distanzieren müssen. Die Sendung sei „skandalös“ gewesen. Blome hatte nach der Erwähnung von Brokdorf und Wackersdorf erklärt, daß die Heiligkeit des Sonntags sowie die Sorge um die Zukunft des Menschen und der Schöpfung zusammengehörten: „Darum ist für mich eine Demonstration genauso vor Sonnatsheiligung zu zählen wie Gebet und Gottesdienst in der Kirche.“ Diese „Gleichsetzung“ von Demonstration und Gottesdienst wurde von der Konferenz evangelischer Publizisten (KEP) in Wetzlar als „untragbare Mischung von Evangelium und Ideologie“ verurteilt. Für Samstag ist das nächste „Wort zum Sonntag“ von Pfarrer Blome angekündigt.

Antrag auf Aufhebung der Immunität

dg, Berlin

Mit neuen Komplikationen für ihr seit elf Jahren schwebendes Genehmigungsverfahren muß die Hansauer Nuklearfirma Alkem rechnen. Die Hansauer Staatsanwaltschaft hat im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen vier Geschäftsführer der Firma und zwei leitende Beamte des hessischen Wirtschaftsministeriums jetzt die Aufhebung der Immunität des Geschäftsführers Alexander Warikoff, der dem Bundestag seit drei Jahren als CDU-Abgeordneter angehört, beantragt. Wie Oberstaatsanwalt Albert Furwick laut dpa dazu erklärte, solle der Antrag freilich nicht bedeuten, daß automatisch Anklage gegen Warikoff erhoben werde.

Die Ermittlungen waren durch einen Umweltschützer ausgelöst worden, der der Geschäftsführung vorwirft, wesentliche Änderungen im Produktionsablauf der Plutoniumfabrik ohne atomrechtliche Genehmigungsverfahren vorgenommen zu haben. Dabei geht es insbesondere um Bau und Betrieb eines Spaltstoffsagers mit zwei Meter dicken Stahlbetonwänden, der nach Auskunft von Firmensprecher Rainer Jend für die Lagerung des Plutoniums auf dem Firmengelände „unendlich mehr an Sicherheit biete“ habe als die Einrichtungen davor. Mit dem Bau des Lagers sei die Lagerkapazität für Plutonium von 460 Kilogramm auf 6,7 Tonnen erhöht worden. Die dafür erforderlichen Genehmigungen jedoch habe das hessische Wirtschaftsministerium unter Aufsicht des Bundesinnenministers als Oberster Kontrollbehörde ausdrücklich erteilt.

Für den Betrieb der Firma Alkem könnte das schwebende Verfahren dann Auswirkungen haben, wenn das hessische Wirtschaftsministerium im Falle einer Anklage gegen Warikoff die für die atomrechtliche Genehmigung vorgeschriebene persönliche und fachliche Zuverlässigkeit der Geschäftsführung bezweifeln sollte. Eine rot-grüne Expertenkommission hatte bereits vor mehr als Jahresfrist den Betrieb von Alkem für „nicht genehmigungsfähig“ erklärt. Mit dieser von Börner und den Grünen akzeptierten Erklärung war das letzte Hindernis für das Zustandekommen der rot-grünen Koalition in Hessen beseitigt worden. Der Staatssekretär im hessischen Umweltministerium, Karl Kerschgens (Die Grünen), hatte Alkem erst vor wenigen Tagen ausgedrückt, den Genehmigungsantrag zurückzunehmen.

Urlaubskürzung nach Abwesenheit?

DW, Kassel

Das Bundesarbeitsgericht in Kassel muß als letzte Instanz in einem Musterprozeß darüber entscheiden, ob deutsche Arbeitgeber türkischen Arbeitnehmern wegen der Ableistung des Wehrdienstes in ihrer Heimat den Urlaub kürzen dürfen. Den Modellprozeß hat ein in Nordrhein-Westfalen beschäftigter türkischer Arbeiter angestrengt, der durch Zahlung von 20 000 Mark an den türkischen Staat seinen gesetzlichen Wehrdienst von 18 Monaten auf zwei Monate verkürzt hatte. Für diese zwei Monate gewährte der deutsche Arbeitgeber ihm unbezahlten Urlaub und kürzte gleichzeitig den bezahlten Jahresurlaub anteilmäßig um fünf Tage. Der Mann verlangt dagegen den vollen Jahresurlaub. Während das Arbeitsgericht der Klage des Türken gegen seinen deutschen Arbeitgeber stattgegeben hat, wurde die Klage vom Landesarbeitsgericht in Hamm abgewiesen. Dagegen hat der Türke beim Bundesarbeitsgericht Revision eingelegt, über die die nun der Achte Senat entscheiden muß. (Aktenzeichen: Bundesarbeitsgericht 8 AZR 475/84).



Loch in die Mauer gebombt – waren es Rechtsradikale?

Unbekannte Täter sprengten in der Nacht zum Montag ein Loch von einem Quadratmeter in die Berliner Mauer nahe dem Kontrollpunkt „Checkpoint Charlie“. Seit dem Anschlag ist Industrie-Sprengstoff benutzt worden, was auf rechtsradikale Täter hindeutet.

Grenzsoldaten die Bresche, die sich gegenüber einem Wachposten befindet. Staatsschutzchef Manfred Ganschow: „Bei dem Anschlag ist Industrie-Sprengstoff benutzt worden, was auf rechtsradikale Täter hindeutet.“ FOTO: AP

CDU-Offensive gegen Börners „Zensur“

Bürgerinitiativen zur Durchsetzung der Medienfreiheit? / Union hat ein neues Thema

Die hessische CDU möchte das spröde Thema der „medienpolitischen Verbindungsstrategie“ der Regierung Börner popularisieren, um so eine breite Protestbewegung in Gang setzen zu können. Der Vorsitzende ihrer Medienkommission, der Eschweiger Bundestagsabgeordnete Dieter Weirich, rief gestern in Wiesbaden zur „Bildung von Bürgerinitiativen zur Durchsetzung der informationellen Selbstbestimmung in Hessen“ auf. In der Verfassung sei die Informationsfreiheit ausdrücklich gewährleistet. „Die Bürger werden sich die absolutistische Manier des hessischen Ministerpräsidenten Börner und der rot-grünen Regierungspartei in Hessen nicht gefallen lassen“, sagte Weirich.

Börner und seine Landesregierung haben bislang jeglichen Versuch, auch in Hessen private Rundfunkveranstalter zuzulassen, abgewehrt und statt dessen dem Hessischen Rundfunk die Garantie gegeben, alle neuen technischen Möglichkeiten nutzen zu können. Dem Frankfurter Sender aber heftet trotz seines von der CDU gewollten neuen Intendanten Profu-

sor Hartwig Kelm das Etikett „Rotfunk“ an. Dieser Anstalt die neuen Frequenzen im UKW-Hörfunkbereich zu überlassen und dem HR so die Möglichkeit der Ausstrahlung eines vierten Hörfunkprogramms zu geben, bedeutet nach Meinung der Opposition eine „unangemessene Expansion des öffentlich-rechtlichen Rundfunkmonopols“. Der Verzicht auf neue, „innovative Formen des lokalen Hörfunks“ wird gleichzeitig als Verzicht auf ein Stück mehr Liberalität im Äther definiert. Die hessische CDU hat in vielen Wahlkämpfen bereits die Schul- und Kulturpolitik zu einem großen Thema gemacht. Sie möchte jetzt die geforderte „liberale Erneuerung“ auf die Frage der Rundfunkfreiheit und -vielfalt ausdehnen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung über die Einspeisung und Weiterverbreitung von Satellitenprogrammen stellt nach den Worten Weirichs ein „Privatfernsehungsverbot“ dar. Mit einem solchen Gesetz könne die „fortdauernde Verletzung“ der in der Verfassung garantierten Informationsfreiheit nicht beendet werden. Es ist sogar von einer

„Zensur“ durch Börner die Rede. Weirich spielt damit auf die Tatsache an, daß bei der „Rangfolge der Einspeisung“ von Rundfunkprogrammen in Kabelanlagen die Programme der öffentlich-rechtlichen Anstalten der Länder und des Bundes Vorrang haben. Private Rundfunkveranstalter werden „in unattraktive Sendekanalbereiche“ verdrängt. Die hessische CDU besteht deshalb auf der Zurücknahme dieses Gesetzentwurfes.

Auch in der SPD, meint Weirich, wachse die Einsicht, daß die „Medienpolitik“ künftig weniger ein Thema eines Bundeslandes, sondern eine europäische und internationale Frage sei. Während Rundfunkveranstalter in Italien, England und Frankreich im Zusammenhang mit der Entwicklung der Satellitentechnik „große Ambitionen auf dem deutschen Fernsehmarkt, der der größte Europas“ sei, hätten, übe sich Hessen in „kleinräumiger Einseitigkeit“. Kein Land leiste sich eine „solche Medien-Tageliste“ wie die Bundesrepublik Deutschland, und Hauptdarsteller des Komödientheaters sei Börner, der seinen Landeskindern vorschreibe, was sie sehen sollten.

Der neue Stil im Bremer Rathaus

Von WINFRIED WESSENDORF

Machtmonster und Lusterne Schmelze trieben im altertümlichen Bremer Rathaus ihr Unwesen. Der eine und andere brave Staatsdiener zuckt in diesen Tagen erschrocken zusammen, wenn es hinter seinem Rücken schallt: „Du elender, versoffener Lügner!“ Bremens Regierungschef, Bürgermeister Klaus Wedemeier (SPD), seit mehr als neun Monaten im Amt, hat einen neuen Stil geprägt und das 600 Jahre alte Rathaus wie im Mittelalter zu einem Domus theatriis umfunktioniert. So toben zur Zeit im Rahmen eines Sommertheaters Heinrich IV. und Heinrich V. sowie der windige Falstaff frei nach Shakespeare durch den Festsaal.

Auch begab sich der junge Bürgermeister (42) auf Reisen nach Mexiko, just während der Fußballweltmeisterschaft. Das war zwar nicht neu, aber der Zeitpunkt war ungewöhnlich. Schon seinem Vorgänger Hans Koschnick hatten die Oppositionsparteien übermäßige Reiselust bescheinigt. Der im September 1985 mit einem Überraschungscoup abgetretene Alt-Bürgermeister relativ weiter, aber hat sich seitdem von den publikumswirksamen Podien der Hanse-

stadt zurückgezogen. Dennoch bleibt er aktiv, empfängt Besucher, pflegt seine vielfältigen Kontakte zu Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Kirchen. Sein Amtsbereich ist ein Büro, das ihm die Sparkasse zur Verfügung stellt.

Eines liegt ihm besonders am Herzen: sein Mandat als stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Bremer Raumfahrtfirma MBB-Eno. Koschnick, der über ausgezeichnete Beziehungen im „Spacebusiness“ verfügte, wurde von seinem Nachfolger gebeten, dieses Amt zu behalten. Das Mandat, an die Person gebunden, wäre mit Koschnicks Ausstieg für Bremer verlorengegangen, da der bayerische Mutterkonzern MBB verstärkt weiß-blauen Einfluß auch an der Weser wünscht. Das Raumfahrtzentrum paßt zudem auch gut zu den Bonner Plänen des Alt-Bürgermeisters. Nach heftigem Gerangel wurde er von der Wahlkreisdelegation des Bremer SPD-Unterbezirks West zum Koschnick hatten die Oppositionsparteien übermäßige Reiselust bescheinigt. Der im September 1985 mit einem Überraschungscoup abgetretene Alt-Bürgermeister relativ weiter, aber hat sich seitdem von den publikumswirksamen Podien der Hanse-

Wedemeier ging ebenfalls auf Tauschstation. Zu Beginn seiner Amtszeit im „roten“ Rathaus kletterte er besonnen, jeden Eklat vermeidend, auf den Sessel des Regierungschefs. 15 Monate bleiben dem ehemaligen Justiz-Chef, um sich weiter zu profilieren.

Aber schon zeigt der Bürgermeister die ersten Schwächen. In die Ruhe der politischen Front platze die von Wedemeier mitgetragene Bombe: Bremer will künftig ohne Atomstrom auskommen. Dieses Ziel eint zunächst nur die oft zerstrittenen Genossen an der Weser. Die Kaufmannschaft, insbesondere die Handelskammer, ging auf die Barrikaden – das ist ungewöhnlich, macht aber die Brisanz des Themas deutlich.

Einen Ausrutscher leistete sich Bürgermeister Wedemeier, als er eine Woche lang zu Wirtschaftsgesprächen mit einer Delegation nach Mexiko flog. Daheim flogen die Fetzen wegen der heftigen Diskussion über den Ausstieg aus der Kernenergie. Hatte Wedemeier sich noch vor der Abreise für verstärkte Abnahme von Atomstrom ausgesprochen, machte er jetzt eine Kehrtwende.

Tritt der junge und reiselustige Bürgermeister in die Fußstapfen des Alt-Bürgermeisters?

Chile

Francisco

Antrag auf
Aufhebung
Immunität



Väterliche Zuneigung für den Verurteilten: Cuadra (L) und Pinochet
FOTO: DIE WELT/CAMERA PRESS

In Chile geht nichts ohne Francisco Javier Cuadra

Der Mann hinter Pinochet: Jung, kühl und dogmatisch

Von FLORIAN NEHM

Von Anhängern der Junta als brillanter Ideologe und Interpret von Pinochets Willen respektiert, von der Opposition als Scharfmacher geächtet: Francisco Javier Cuadra. In Chile, wo sich Regierung und Opposition über kaum einen Punkt einig sind, gibt es zumindest in der Einschätzung der Schlüsselrolle des langjährigen und einflussreichsten Pinochet-Mannes Übereinstimmung. Seit 1984 ist der knapp 33-jährige Jurist Präsident des Kabinetts von General Augusto Pinochet. Er gilt als dessen enger Vertrauter und Einflussgeber.

Nichts geht innerhalb der verschlossenen und disziplinierten Riege der Generäle und Regierungspolitiker, dem „Ghetto“, ohne den feindlichen Mann mit dem blassen Antlitz, „Der zarte Junge aus Papier“, so nennt ihn, in Anspielung auf den schlaffen Jüngling einer schmerzhaften Fernsehserie, der chilenische Volkssendung und das Chile-Programm von Radio Moskau.

Die väterliche Zuneigung Pinochets, dessen eigene Söhne nach unersetzlichen Skandalen das Land verlassen mußten, die Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung und die strenge Überwachung der Medien, das sind die Stärken von Cuadras Einfluß. Cuadra zur WELT: „An manchen Tagen schließen der Präsident und ich die Türen hinter uns und sprechen über Philosophie und Religion.“

Auch die Behandlung ausländischer Politiker wie Heiner Geißler, die Pinochet kategorisch in Freunde und Feinde einteilt, bestimmt Cuadra mit. Korrespondenten, die bei Pinochet um ein Interview nachfragen, werden von dem hüflichen und in einer kühlen Zurückhaltung eher misanthropischen Cuadra zu einem Testgespräch in sein Büro in der Moneda oder zu einem Ausflug in die Provinz gebeten. Erst wer diese Prüfung besteht, hat überhaupt Aussichten, zu dem 70-jährigen General vorgelassen zu werden.

Deutliche Worte

Viel stärker als die wortreichen Stellungnahmen der Opposition betonen Cuadras Äußerungen zum missverstandenen Übergang zur Demokratie die politische Diskussion Chiles. Auch gelegentlich von Pinochets Lila abweichende Äußerungen von Junggenerälen verlieren ihre Wirkung, sobald Cuadra seine deutlichen Klärungen dagegen setzt. Denn, so

erleben es die Chilenen immer wieder, Gewicht haben nur die Worte des Präsidentenministers.

„Der chilenische Übergang zur Demokratie bedeutet anders als in Argentinien oder Uruguay nicht gleichzeitig die Abgabe der Macht. Erstens weil hier die Macht nicht gestohlen wurde und zweitens weil unsere Streitkräfte weder eine Volksbefreiung noch einen Krieg verloren haben, die Macht also schrittweise, freiwillig und im Sinne der Verfassung abgeben werden“, das ist Cuadras zentrale These.

„Spanien kein Vorbild“

Der WELT gegenüber widerspricht Cuadra der Ansicht, der spanische Übergang von Franco zu einer stabilen Demokratie sei als Erfolg zu werten. Weil in Spanien Pornographie und Scheidung zunahm, der Einfluß der Kirche hingegen abnahm, sei Spanien, so Cuadra, eher ein abschreckendes Beispiel.

Cuadras Engagement und Detailkenntnis des Kirchenrechts und der Kirchengeschichte machen ihn zum streitbarsten Gegner der inzwischen mehrheitlich in die Rolle der Opposition getretenen chilenischen Bischöfe.

Die schärfsten Angriffe aber richtet Cuadra mit Vorliebe gegen die Christdemokratische Partei und ihren Führer Gabriel Valdés. Für Cuadra befindet sich diese größte Oppositionspartei nicht im Zentrum, sondern weit links unweit der Kommunisten, weshalb man ihr die Macht unmöglich überlassen könne. In seinen scharfen Reden, mit denen Cuadra nach eigenen Aussagen die Christdemokraten zwingen will, „dem Volk ihr wahres Gesicht zu zeigen“, führt er immer neue Beweise für seine Einschätzung an. Allerdings bleibt Cuadra die Antwort auf die Frage, wie er bis 1989 erreichen will, was der Militärregierung an Orientierung der Parteien in den 13 Jahren seit dem Putsch nicht glückte, mit einem knappen Lächeln schuldig. Cuadra wird die Absicht zugeschrieben, die Christdemokraten mit unermüdlicher Polemik und Schürung der linksextremen Kräfte in die Spaltung zu treiben.

Cuadras Dogmatismus ist bei disziplinarierten Generalen ein weiterer Grund, über Pinochets Zukunft nachzudenken. An ihr hängt auch Cuadras Zukunft. Für die Zeit nach Pinochet strebt er einen Lehrstuhl an. Seiner eher introvertierten Ausstrahlung wegen wäre ihm als Parlamentarier der Erfolg nicht unbedingt beschieden.

Die Queen läßt dementieren

Verfassungskrise beigelegt / Königliche Rüge für „Sunday Times“-„Falsch wiedergegeben“

SIEGFRIED HELM, London

Der Londoner Buckingham-Palast hat auf ungewöhnliche Weise versucht, die „kleine Verfassungskrise“ über angeblich divergierende politische Auffassungen zwischen Queen und Premierminister zu beenden. Der Sekretär der Queen, Sir William Heseltine, übte – und das ist für einen Hofbeamten seines Ranges ohne Beispiel – in einem Leserbrief für die „Times“ scharfe Kritik an den journalistischen Methoden der „Sunday Times“, die am 20. Juli Enthüllungen über kritische Bemerkungen der Queen an der Politik Frau Thatchers als angeblich gezielte Indiskretionen des Palastes veröffentlicht hatte und am vergangenen Sonntag trotz eines Dementis des Palastes bei ihrer Version geblieben war.

Da die Queen ihrem Premierminister zwar ihre eigenen politischen Ansichten äußern kann, aber gehalten ist, den Inhalt von Gesprächen mit dem Regierungschef absolut vertraulich zu behandeln, waren die „Enthüllungen“ der „Sunday Times“ ein explosives Politikum. Denn Blatt zufolge hatte die Queen die harte Haltung der Regierung beim Bergarbeiterstreik kritisiert, Frau Thatchers Ablehnung von Sanktionen gegen Südafrika als Gefahr für den Zusammenhalt des Commonwealth gerügt und

auch die Starterlaubnis für den Einsatz von US-Bombern von britischen Basen für Reagans Strafexpedition gegen Khadhafi verurteilt.

Sir William Heseltine gab zu, daß die „Sunday Times“ mit dem Pressechef der Queen, Michael Shea, gesprochen hatte. Doch Shea seien die Ansichten der Queen zur Politik der Regierung nicht bekannt. Der Inhalt der Gespräche mit Shea sei außerdem „falsch wiedergegeben“ worden. Die Zeitung habe den geplanten Artikel vor Veröffentlichung Shea vorgelesen, doch „die Kernsätze“ dabei weggelassen. „Zu keinem Zeitpunkt hat der Chefredakteur versucht, jemandem im Buckingham-Palast zu kontaktieren, um nachzuprüfen, was in den Artikeln behauptet wurde“, schrieb der Sekretär der Queen und fügte hinzu, die Behauptung der Zeitung, ihre Informationen von hohen Palastbeamten zu haben, sei „eine völlig ungerechtfertigte Verunglimpfung hoher Hofbeamter“. Nachdem die Queen 34 Jahre lang an konstitutionellen Grundsätzen festgehalten habe, sei es „albern“ anzunehmen, daß sie nun davon abgehe.

Andrew Neil, der Chefredakteur der soeben öffentlich abgekanzelten „Sunday Times“, steckte in einer Erklärung am Montag um keinen

Zollbreit zurück. Er tat, was Stunden zuvor die Schwesterzeitung seines Blattes, die beide Rupert Murdoch Pressekonzern gehören, mit der Wahl ihrer Schlagzeile „Queen-Mitarbeiter nennt Palast-Informationen beim Namen“ getan hatte. Er triumphierte, diese Namensnennung sei ein „Durchbruch“, zumal der Palast nun zugebe, daß es Gespräche gegeben habe. Neil betonte, dem Palast sei der volle Text der geplanten Veröffentlichung vorgelesen worden und unterstelle damit, daß der Palast die „Sunday Times“ für eine gezielte Indiskretion benutzt habe.

Für Downing Street Nr. 10 ist der Brief des Privatsekretärs der Queen die verbindliche Version und die „Verfassungskrise“ somit das, was man im Journalismus eine Ente nennt. Bei der „Sunday Times“ ist seit einiger Zeit ein Trend zu Sensationshascherei in Wahl und Darbietung von Themen unverkennbar. Dennoch bleibt ein ungeklärter Rest, den der linksgerichtete „Daily Mirror“ in einem Leitartikel auf die Formel brachte: Entweder der Pressechef der Queen geht, oder der Chefredakteur der „Sunday Times“. „Einer liegt. Es liegt im Interesse aller, daß wir darüber unverzüglich Klarheit gewinnen.“ (SAD)

Namibia wünscht mehr Besuche

AP, Bonn

Ein Mitglied der namibischen Übergangsregierung (Demokratische Turnbellen-Allianz), Erik Staby, ist der Ansicht, daß die Namibia-Politik der Bundesrepublik Deutschland in jüngster Zeit realistisch geworden ist. In einem Interview mit dem Bonner Namibia-Pressebüro beklagte er jedoch zugleich eine Verzögerung bei der Realisierung von Entwicklungsprojekten. Er regte an, daß mehr Politiker der SPD, der FDP und der Grünen Namibia besuchen sollten, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Er verwies auf das ruhige politische Klima, das sich fundamental von der Situation in Südafrika unterscheidet. Die Übergangsregierung versuche, Evolution statt Revolution zu betreiben und gewinne „wachsende Rückhalt“ in der Bevölkerung. Die Stärke der Swapo werde demgegenüber im Ausland häufig weit überschätzt. Ohne Zweifel müsse man sich jedoch mit der Swapo einig sein, um einen dauerhaften Frieden in Namibia herbeizuführen.

Schlesiens Schätze werden zum Fluch

J.G. Bonn

Wenn ein Pole das Wort „Oberschlesien“ hört, so denkt er gewöhnlich an Kohle und Stahl, Privilegien, gutes Einkommen, komfortable Wohnungen und eine bessere Warenversorgung. Ausgerechnet die polnische Vierteljahresschrift „Slask“ (Schlesien) ersetzt nun diesen guten Glauben durch bittere Wahrheiten. Umweltverschmutzung, Grubenunfälle und Erdrutsche gefährdeten das Leben der Kumpels unter und über Tage, daß viele nicht einmal ihr Rentenzahlung erleben. Auf eine Tonne geförderter Kohle, so rechnet das Blatt, komme ein Bergmannsleben, „das vorzeitig ausgelebt“ wird. Krebskrankungen seien um 50 und Säuglingssterblichkeit um 13 Prozent höher als sonst in der Volksrepublik. Gifte jeglicher Art, eine Bevölkerungszusammenballung sowie eine veraltete Industrietechnik gehörten zu „den empfindlichsten Belastungen“ der Bewohner. „Der Reichtum des Landes“, so lautet der Schluß, sei eher „ein Fluch“.

Intellectuelle mahnen Bogota

AFP, Bogota

Eine Gruppe kolumbianischer Politiker, Journalisten, Künstler und Schriftsteller – darunter der Nobelpreisträger für Literatur von 1982, Gabriel Garcia Marquez – haben sich mit einem gemeinsamen Appell an ihre Regierung gewandt. In der Erklärung heißt es: „Es gibt keine andere Alternative: Entweder wir stärken die Demokratie oder wir gehen in der Barbarei unter.“ Sie werfen der linksgerichteten Guerilla vor, das Land mit einer Welle der Gewalt überzogen zu haben. Zugleich äußern sie ihre Besorgnis über die politische Lage Kolumbiens vor dem Amtsantritt des liberalen Staatspräsidenten Virgilio Barco, der am 7. August die Nachfolge des konservativen Belisario Betancur antreten wird. Die Intellektuellen verteidigen die Rolle der Armee, kritisieren jedoch zugleich die Aktionen von „Todeschwadronen“ und fordern von der Regierung die konsequente Einhaltung der Menschenrechte sowie die hartnäckige Ablehnung der Gewalt.

„SALT legalisierte die Aufrüstung“

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Starke Beachtung hat im Brüsseler NATO-Hauptquartier ein Artikel in der dem Bundesverteidigungsministerium nahestehenden Strategiewissenschaft „Europäische Wehrkunde“ gefunden, in dem die SALT-Verträge für „tot“ erklärt wurden. „Es hat eigentlich keinen Sinn, den Leichnam kosmetisch herauszuputzen, um ihm für eine Weile noch den Schein von Lebensfrische zu geben“, schreibt das Blatt.

Der argumentativ geführte Beitrag erschien als Leitartikel der Juli-Ausgabe der „Wehrkunde“ aus der Feder ihres Chefredakteurs, Oberst der Reserve Wolfram von Raven. Das löste Spekulationen aus, ob auf dem Umweg über die Publikation vom Verteidigungsministerium Ansichten vorgetragen werden sollten, die von bekannten Auffassungen in der Bundesregierung zum SALT-Vertrag abwichen. Der Artikel wurde in der NATO vervielfältigt und unter den Angehörigen ausländischer Vertretungen, von denen die Vorgänge in der Bundesrepublik gewöhnlich sorgfältig beobachtet werden, herumgereicht. Hervorgehoben wurde, daß die von der „Europäischen Wehrkunde“ vertretene Ansicht der von Außenminister Genscher entgegengesetzt sei, der wiederholt, insbesondere an die Adresse Washingtons gerichtet, die Einhaltung des SALT-2-Vertrages gefordert hatte.

Nach einer Aufzählung der sowjetischen Verletzungen des SALT-Vertrages schreibt das Blatt: „Dürfen es die NATO-Partner Washington angesichts dessen verdenken, daß es sich weigert, Moskau sozusagen ein Monopol für die Mißachtung von Versprechungen einzuräumen? Würde es die Glaubwürdigkeit der USA in den Verhandlungen nicht eher schwächen als stärken, wenn sie es mit milden Mahnungen an die UdSSR bewenden ließen? Warum zeigen sich die Europäer über die Absichten der Amerikaner überrascht, ja, erschreckt, da sie zuvor gar nicht daran dachten, deren vielfältige Warnungen an die Adresse der Sowjets zu unterstützen?“

Der Autor richtet an die „Landläufige“ Politik und Publizistik den Vorwurf, ihre „Kapedikt“ sei „mittlerweile erheblich überfordert“, wenn sie strategische Potentiale nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ beurteilen sollen. Daraus habe sich eine Sperre gegen die Einsicht entwickelt, daß SALT in der Praxis die Aufrüstung legalisierte und nicht zur Abrüstung motivierte. (SAD)

Nigerias Ungereimtheiten im Kampf gegen Pretoria

Lagos betätigt sich wieder als Einpeitscher in der OAU

ACHIM REMDE, Lagos

Der Tinubu-Platz liegt im Herzen von Lagos und ist nach Madame Tinubu benannt, die die britischen Kolonialherren bekämpft hatte. Daß sie die größte Sklavenhändlerin ihrer Zeit war, will kein Nigerianer mehr wissen. Der Sklavenhandel wurde zwar von Weißen betrieben. Doch Schwarze spielten als Zwischenhändler eine hervorragende Rolle, und als Weiße den Menschenhandel einstellten, mußten sie es gegen den Widerstand der Zwischenhändler tun.

Viele Chancen vertan

Vor der Unabhängigkeit Nigerias war Schwarz der Zutritt zur Insel Ikoyi verweigert. Nur das Heer der schwarzen Dienstboten durfte allmorgendlich den einzigen Zugang passieren, um in dem Villenviertel – noch heute die beste Wohngegend in Lagos – ihre Arbeit zu verrichten. Trotz allen Luxus ist kaum ein Weißer hier. Man ist Schikanen und Belästigungen ausgesetzt, leidet unter Wasser- und Stromausfällen und vor allem unter der erschreckend brutalen Kriminalität. Im Ikoyi-Golfclub, einst eine Domäne der britischen Kolonialisten, sind heute 80 Prozent der Mitglieder Schwarze. Ist jetzt alles anders? „Bei einem Nigerianer würde ich niemals arbeiten“, sagt Ambrose, ein 40-jähriger Koch. „Man wird schlechter bezahlt und schlechter behandelt als bei Weißen.“

Die nigerianische Regierung sieht sich seit Mitte der siebziger Jahre als Vorkämpfer gegen Apartheid und hat es erreicht, daß sie wie selbstverständlich den an Südafrika grenzenden sogenannten Frontline-Staaten gleichgestellt wird. Mit den Omeinen, die damals unermesslich erschienen, stieg auch das Selbstwertgefühl der mit rund 100 Millionen Einwohnern volkreichsten Nation Afrikas. Nigeria war nicht auf Entwicklungshilfe angewiesen. Der fallende Ölpreis hat die Lage entscheidend geändert und es war eine zeitlang relativ ruhig. Doch seit Bolaji Akinyemi Außenminister ist, ertönen wieder die alten Parolen der „dynamischen Außenpolitik“, deren Kernstück die Beseitigung der Apartheid ist. Auch bei den gestern begonnenen OAU-Gipfeltreffen afrikanischer Staatschefs in Addis Abeba tut sich Nigeria wieder als Einpeitscher im Kampf gegen die Apartheid hervor. Dem kleinen Professor, der höflich, aber bestimmt, wohl formuliert und ausgewogen redet, ist es allem Anschein nach ernst damit.

Doch wie ernst ist es den Nigerianern? Im Land herrscht Katzenjammerstimmung. Die wirtschaftlichen Perspektiven sind düster. Der Durchschnitts Nigerianer stöhnt unter der Last der Austerität. „Wir hatten alle Chancen“, sagt Amos Odele, ein Arzt. „Denn Geld war in Hülle und Fülle vorhanden. Sehen Sie, was dabei herausgekommen ist: Nigeria ist ein kaputtes Land, politisch, wirtschaftlich und moralisch. Die Demokratie ist gescheitert, die Wirtschaft auf Jahrzehnte hinaus ruiniert, und wir sind eine Rasse von Menschen geworden, die Moral nicht mehr kennt, wenn es ums Geld geht. Glauben Sie, ein Nigerianer würde auf ein Geschäft mit Südafrika verzichten, wenn er die Möglichkeit dazu hätte?“

Ende der siebziger Jahre hatte es einen Skandal gegeben, als in einem Warenhaus Orangenmarmelade verkauft wurde, die – wie die Presse entdeckte – aus südafrikanischer Produktion stammte. Sie wurde im Meer versenkt. Der verantwortliche Manager – ein Schweizer – kam ins Gefängnis. Als die nigerianische Wirtschaft boomte und ausländische Firmen für Aufträge Schlang standen, versuchte die Regierung, diejenigen unter ihnen, die Niederlassungen in Südafrika unterhielten, zu boykottieren. Es blieb bei Worten. Die wirtschaftlichen Interessen wogen schwerer.

Doch die ständige Propagierung des Kampfes gegen Apartheid hat Spuren hinterlassen. „Es passiert immer wieder, daß schwarze Arbeiter, die wir wegen Faulheit, Unpünktlichkeit oder gar Diebstahl feuern wollen, ihren weißen Vorgesetzten rassistisch-kriminelles Verhalten vorwerfen, und sofort haben sie die Behörden auf ihrer Seite“, berichtet der britische Direktor eines Industrieunternehmens in Lagos.

Der Preis steigt

Unter den in Nigeria lebenden Weißen finden sich viele, die für das süd-afrikanische Apartheid-System Verständnis äußern. Glücklicherweise kommt es nur selten zu Vorfällen wie vor einiger Zeit im Volkswagen-Montagewerk in Lagos, als ein Kraftfahrzeugmeister einen renitenten nigerianischen Arbeiter mit der Spritzpistole wegschickte. „Wir sind nur hier, um Geld zu verdienen“, sagt ein amerikanischer Ingenieur stellvertretend für die meisten, „und je schwieriger es wird, Weiße zu finden, die noch bereit sind, nach Nigeria zu gehen, um so teuer müssen die Nigerianer unsere Leistungen bezahlen.“

1988 Jahr der russischen Kirche?

DW, Frankfurt

Der russische Bürgerrechtler Nikolaj Serebrennikow hat an die Unesco sowie kirchliche Würdenträger verschiedener Länder appelliert, das Jahr 1988 zum „Jahr der russischen Kirche“ zu erklären. Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt mitteilt, begründet der Historiker und Religionswissenschaftler sein Anliegen mit der Tausendjahrfeier der Christianisierung Rußlands im übernächsten Jahr. Serebrennikow, der wegen bürgerrechtlicher Aktivitäten in psychiatischer Zwangsbehandlung und wiederholter Repressionen ausgesetzt war, forderte Parteichef Gorbatschow in einem Brief auf, alle aus religiösen Gründen inhaftierten Menschen aus Anlaß der Tausendjahrfeier freizulassen.

Khadhafi nennt Hassan Verräter

rr, Tokio

Der libysche Revolutionsführer Khadhafi hat den marokkanischen König Hassan II. einen „Verräter“ genannt. In einem Interview des japanischen Fernsehens sagte er, wegen des Treffens mit dem israelischen Ministerpräsidenten Peres sei Hassan zu erst ein Verräter gegenüber dem marokkanischen Volk und dann gegenüber den anderen arabischen Staaten und den Palästinensern. In dem Interview, das in seinem zerstörten Gästehaus in Tripolis aufgenommen worden war, gab er bekannt, daß er nicht an einem geplanten arabischen Gipfeltreffen in Saudi-Arabien teilnehmen werde. Außerdem benutzte er die Gelegenheit, um den durch den amerikanischen Luftangriff vom 15. April angerichteten Schaden an seinem Haus zu beschreiben.



Leute, die sich auskennen, buchen den traumhaften Service.

Den Regal Imperial Service in der First und Executive Class.

Gute Planung und ein passendes Flugangebot sind entscheidende Kriterien zum Erfolg Ihrer USA-Geschäftsreise. Northwest Orient Airlines bietet Ihnen wöchentlich 9 Flüge ab Frankfurt nach Boston und Minneapolis/St. Paul. Anschlußflüge gibt es am gleichen Tag in über 40 Städte der USA. Zusätzlich Komfort und Luxus genießen Sie mit dem einzigartigen Regal Imperial Service, den wir in First und Executive Class anbieten.

Dieser Service beinhaltet unter anderem eine Auswahl erlesener Menüs, Spitzenweine, internationale Cocktails, freie Sitzplatzwahl im voraus und separate Abfertigungsschalter. Darüber hinaus können Sie sich vor und zwischen den Flügen in unseren exklusiven Top Flight Lounges verwöhnen lassen. Im Oberdeck unserer 747 Jumbo-Jets stehen 16 bequeme Liegesessel zur Verfügung. Regal Imperial Service. Exklusivität zum attraktiven Preis.

People who know...



NORTHWEST ORIENT

Weitere Informationen erhalten Sie von Ihrem Reisebüro oder direkt von Northwest Orient Airlines, Frankfurt: Tel. 069/23 43 44 u. 23 08 31, Zürich: Tel. 01/2512000, Wien: Tel. 02 22/512 87 09

New York • Anchorage • Atlanta • Billings • Birmingham • Boston • Denver • Edmonton • Fargo • Ft. Lauderdale • Ft. Myers • Ft. Worth • Grand Rapids • Great Falls • Helena • Hollywood • Honolulu • Kansas City • Las Vegas • Los Angeles • Madison • Miami • Milwaukee • Minneapolis • Missoula • New York • Newark • Omaha • Orlando • Philadelphia • Phoenix • Portland • Rochester • St. Louis • St. Paul • St. Petersburg • San Diego • San Francisco • San Jose • Seattle • Spokane • Tacoma • Tampa • Tucson • Washington DC • West Palm Beach • Winnipeg • Europe • und Fernost

Der Stoff, aus dem die Träume sind

Die 6. Welt-Wasserstoff-Konferenz beriet über zukünftige Formen der Energieversorgung

Von KURT POLLAK

Was Jules Verne im Jahre 1870 in seinem Roman „Das Wasser“ als Vision darstellte, scheint nun nach über hundert Jahren Realität zu werden. Dieser Überzeugung waren jedenfalls die über 350 Teilnehmer der 6. Welt-Wasserstoff-Konferenz, die in der letzten Woche in der Wiener Hofburg tagte. Experten aus Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Politik diskutierten hier über die Verwertung von Wasserstoff als Träger einer zukünftigen Energieversorgung.

Die Tagung fand zu einem Zeitpunkt statt, wo sich erneut die Frage nach einer langfristig ausreichenden und umweltfreundlichen Energieversorgung stellt. Einerseits sind die Ressourcen der fossilen Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas begrenzt und die Biosphäre bereits heute durch ihre Verbrennungsrückstände bis an die Grenze belastet. Andererseits ist die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie mehr denn je Streitpunkt der öffentlichen Meinung.

Der Wasserstoff bietet hierzu eine Alternative: Bei seiner Verwertung werden praktisch keine Schadstoffe, sondern ausschließlich reines Wasser gebildet. Seine Vorräte sind praktisch unerschöpflich. Da Wasserstoff immer wieder aus Wasser gewonnen werden kann, steht der Energiewirtschaft ein ökologisch sinnvolles Perpetuum mobile zur Verfügung, das durch Zufuhr von Primärenergie ein perfektes Recycling ermöglicht.

Auf der Wiener Tagung wurden sämtliche Bereiche einer Wasserstoff-Energie-Wirtschaft – Erzeugung, Speicherung, Transport – behandelt. Die nach dem heutigen Stand der Technik einfachste Methode der Wasserstoffgewinnung ist die Elektrolyse, die Aufspaltung des Wassers in Wasserstoff und Sauerstoff mit Hilfe des elektrischen Stroms. Allerdings ist diese Art der Gewinnung auch bei preiswertem Strom nicht wirtschaftlich. Sie wird deshalb vor allem in Ländern mit billiger Wasserkraft eingesetzt, wie Norwegen, Schweden und Kanada.

Kraftwerke in der Wüste

Am kostengünstigsten ist derzeit die Herstellung von Wasserstoff aus Erdgas. Besonders reizvoll erscheint es, die Sonnenenergie zur Spaltung des Wassers zu nutzen. Dies käme insbesondere für einstrahlungsintensive Regionen wie die Mittelmeerländer, Arabien und Afrika in Betracht. Denn hier wäre die zur solaren Erzeu-

gung von Wasserstoff erforderliche Fläche klein, der Transport und die Nutzung aus heutiger Sicht technisch realisierbar. Das flüchtige Gas soll hierbei in großen Kraftwerken in der Wüste erzeugt und über Gaspipelines zum Verbraucher gebracht werden. Zur Deckung des gegenwärtigen Energiebedarfs der Erde mit Wasserstoff würden bereits 1,9 Millionen Quadratkilometer Ödland ausreichen, das entspräche der Fläche von Nordafrika.

Das Problem der Speicherung, insbesondere der von flüssigem Wasserstoff, und die Entwicklung von Wasserstoff-Kraftfahrzeug-Motoren interessiert im Zusammenhang mit der Anwendung in Kraftfahrzeugen. Beim Tanken saugt eine Legierung aus Eisen und Titan den gasförmigen Wasserstoff wie einen Schwamm auf. Unter Zufuhr von Wärme, die die heißen Abgase und das Kühlwasser liefern, setzt der Gasspeicher den Kraftstoff wieder frei. Unbefriedigend ist allerdings noch das hohe Gewicht der metallischen Gasspeicher.

Wasserstoff kann grundsätzlich uneingeschränkt zur Wärme- und Stromerzeugung eingesetzt werden. Die Technik zur Nutzung des Gases, beispielsweise Brenner und Motoren, beruhen auf Prinzipien, die längst bekannt sind. Die Maschinen müssen allerdings an die höhere Belastung durch die heiße Wasserstoffflamme angepasst werden. Ein Problem, das sich aber leicht lösen lässt.

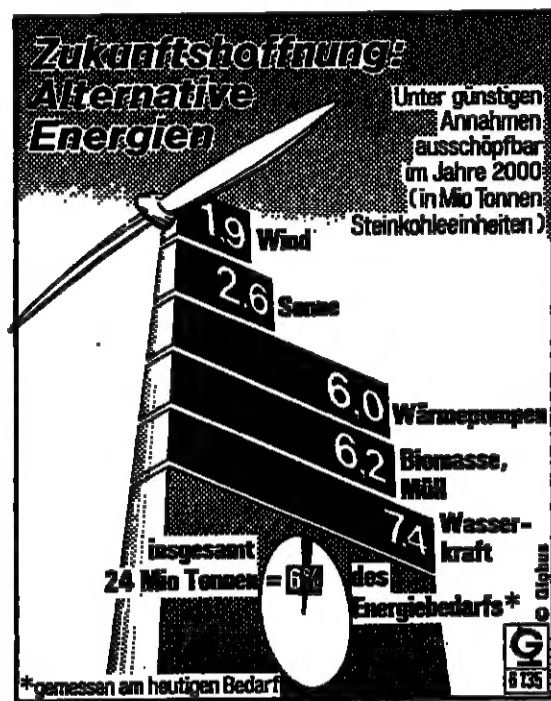
Neben der gewöhnlichen Verbrennung des Wasserstoffs erscheint die

sogenannte kalte Verbrennung in Brennstoffzellen besonders attraktiv, da hierbei mit einem hohen Wirkungsgrad aus Wasserstoff und Sauerstoff Elektrizität gewonnen werden kann. Diese Technik bestand ihre Bewährungsprobe bei den Apollo-Flügen, da mit ihrer Hilfe die Astronauten mit Strom und Wärme versorgt worden sind. Die Brennstoffzellen bieten sich besonders für die dezentrale Stromgewinnung an.

Hohes Fassungsvermögen

Die Nachteile der Wasserstoff-Energie-Gewinnung bestehen vor allem darin, daß das Gas viel zu schnell verpumpt. Für die Autoindustrie hätte das die Konsequenz, daß man den Wasserstoff in Spezialtanks mit doppelter Wandung unter Druck auf Temperaturen unter minus 250 Grad Celsius halten müßte, damit er flüssig bleibt. Außerdem müßten diese Drucktanks ein Fassungsvermögen von rund 120 Litern haben, damit ein Mittelklassewagen eine Fahrtstrecke von circa 500 Kilometern erreicht.

Aus Anlaß der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl wandten sich die Delegierten, die aus 42 Ländern anreisten, unter anderem der Sowjetunion und China, mit einer umfangreichen Dokumentation an die Öffentlichkeit. Im Mittelpunkt einer Ausstellung auf dem Geländeplatz vor der Wiener Hofburg standen die ersten mit Wasserstoff betriebenen Autos namhafter deutscher Kfz-Hersteller.



Die Welt-Vorräte an Öl, Gas, Kohle und Uran sind begrenzt. Was wir von diesen Energieträgern jetzt verbrauchen, wird unseren Enkeln fehlen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat untersucht, welchen Beitrag erneuerbare Energieträger in absehbarer Zukunft spielen könnten. Obwohl intensiv an einer praktischen Anwendung von Wasserstoff geforscht wird, spielt die Nutzung des fast unbegrenzten Gases in den Köpfen der Planer noch keine Rolle.

Auf Spurensuche beim Umwelt-Krimi

Chemiker-Team ermittelt die Ursache einer Giftstoff-Kontamination bei Neckar-Fischen

Von KARL RAMMERSTEIN

Unter der ebenso sperrigen wie präzisen Überschrift „Aufklärung einer Kontamination von Neckarfischen mit Hexachlorbenzol, Oktachlorstyrol und Pentachlorbenzol: Entstehung bei einem industriellen Prozess“ publizierten kürzlich Mitarbeiter der Chemischen Landesuntersuchungsanstalt Offenbach eine Untersuchung, die erhebliches Aufsehen erregt hat. Die Autoren dokumentieren hier einen „Umwelt-Krimi“, dessen Dramatik auch einem Laien nicht verborgen bleibt. Sachkenner bescheinigten dem Chemiker-Team, bei der Suche nach der sprichwörtlichen Stecknadel im Heuhaufen einen Volltreffer gelandet zu haben.

Das Unternehmen begann im Juni 1984 bei einer Routineuntersuchung diverser Fischarten aus dem Oberlauf des Neckars als Indikatoren für eventuell verschmutztes Wasser. Der Befund: Aus etlichen Fischleichenproben filterten die Chemiker Spuren von Hexachlorbenzol (HCB), Oktachlorstyrol (OCS) und Pentachlor-

benzol (PeCB) in einer die zulässige Toleranzdosis bis zum Zwanzigfachen übersteigenden Menge. „HCB gehört ebenso wie OCS und PeCB in Lebensmittel“, kommentiert der Offenbacher Institutsleiter Dr. Peter Binnemann. HCB-belastete Fische dürfen also nicht in den Handel gebracht werden. Ebenso untersagt ist der Einsatz bestimmter Chemikalien bei der Erzeugung technischer Produkte. Kommt es sein, daß die regionale Industrie diesen Deut darum schert und HCB etwa weiter als Weichmacher in Kunststoffen benutzt?

Nach umfangreichen Labortests im Bereich der Stadt Offenbach nahmen sich die Analytiker die Klärschlamm- und Abwasserproben sämtlicher lokaler Abwasserklärwerke vor. Mit dem Ergebnis, daß als Erreger die städtische Sammelkläranlage ermittelt wurde. Amtschef Binnemann: „Da standen wir nun vor unserem Heuhaufen“. Über die Anlage entwässern außer den Industriebetrieben alle 8500 Rottweiler Haushalte, von denen theoretisch jeder als Verursacher in Frage kommen konnte.

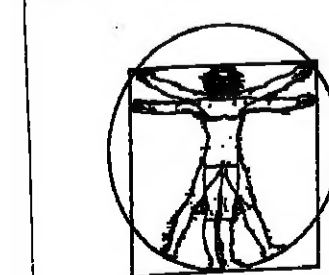
Nach einjähriger Suche (Betriebskontrollen, Produktionsstudien, Kontrolle von Lösungsmitteln, Schmierölen und Abwasserproben) enthielt sich das Rätsel-Lösung: Die ungewöhnliche Chemikalien-Kombination war das ungewollte und unbewußte Nebenprodukt einer industriellen Fertigung. Es entstand bei der Behandlung von Aluminiumschmelze mit Chlorgas und gelangte dann mit dem Betriebsabwasser über die Kläranlage in den Fluß und somit in das Fischgewebe. Der Erfolg des Chemiker-Teams fand mit einem Jahresheft der staatlichen Untersuchungsanstalt Erwähnung.

Das Offenbacher Meisterstück hat zu der neuen Erkenntnis verholfen, daß bei bestimmten Schmelzvorgängen in Verbindung mit Chlorgas HCB entsteht, dessen 99prozentige Beseitigung in dem Rottweiler Betrieb jetzt durch eine Filteranlage sichergestellt ist. Der „Umweltkrimi“ lieferte somit einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung unbekannter und unbeachteter Umweltbelastungen. (dpa)

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Reparatur beendet

Schweinfurt (dpa) – Das nach einem Störfall abgeschaltete Kernkraftwerk Grafenrheinfeld bei Schweinfurt ist nach knapp einer Woche wieder in Betrieb. Nach Angaben der Bayernwerk AG ging der Reaktor bereits am vergangenen Samstag wieder ans Netz und erzeugt seit gestern früh volle Leistung. Der Störfall im nichtnuklearen Teil der Anlage, eine Undichtigkeit im Kühlwasserkreislauf des Generators, konnte mit einem neu entwickelten Reparaturverfahren beseitigt werden.



Mehr Raucherinnen
Hamburg (Reuters) – Immer mehr Frauen in der Bundesrepublik

Deutschland greifen zur Zigarette. Nach einer gestern veröffentlichten Studie des Hamburger Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Verbands der Zigarettenindustrie hat sich die Zahl der Raucherinnen von 1965 bis 1983 von 4,7 Millionen auf rund 7,7 Millionen erhöht. Die Zahl der „qualmenden“ Männer sank dagegen von 11,5 Millionen im Jahr 1965 auf schätzungsweise 9,6 Millionen.

Großes Fischsterben

Mainz (dpa) – Wie gestern das Mainzer Innenministerium berichtete, ist in Saar und Mosel ein großes Fischsterben festgestellt worden. Die Polizei von Saarburg fand Hunderte toter Brassen, Hechte und Rotaugen im Fluß und am Ufer. Auch in der Mosel in der Gegend von Schweich wurden tote Fische entdeckt. Aufklärung über das rätselhafte Fischsterben soll die Analyse von entnommenen Wasserproben ergeben.

Töne von der Laser-Harfe

Ein völlig neuartiges Musikinstrument kommt jetzt aus Frankreich: Die Laserharfe. Sie wird aus



FOTO: REIT

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Raketenabwehr in Europa

„Wir brauchen eine Raketenabwehr in Europa“, WELT vom 21. Juli

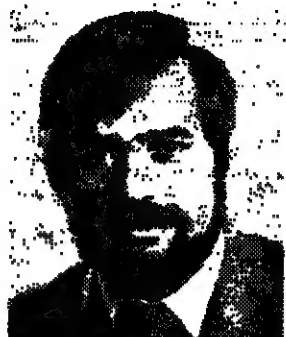
Der These des NATO-Oberbefehlshabers US-General Bernard Rogers möchte ich die Antithese entgegenzusetzen. „Wir brauchen keine Raketenabwehr in Europa!“

General Rogers folgt in seiner Darstellung einer typisch militärischen Argumentation, daß man einem bestehenden Waffensystem des poten-

fantistisch dimensionierten Forderungen nach Waffensystemen querschiesst, schadet der europäischen Sicherheit mehr, als daß er ihr gut tut!

Häufig widerspreche ich Rogers' Ansicht zu SDI (Weltraumwaffen) und dem frühen Einsatz nuklearer Waffen. Trotz aller Unkenrufe des NATO-Oberbefehlshabers ist ein Punkt hervorzuheben, bei dem er sich im Gegensatz zum deutschen Verteidigungsminister Wörner (CDU) befindet. Er sieht keine große Gefahr „in einem Angriff aus heiterem Himmel“. In dieser Einschätzung scheint er sich in Übereinstimmung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu befinden!

Horst Jungmann, MdB, SPD
Stellvertretender Vorsitzender im Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik



Horst Jungmann, MdB, SPD

tiellen Gegnern mit einer Gegenwaffe begegnen muß. Dieser Denkanstoß hat jahrelang die Strategien beherrscht. Häufig waren Abwehrsysteme nicht wirkungsvoll und seitdem haben sie Kriege vermieden.

Zur Sicherheit gehört nicht nur die militärische Verteidigungsfähigkeit, sondern auch wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit für die Bevölkerung. Militärische Sicherheit wird nicht nur dadurch verstärkt, daß das eigene Potential erhöht wird, sondern auch dadurch, daß wir für Entspannung sorgen und Rüstungskontrollpolitische Maßnahmen treffen. Beteiligung an kostspieligen Weltraumwaffen bringt die europäischen Staaten in die Gefahr, daß die Finanzen nicht mehr ausreichen, um das bewährte soziale Netz aufrechtzuerhalten. Viel ist auf diesem Gebiet schon geplatzt worden, und das Risiko ist groß, daß wir es mit kostspieligen Investitionen in Weltraumwaffen total kaputttrüben.

So notwendig es ist, daß die Politiker auf ihre militärischen Berater hören, so unabhängig ist es auch, daß Oberbefehlshaber sich den übergeordneten politischen Zielen unterordnen und nicht immer wider den Stachel locken und immer neue Forderungen aufstellen.

Das Gebot der Stunde ist nicht Aufrüstung, sondern Abrüstung! Selbst amerikanische Hardliner räumen ein, daß durch die Angebote Gorbatschows die Möglichkeiten zu einer kontrollierten Abrüstung noch nie so günstig waren wie heute. Wer in der Vielfalt aller Bemühungen um Entspannung, um vertrauensbildende Maßnahmen, um Reduzierung von nuklearen Waffen, um Ächtung der chemischen Kampfmittel und um Ausgewogenheit bei den konventionellen Waffensystemen mit neuen

Es ist dem NATO-Oberbefehlshaber General Rogers zu danken, daß er in dem Interview mit der Zeitung WELT erneut die Finger auf kritische Wunden legt. Zur Sicherung eines dauerhaften Friedens ist es erforderlich:

1. daß wir der aktuellen und künftigen Bedrohung durch die sowjetische Hochrüstung stets angemessen begegnen,
2. innerhalb des Bündnisses nicht zuzulassen, daß sich Zonen unterschiedlicher Sicherheit herausbilden,
3. daß Anstrengungen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle mit den Staaten des Warschauer Paktes nicht



Willy Wimmer, MdB, CDU

die Säulen unserer Sicherheit unterminieren.

4. daß wir gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes die Eskalationsfähigkeit bewahren, um die Abschreckung zu erhalten beziehungsweise gegebenenfalls wiederherstellen zu können.

Wir teilen die Sorge des NATO-Oberbefehlshabers, daß sich eine neue Dimension der Bedrohung durch sowjetische Präzisionsraketen entwickelt. Sorgen wir uns heute um die sogenannte nukleare Schwelle, so werden wir morgen erleben, daß diese sowjetischen Präzisionsraketen das Rückgrat unserer konventionellen Vertei-

digung so existentiell gefährden, daß bereits eine konventionelle Verteidigung per se unglaubwürdig ist und nicht verantwortet werden könnte.

Deshalb hat die Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – auch mit Zustimmung der FDP und der SPD – in die Haushaltsberatung im Herbst 1985 den Antrag eingebracht, das Bundesministerium der Verteidigung mit der Erstellung eines entsprechenden Handlungs-konzeptes zur Bekämpfung sowjetischer Präzisionsraketen zu beauftragen.

Was das Verbleiben amerikanischer Truppen auf dem europäischen Kontinent anbelangt, können wir mit großer Zufriedenheit feststellen, daß wir den amerikanischen Bündnispartner in Europa in der Wahrnehmung seiner eigenen nationalen Interessen sehen. Daran dürfte sich auf Dauer nichts ändern.

Willy Wimmer, MdB, CDU
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung

Kern der Sache

Enno von Loewensterns Betrachtung „Wahrheit mit Methode“ in der WELT vom 11. Juli ist hochaktuell! Vor allem der Zusammenhang von demagogischer Verführung und blutigen Terror.

Sein Hinweis auf Robert Jungk trifft den Kern der Sache. Dessen demagogisches Prinzip ist: ... daß wir eine neue Revolutionstheorie brauchen, die sehr oft nicht mehr das direkte Angehen der Hindernisse, sondern deren Umgehung und die allmähliche Veränderung des Klimas, die allmähliche Durchsetzung neuer Gedanken bewirken.

Das ist nicht Reformismus, sondern das ist die Vorbereitung entscheidender Umbrüche. Revolution ist ein schrecklich abgegriffener Begriff. (Qualität des Lebens, Band 8, EVA Frankfurt 1972).

Wer so leichtfertig von Revolution spricht und sie indirekt angehen will, der darf sich nicht darüber wundern, wenn man auch beim Kampf gegen den „Atomstaat“ in die Revolution gegen unser gutes politisches System denkt.

Die Erinnerung an die dreißiger Jahre sollte uns vor allem dies lehren: Man darf nicht nachträglich die Kleinen hängen, sondern muß rechtzeitig den Demagogen auf die Finger klopfen!

Professor Dr. Karl Steinbuch, EWINGEN

Wort des Tages

„Endgültigkeit ist nicht die Sprache der Politik.“
Benjamin Disraeli, britischer Staatsmann (1804–1881)

Mit freundlichen Grüßen
Horst Macht,
Bundesratssekretär für das
Verkehrswesen, Berlin 15

Personen

UNIVERSITÄT

Professor Dr. Dieter E. Lange, Direktor der Klinik und Poliklinik für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten und Leiter der Abteilung für Parodontologie der Universität Münster, wurde zum Mitglied der Kommission „Periodontal Health Services“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gewählt.

Professor Dr. Fritz Poustka, Leiter der Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie innerhalb der Psychiatrischen und Nervenklinik der Universität Münster, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Johann-Göthe-Universität Frankfurt am Main erhalten.

Der wissenschaftliche Mitarbeiter der Firma Hewlett-Packard aus Palo Alto in den USA, Dr. Gottfried Döhler, ist zum Professor auf den Lehrstuhl für Technische Physik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ernannt worden. Gleichzeitig wurde er zum Mitglied der Leitung des Instituts für Technische Physik bestellt.

KIRCHE

Aus Anlaß des 300. Todestages des dänischen Forschers und späteren Weihbischofs in Hamburg und Schwerin, Niels Stensen, begeht das Bistum Osnabrück am Samstag, den 23. August, in Lübeck den Nordischen Katholikentag. Der „kleine Katholikentag“ wird mit einem Pontifikalamt eröffnet, das der Bischof von Osnabrück, Helmut Hermann Witter, feiert. Schon am Vorabend wird der Bischof von Kopenhagen, Hans L. Martensen, über das Thema „Niels Stensen – ein Forscher entdeckt die Kirche“ sprechen. Das Katholikentreffen, bei dem der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Hans Maler, die Hauptrede halten wird, soll die Diskussion um das Verhältnis

zwischen Glaube und Naturwissenschaft sowie die Partnerschaft der katholischen Kirche in Hamburg und Schleswig-Holstein mit den skandinavischen Gemeinden beleben.

EHRUNGEN

Der Präsident des Europäischen Parlaments, der Franzose Pierre Pflimlin, wird als dritter Politiker Europas mit der „St. Liborius-Medaille für Einheit und Frieden“ ausgezeichnet. Das gab der Erzbischof von Paderborn, Johannes Joachim Degenhardt, der die Medaille 1977 stiftete, auf einem Empfang aus Anlaß der 1150-Jahr-Feier der Übertragung der Reliquien des Heiligen Liborius von Le Mans nach Paderborn bekannt. Als Erster erhielt der frühere belgische Premier- und heutige Außenminister Leo Tindemans die Medaille. Ihm folgte der Präsident des Vatikanischen Sekretariats für



Pierre Pflimlin

die Einheit der Christen, Kardinal Jan Willebrands. Der 79-jährige Pflimlin wird die Medaille, mit der Persönlichkeiten ausgezeichnet werden, die sich um die Einheit Europas auf der Grundlage christlicher Prinzipien verdient gemacht haben, am 28. Oktober in Paderborn von Erzbischof Degenhardt überreicht bekommen.

Die frühere WELT-Korrespondentin bei den Vereinten Nationen in New York, Gitta Bauer (60), erhält heute in der israelischen Botschaft in Bonn vom israelischen Botschafter Yitzhak Ben Ari die Medaille „Gerechte der Völker“. Die gleiche Auszeichnung erhält ihre Schwester Maria Schwellen posthum. Gitta Bauer und Maria Schwellen haben



Gitta Bauer

diese Ehrungen von Yad Vashem, der israelischen Forschungs- und Gedenkstätte in Jerusalem, die sich mit dem Schicksal der Juden in Europa während des Zweiten Weltkriegs beschäftigt, verliehen bekommen. Die beiden Schwestern hatten 1944/45 in Berlin die damals 21-jährige Jüdin Ilse Baumgart versteckt. Ilse Baumgart, heute verheiratete Moske, die in Berlin lebt, wird an der Ehrung in Bonn teilnehmen.

Bundesaufsicht

„In Kartes Klassen“, WELT vom 22. Juli

Sehr geehrter Herr Posny, in Ihrem Bericht über die Prämienskalkulation in der Rechtsschutzversicherung ist ein Aspekt des Problems nicht hinreichend klar geworden.

Die Prämienskalkulation in der Rechtsschutzversicherung – wie in der Schaden- und Unfallversicherung allgemein – ist reine Unternehmenssache; der Aufsichtsbehörde steht kein Recht zu, dabei mitzuwirken. (In der Lebens-, Kranken- und Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung ist das anders.) Das Amt ist da, wo es die Prämie nicht zu genehmigen hat, nur dann zum Handeln aufgerufen, wenn die dauernde Erfüllung der abgeschlossenen Versicherungsverträge nicht mehr gewährleistet erscheint.

Ein solcher Fall liegt derzeit erkennbar in der Rechtsschutzversicherung bzw. bei einzelnen Rechtsschutzversicherern nicht vor. Das Amt hat keinen Anlaß und auch kein Mandat, sich um die Details der Prämienskalkulation zu kümmern.

Wenn eine ganze Branche einheitlich kalkuliert oder zu praktisch einheitlichen Prämien kommt, dann ist der Konflikt dieser Branche mit dem Bundeskartellamt programmiert. Der Auftrag des GWB verbietet dem Bundeskartellamt, solche Fakten zu ignorieren. Es bringt pflichtgemäß das Verwaltungsverfahren in Gang und klärt den Sachverhalt. Im Bereich des Versicherungswesens kann die von ihm zu erlassende Mißbrauchsverfügung dann allerdings nur im Einvernehmen mit der Versicherungsaufsichtsbehörde ergehen.

Hätte im konkreten Fall das Bundeskartellamt beim Bundesaufsichtsamts für das Versicherungswesen um das Einvernehmen zum Erlaß einer Mißbrauchsverfügung nachgesucht, das Einvernehmen wäre erteilt worden. Das Bundesaufsichtsamts hätte sich nicht „gewehrt“, wie Sie irrtümlich schreiben. In diesem Bereich gibt es keine trennenden Gräben zwischen den beiden Ämtern.

Es ist selbstverständlich, daß sich jede seriöse Beitragskalkulation auf solide Statistiken über Risiken und Schäden stützen muß. Und es dürfte auch jedem einleuchten, daß zum Gelingen solcher Statistiken (fast) alle Versicherungsunternehmen einer Branche beitragen müssen.

Die Versicherungsaufsicht wird daher stets die Bestrebungen unterstützen, aussagefähige Branchenstatistiken zu erheben und sie den Unternehmen als Kalkulationsgrundlage zur Verfügung zu stellen.

Was wäre, wenn nun das einzelne Unternehmen die Kalkulation seiner Beiträge in eigener Verantwortung ausführt, ohne daß ihm die Hand geführt wird? Würde nicht dann eine Situation entstehen, an der auch das Bundeskartellamt Gefallen finden könnte?

Mit freundlichen Grüßen
Horst Macht,
Bundesratssekretär für das
Verkehrswesen, Berlin 15

GEBURTSTAGE

Der Vizepräsident der Ärztekammer Niedersachsen, Professor Dr. Werner Stuke, Arzt für Neurologie und Psychiatrie-Psychotherapie, feiert heute seinen 65. Geburtstag. Professor Stuke, der seit 1972 bis zum Monatsende die Nervenklinik Langenhagen der Stadt Hannover leitet, hat sich als Arzt, Wissenschaftler und Landesvorsitzender des Marburger Bundes und führt seit 1962 in ununterbrochener Folge als Landesvorsitzender des Landesverband Niedersachsen des Marburger Bundes.

Dr. Dieter Claessens, Professor für Soziologie, feiert am Samstag in Berlin seinen 65. Geburtstag. Claessens, der mit der Dissertation „Status als entwicklungssoziologischer Begriff“ promovierte, lehrte seit 1960 an der Universität Münster und an der Freien Universität Berlin. Von 1974 bis 1978 war er Rektor der Berliner Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik. „Rolle und Macht“, „Kapitalismus als Kultur“ und „Gruppenprozesse“ sind nur einige Beispiele seiner zahlreichen Publikationen.

VERANSTALTUNG

Der Staatssekretär des Bundesministeriums für innere Angelegenheiten, Ludwig A. Böhling, eröffnet am Freitag im Foyer des Stadthauses Bonn eine Ausstellung über die Berliner Mauer. Sie wird anlässlich des 25. Jahrestages der Errichtung der Berliner Mauer gezeigt und ist bis zum 14. August zu besichtigen. Die Ausstellung vermittelt mit rund 100 Fotoaufnahmen des Fotojournalisten Uwe Gerig einen nachdenklich stimmenden Eindruck vom heutigen Gesicht der Mauer in Berlin.

Städte markieren Grenzen bei den Partnerschaften

Kommunen der „DDR“ können nicht selbständig handeln

HH, Bonn
Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Hans Gottfried Bernath, hat an die „DDR“ appelliert, Partnerschaftswünsche und freien Austausch der Bürger in breitem Rahmen zu ermöglichen. Sie sollen freizeitliche Kontaktkontakte in der gleichen Weise zulassen, wie dies seit Kriegsende in nunmehr rund 5.600 Kommunalpartnerschaften in Westeuropa möglich sei.

Bernath erklärte gestern auf einer Pressekonferenz in Bonn, daß rund 300 Städte, Gemeinden und Landkreise in der Bundesrepublik ihr Interesse „an partnerschaftlichen Beziehungen“ durch entsprechende Ratsbeschlüsse dokumentiert hätten. Er erinnerte an die KSZE-Schlusssätze, in der sich die Teilnehmerstaaten zum Ziel gesetzt haben, freiere Bewegung und Kontakte auf individueller und kollektiver Grundlage zu erleichtern.

Bernath ließ in der Pressekonferenz Kritik an der Städtepartnerschaft zwischen Eisenhüttenstadt und Saarouis anklagen, die er allenfalls als „Anfang akzeptieren“ könne. Die Bezeichnung „Pilotprojekt“ begrüßte er ausdrücklich. Der Städte- und Gemeindebund wolle spontane

und nicht reglementierte Begegnungen fördern. Nicht nur Funktionäre sollten reisen. Partnerschaften bestünden vielmehr im regen Austausch von Bürgern und bürgerlichen Gruppen der miteinander verbundenen Städte.

Verträge der Gemeinden könnten diese Partnerschaft nicht ersetzen, sondern bildeten „nur einen hilfreichen Rahmen“. Bernath erinnerte in diesem Zusammenhang an die geringen Möglichkeiten der Städte und Gemeinden der „DDR“. Sie seien „keine selbständig handelnden Organisationsstelle einer einheitlichen Staatsgewalt“. Von der politischen Spitze in der „DDR“ sei jedoch „keine Unterstützung zu erwarten“. In Verhandlungen über den Abschluß von Partnerschaften werde zudem immer wieder der Verzicht auf Veranstellungen in Berlin gefordert. Das stehe für den Städte- und Gemeindebund „nicht zur Debatte“.

Den Städten und Gemeinden empfiehlt der Verband, deutsch-deutsche Kontakte von Jugendgruppen und Schülern zu fördern. Das diene auch der Vertiefung nicht nur der zwischenmenschlichen Beziehungen, sondern auch des Bewußtseins der Einheit der deutschen Nation.

Zeitverträge brachten mehr Arbeitsplätze

HH, Bonn

Die Änderung des Beschäftigungsförderungsgesetzes hat zur Schöpfung neuer Arbeitsplätze geführt. Das ergab eine Umfrage der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, an der sich 2.384 Unternehmen mit 1,7 Millionen Beschäftigten aus 18 Wirtschaftszweigen beteiligt haben. Fast drei Viertel der Betriebe haben bis Ende vergangenen Jahres von der seit dem 1. Mai 1985 bestehenden Möglichkeit Gebrauch gemacht, Arbeitnehmer befristet einzustellen. Fast die Hälfte der Arbeitsverträge auf Zeit habe der Vergrößerung des Personalbestands gedient.

Hauptmotive für derartige Verträge seien zeitlich begrenzter, zum Beispiel saisonaler Arbeitskräftebedarf (60,5 Prozent) und die Ungewissheit künftiger Entwicklungen (33,6 Prozent). Die Betriebe, so der Verband, haben das Beschäftigungsförderungsgesetz also in dem Sinne genutzt, mehr Arbeit nicht durch Überstunden, sondern durch Einstellungen zu bewältigen. Zusätzlich öffnete die Befristung auch das Tor zu einem Dauerarbeitsverhältnis. Schon zum Zeitpunkt der Befragung beabsichtigten die Betriebe, ein Viertel der befristeten in unbefristete Arbeitsverhältnisse umzuwandeln.

Im Gesamtschulstreit nimmt die CDU den Kanzlerkandidaten Rau ins Visier

Staatssekretär Pfeifer zur WELT: Ministerpräsident beuge sich dem Druck der Linken

CHRISTIAN GEYER, Düsseldorf
Die Radikalisierung der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen ist nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bildungsministerium, Anton Pfeifer (CDU), als „ein deutliches Zeichen der Schwäche“ von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) zu werten. Rau habe sich dem Druck bestimmter Kreise in der SPD-Landesfraktion gebeugt, als er auf der jüngsten Sondersitzung des Schulausschusses in Düsseldorf die „Kehrtwendung zum aggressiven Gesamtschulstreit“ mitvollzog. Das lasse auch Rückschlüsse auf das politische Durchsetzungsvermögen Raus als Kanzlerkandidat zu, sagte Pfeifer gegenüber der WELT.

Volksbegehren

Rau hatte sich am Samstag hinter die verfassungsrechtlich bedenkliche Entscheidung von Kultusminister Hans Schwier gestellt, in Dornagen die Gesamtschule zu erzwingen. Gegen diese Entscheidung erwägt die CDU-Fraktion nunmehr die Unterstützung eines Volksbegehrens (WELT vom 28. Juli). Mit seiner Rückendeckung für Schwier habe sich der Ministerpräsident gegen die Mehrheit der Eltern gestellt, selbst

wenn er sich wie Schwier verbal als „Anwalt der Eltern“ hinstelle, sagte Herbert Reul, der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag. Mit der Einführung einer einzigen Gesamtschule, für die lediglich 112 Anmeldungen erforderlich seien, werde nämlich gleichzeitig hundert von Eltern ihr Recht zur freien Schulauswahl bestritten.

Gegenwärtig gibt es im Lande 81 Gesamtschulen, von denen 64 noch im Aufbau sind. In den nächsten fünf Jahren sollen nach Schätzung der CDU noch einmal so viele Gesamtschulen hinzukommen. Das aber bedeute bei sinkenden Schülerzahlen die Vernichtung von 500 Schulen des gegliederten Systems. Damit würde die Gesamtschule die drei bestehenden Schultypen nicht mehr, wie ursprünglich vorgesehen, „ergänzen, sondern ersetzen“.

Die Konsequenz sei, so Reul, daß etliche Schulkinder zu einem weiteren Schulweg gezwungen würden und zahlreiche Lehrer zwangsversetzt würden. Entscheidend seien jedoch die inhaltlichen Bedenken, für die immer mehr Eltern sensibilisiert seien. Statt den Kindern beizubringen, „mit Leistung umzugehen“, würden die leistungsfähigen Schüler in

der Gesamtschule unterfordert, die schwächeren jedoch überfordert.

Als besonders „kinderfeindlich“ wertete Reul die Utopie der wertneutralen Erziehung. Das pädagogische Konzept der Gesamtschule verzichte unter der Fahne des gesellschaftlichen Pluralismus auf Werte, „ohne die unsere pluralistische Gesellschaft jedoch zum Scheitern verurteilt ist“.

Erzwungene Entscheidung

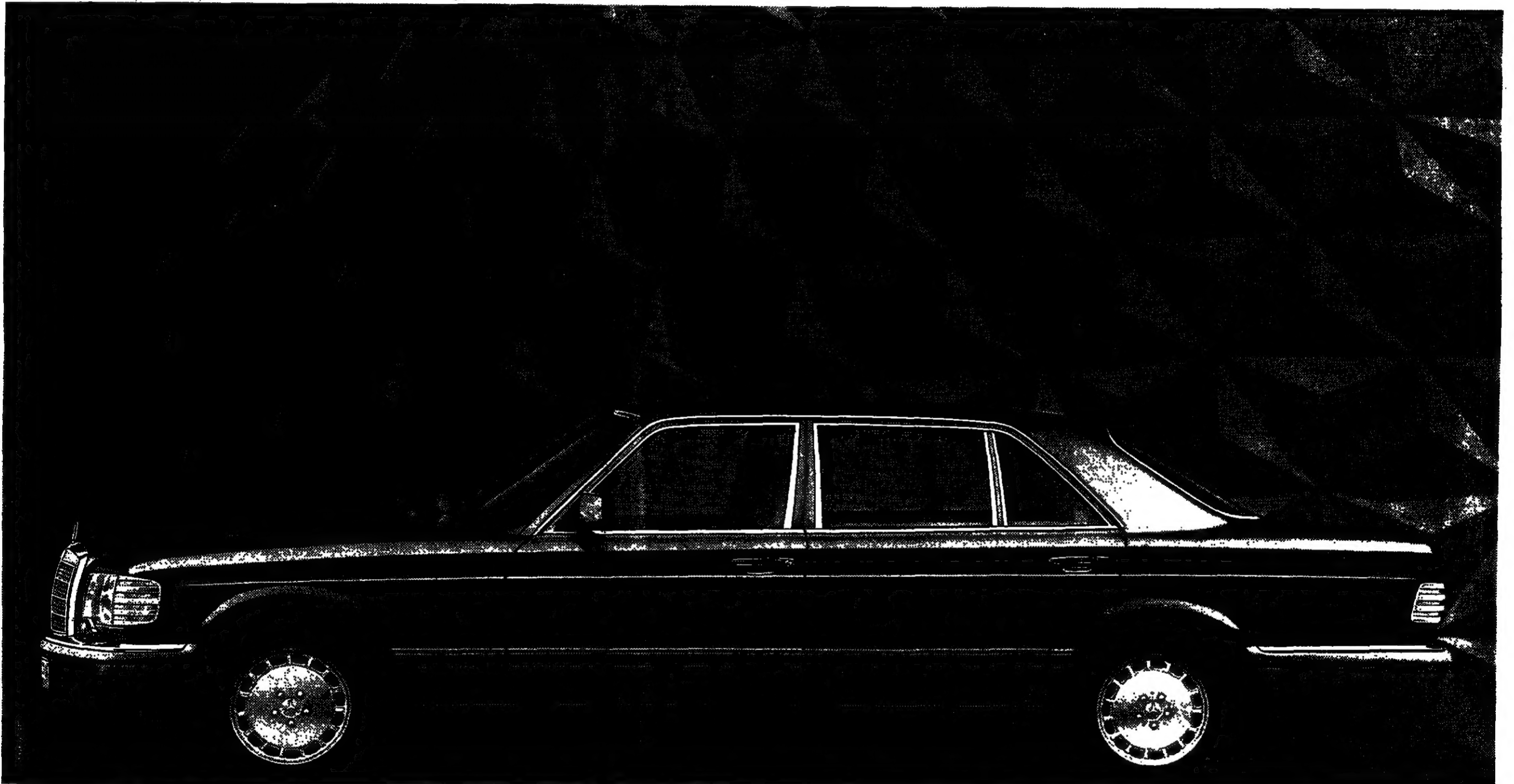
Bestimmte Werte, die überdies verfassungsrechtlich geschützt seien, hätten Gültigkeit „unabhängig von der Pluralität der Meinungen“. Dieser Gesichtspunkt komme bei der pädagogischen Ausrichtung der Gesamtschule von vornherein zu kurz.

Im übrigen habe der Fall Dornagen einmal mehr gezeigt, daß Schwier in seiner Partei die traurige Rolle einer „Marionette“ spiele. Er werde von radikalen Bildungspolitikern im Umfeld von Manfred Dornagen (SPD) zu Entscheidungen gedrängt, die seiner persönlichen Auffassung „offensichtlich widersprechen“, wie beispielsweise aus der Kabinettsvorlage zum Dornagener Beschluß deutlich werde (WELT v. 28. 7.).

Vebsa-Chef: Kalkar und Wackersdorf ohne Zeitdruck

dpa, Bonn

Mit der Inbetriebnahme des Schnellen Brütters in Kalkar und mit dem Baubeginn in Wackersdorf sollte bis nach den Bundestagswahlen im Januar gewartet werden. Dafür hat sich der Chef des Energiekonzerns Vebsa, Rudolf von Bennigsen-Foerder, ausgesprochen. Zur Frage der künftigen Energieversorgung brauche man einen „breiten Konsens“ in Politik und Gesellschaft, sagte er der Zeitschrift „Borner Energie-Report“. Bei den Entscheidungen für oder gegen eines dieser Projekte stehe man nicht unter Zeitdruck. Wenn die grundsätzliche Frage Pro und contra Kernenergie ausdiskutiert werde, sei „eine gewisse Verzögerung sicherlich zu verantworten“. Der Chef der Vebsa – sie ist zweitgrößter Atomstromproduzent der Bundesrepublik Deutschland – sagte, durch Tschernobyl habe „die Glaubwürdigkeit der Atomindustrie gelitten“. Die Energiewirtschaft habe jedoch schon in der Vergangenheit den Fehler gemacht, „Totschlagargumente“ wie „sonst gehen die Lichter aus“ zu benutzen. Sie müsse nun verdeutlichen, daß der Weg in die Kernenergie technisch, sozial und ethisch zu verantworten sei. Allerdings habe die Kernenergie „wie jede Technologie irgendwo ihr Ende“, sobald bessere Alternativen vorlägen.



Maßstab durch Leistung.

Die S-Klasse von Mercedes-Benz.

In der Automobilwelt von heute sind die Reise- limousinen mit dem Stern zum Leitbild geworden. Dies ist kein selbstgewählter Anspruch, sondern die Summe der weltweit bestehenden

Urteile. Die wiederum das Ergebnis eines über- legenen Gesamtnutzens sind. Prestige also durch souveräne Leistung.

Die Dynamik der Triebwerke mit elektronisch gesteuerter Einspritzung und Zündung, die richtungweisende, kraftvoll-elegante Linie, die ausgereifte Katalysator-Technik, die elektroni- schen Gurtstraffer – dies sind nur einzelne Merkmale für ein ausgewogenes und ausgereif-

tes Ganzes: Für ein Höchstmaß an Leistung, an Fahrkomfort, Sicherheit, Wert und Wirtschaft- lichkeit.



MERCEDES-BENZ

Ihr guter Stern auf allen Straßen.

FDP: Sanktionen sind kein geeignetes Mittel in der innerdeutschen Politik

Auch Bundesregierung will die „DDR“ nicht über den Ost-Handel unter Druck setzen

dpa/Ar, Bonn
Die Freien Demokraten haben den Überlegungen innerhalb der Union, Ost-Berlin durch Wirtschaftssanktionen zu einer Änderung seiner Haltung in der Asylanfrage zu veranlassen, eine Absage erteilt. FDP-Geschäftsführer Helmut Haussmann erklärte gestern, derartige Maßnahmen könnten kein Mittel der Außenpolitik und erst Recht nicht der innerdeutschen Politik sein. Auch gegenüber der „DDR“ gelte die grundsätzliche Haltung der FDP, daß der Erfolg von Wirtschaftssanktionen fraglich sei und diese zudem die Gefahr in sich trügen, die Falschen zu treffen.

Auch die Bundesregierung denkt nach Angaben von Regierungssprecher Norbert Schäfer nicht daran, den innerdeutschen Handel als Druckmittel in der Asylanfrage einzusetzen. Kohl habe zwar von einem unhaltbaren Zustand gesprochen. Schäfer fügte jedoch hinzu: „Generell ist nicht an Maßnahmen gedacht, die die Rechtsgrundlage des innerdeutschen Handels berühren.“

Der deutschlandpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eduard Lintner, konkretisierte gestern im Deutschlandfunk (Köln) die vom Fraktionsvorsitzenden Alfred Dreg-

ger in der WELT angekündigten „gezielten Gegenmaßnahmen“. Dregger habe in erster Linie an Bereiche gedacht, wo keine vertraglichen Verpflichtungen vorlägen, so an die Quasi-EG-Mitgliedschaft der „DDR“ und die Mehrwertsteuervergünstigung. Lintner präzisierte auch den Vorschlag des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, der sogar Verträge zwischen beiden deutschen Staaten infrage gestellt hatte. Waigel habe an die „Vielzahl von Verträgen“ gedacht, die uns zu Zahlungen an die DDR verpflichten, wie das Transitabkommen.

Der CSU-Politiker räumte zugleich ein, daß bei einer Einschränkung der wirtschaftlichen Vorteile aus der Quasi-EG-Mitgliedschaft der „DDR“ politische Probleme entstünden, da man ja weiterhin von einer deutschen Staatsangehörigkeit ausgehe. „Da müßte ein Ausweg gefunden werden, der einerseits den grundsätzlichen Standpunkt wahr... und andererseits diese Vergünstigung zumindest zeitweise für die DDR zur Disposition stellt.“ Lintner fragte auch, ob mit derartigen Maßnahmen der Zustrom von Asylbewerbern über die „DDR“ in die Bundesrepublik tatsächlich unterbrochen werden könne.

Das Bundeswirtschaftsministerium in Bonn denkt nach den Worten seines Sprechers Dieter Vogel nicht über wirtschaftliche Sanktionen gegen die „DDR“ nach. Er verwies darauf, daß die Handelsbeziehungen mit Ost-Berlin vertraglich geregelt seien. Dies gelte insbesondere für die Praxis, den innerdeutschen Handel als Binnenhandel zu betreiben, für den es beispielsweise keine Zölle gebe.

Auch die Möglichkeit der „DDR“, auf dem westdeutschen Markt mit anderen EG-Ländern in gleichberechtigter Konkurrenz zu treten, ist nach den Worten Vogels vertraglich festgelegt. Ein entsprechendes Protokoll sei Bestandteil des EWG-Vertrages, dessen Änderung nicht nur Monate dauern würde, sondern von Bonn auch nicht gewünscht werde.

Vogel verwies im übrigen auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag mit der „DDR“, in dem es heiße, daß der Handel mit der „DDR“ im Zuge der Fortentwicklung der innerdeutschen Beziehungen kein Außenhandel werden dürfe. Er hob auch hervor, daß mit der „DDR“ ein Vertrag über den zinslosen Überziehungskredit im innerdeutschen Handel (Swing) abgeschlossen worden sei.

FECHTEN / Deutsche Erfolge bei der Weltmeisterschaft in Sofia: Gold- und Silbermedaille

Anja Fichtel und Sabine Bau – zwei Teenager mit 17 Jahren schon am Ziel aller Träume

ANDREAS SCHIRMER, Sofia
Die Medaillen hängten sie über das Bett, um beim Aufwachen gewiß zu sein, daß es kein Traum war. In Zimmer 1215 des Nobelpalastes „Vitocha“ löschten Anja Fichtel und Sabine Bau aber erst im Morgengrauen das Licht, rannten kreuz und quer durch die Flure und ließen sich bei prickelndem Sekt feiern. Kein Wunder, daß keine Müdigkeit trotz des anstrengenden und kräftezehrenden Turniers aufkommen wollte, denn die beiden Tauberbischofsheimer Teenager hatten am Sonntagabend die Fecht-Welt auf den Kopf gestellt und Gold und Silber gewonnen.

„Ein Wahnsinn, ich bin Weltmeisterin“, jubelte Anja Fichtel (17), die als jüngste Titelgewinnerin aller Zeiten in die WM-Geschichte eingehen wird, nach ihrem 8:3-Sieg über die gleichaltrige Sabine Bau. Sie ist nach der legendären Heleine Mayer (WM 1928, 1929, 1931), Heidi Schmid (1960, 1961) und Cornelia Hanisch (1979, 1981, 1985) die vierte deutsche Weltmeisterin.

Schon gleich am Tag nach ihrem größten Erfolg richtete Anja Fichtel den Blick nach vorne: „Selbstverständlich werden mich jetzt alle schlagen wollen. Aber olympisches Gold in zwei Jahren in Seoul, das wäre schon Spitze.“

Der Aufstieg von Anja Fichtel zur Weltklasse-Fechterin ist im Fecht-sport ohne Parallelen, und wie sie den WM-Titel erfocht erst recht. Denn ihr Halbfinalkampf gegen Olga Vochachkina wird Eingang finden in das Kurositenkabinett des Fechtens. Es begann mit einer Katastrophe für Anja Fichtel, die Treffer um Treffer kassierte und fast ausschließlich mit 1:7 zurücklag. Doch plötzlich fand auch die deutsche Florettistin mit ihrer Waffenspitze den Weg auf die Brokatweste der Sowjetrussin, holte bis 5:7 auf, profitierte von einem Straftreffer,



Das Glück der Fechterinnen oder Geteilte Freude ist doppelte Freude. Anja Fichtel (links) gewann Gold, Sabine Bau holt Silber. FOTO: DPA

den ihre Gegnerin erhielt, und gewann noch mit 8:8. „Ich hätte nicht geglaubt, daß ich gewinnen werde. Weitergeschritten habe ich nur, um mich nicht zu blamieren“, bekannte Anja Fichtel.

Seit ihrem neunten Lebensjahr trainiert sie unter der Regie von Olympiasieger Alexander Fusch. „Er muß ausgegippt sein, als er von meinem Sieg hörte“, berichtet Anja Fichtel. Degen-As Fusch erlebte den Triumph seiner Schülerin aus der Ferne, da er am Montag in Sofia eintraf. Fusch führte sie behutsam, aber rasant in die Weltspitze. 1979 bestritt die angehende Reizekäuferin ihr erstes Turnier, und bereits 1985 gewann sie die Junioren-Weltmeisterschaft und den Nachwuchs-Weltcup. Außerdem stand der stupensartige Blondschnepf schon im letzten Jahr an der Spitze von Cornelia Hanisch im WM-Goldteam. „Sie könnte Comys Nachfolgerin werden. Aber sie wird nicht

immer auf dem Thron sitzen“, meint Damen-Bundestrainer Horst-Christi-an Teil.

Nicht minder spektakulär und sensationell ist die Vize-Weltmeisterschaft von Sabine Bau. „Ich bin so glücklich, Zweite zu sein“, freute sich das 1,80 Meter große Florett-Talent, das in dieser Saison wie eine Rakete in den Fechter-Himmel geschossen ist. Ihre Erfolgsbilanz weist bisher nur eine Silbermedaille bei den deutschen Meisterschaften und einen fünften Platz beim Weltcup-Turnier in Göppingen auf.

Zum Fechten kam Sabine Bau erst, nachdem sie im Ballett und beim Turnen erste Bewegungserfahrungen gemacht hatte. Trainiert wird die Gymnastin von Ruth Oryczka, die sie auch treffend charakterisiert: „Sie ist ein träumerischer Typ. Allerdings, wenn sie aufwacht, kämpft Sabine wie eine Löwin.“ Dies will Sabine Bau auch in Zukunft tun. Den Fehde-

handschuh hat sie ihrer Freundin Anja Fichtel hingeworfen: „Ich werde versuchen, mich zu revanchieren, wann immer es geht.“

Das Teenager-Duo ist ein typisches Produkt der Tauberbischofsheimer Metallenschmiede, dessen Feiner zur Zeit die Florettdamen sind. „Wir haben noch eine ganze Reihe talentierter Mädchen“, erklärt Chef-Bundestrainer Emil Beck. Anja Fichtel beschreibt das Erfolgsgeheimnis der Fecht-Firma „TBB“ so: „Es wird keine Rücksicht darauf genommen, ob jemand 15, 17 oder 20 Jahre alt ist. Jeder muß sein Pensum erfüllen, das ist knallhart.“

Die Titelprämie von 10 000 Mark will Anja Fichtel gerne sparen, Sabine Bau möchte ihre 7500 in ihr Hobby „Reisen“ investieren. Sobald sie 18 ist, darf sie auch mit einem Auto rechnen, denn durch den Erfolg von Sofia winkt ihr die Optimalförderung der Sporthilfe, die Anja Fichtel bereits erhält. Witzelte Bundestrainer Emil Beck: „Normalerweise müßte Josef Neckermann bei unserer Rückkehr mit dem fertigen Vertrag am Frankfurter Flughafen auf Sabine warten.“

Im Schatten von Sabine Bau und Anja Fichtel standen zwei andere deutsche Damen. Wieder einmal die große Verliererin war Sabine Hirsch, die im Duell um die Bronzemedaille an der Sowjetrussin Vochachkina (3:8) scheiterte. Titelvorrit Christiane Weber, die nach ihrem Weltcup-Sieg besonders ambitioniert nach Sofia zog, schied in der Direktauscheidung (2:1 Platz) aus. „Ich hatte die Nerven nicht im Griff und habe Angst bekommen“, kommentiert die Offenbacherin ihr Abscheiden.

Gemeinsam mit ihren Mannschaftskameradinnen wollen sie sich doch noch eine Medaille aus Bevers heften: „Es wäre toll, wenn wir unseren Titel auch noch verteidigen könnten.“

EKD: Schnelleres Asyl-Verfahren

idea, Berlin
Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) lehnt eine Grundgesetzänderung im Zusammenhang mit der Asylanfrage ab. Dem Mißbrauch des Asyls müsse aber gewehrt werden, heißt es in einer Stellungnahme des Rates der EKD. Der Rat, das oberste Leitungsgremium der EKD, tritt für eine Beschleunigung und „administrative Straffung“ der Anerkennungsverfahren ein, damit „Asylbewerber, die keinen Rechtsgrund zum Verbleiben haben, unverzüglich in ihre Heimatländer zurückkehren“. Um zu verhindern, daß Menschen aus „asylfremden“ Gründen eingeschleust werden, sollten „alle rechtlichen und politischen Mittel ausgeschöpft werden“. Der Rat der EKD warnt ferner vor einer „einseitig national orientierten Asylpolitik“. Sie werde den weltweiten Flüchtlingsproblemen nicht gerecht. Die Bundesrepublik Deutschland solle „ihren Sinn für geltend machen, um internationale Lösungsansätze voranzubringen und auch zwischen den europäischen Ländern zu einer gerechten Lastenteilung zu kommen“.

Dülmarschen baut und betreibt ersten Windpark

HH, Bonn
Forschungsminister Heinz Riesenhuber hat gestern entschieden, den ersten deutschen Windpark vom Kreis Dülmarschen erbauen und betreiben zu lassen. Das Ministerium übernimmt 50 Prozent der Kosten. Insgesamt werden rund vier Millionen Mark für die erste Ausbaustufe kalkuliert. Die Energieerzeugungskapazität beträgt etwa ein Megawatt. Riesenhuber will damit den Leistungsstand der deutschen Windtechnologie heben und das Vertrauen in die Zuverlässigkeit dieser jungen Technik verstärken. Im Januar wurde ein Förderprogramm für einen ersten deutschen Windpark veröffentlicht. An der Ausschreibung hatten sich zwanzig Bewerber beteiligt. Darin sieht der Forschungsminister das „hohe Interesse an dieser Energietechnik und die Bereitschaft der Energiewirtschaft, Innovationsrisiken einzugehen“.

Die Auswahlkriterien bei der Entscheidung waren höchstmögliche Ausschöpfung der erzielbaren Wirtschaftlichkeit, windgünstiger Standort, zuverlässige Technik, günstige infrastrukturelle Bedingungen und gute organisatorische Einbindung in die Energiewirtschaft.

Windenergie sei eine „ernstzunehmende Möglichkeit, erneuerbare Energiequellen zu nutzen“, betont Riesenhuber. Der großen Umweltfreundlichkeit stünden jedoch immer noch hohe Investitionskosten gegenüber. Für die Bundesrepublik Deutschland sei 1984 in einem wissenschaftlichen Gutachten ein wirtschaftliches Potential von etwa 12 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE), also rund drei Prozent des Primärenergiebedarfs, errechnet worden. Davon könnten bis zum Jahre 2000 etwa 15 Prozent ausgeschöpft werden.

Der CDU-Abgeordnete Dietrich Austermann (Wahlkreis Dülmarschen-Süd) hat die Entscheidung Riesenhubers begrüßt. Dadurch erhalte die Westküste Schleswig-Holsteins die Chance, „beispielhaft mit deutscher Technologie zu werben und Entwicklungsland für eine noch zu entwickelnde Industrie zu werden“. Austermann sieht darin auch einen „Hoffnungsschimmer für neue Arbeitsplätze“. Er fordert, das Verstromungsgesetz zu ändern, damit die alternativen Energien nicht mit dem Kohlepfennig „bestraft“ werden.

Hessen plant Verbot verbleiten Benzins

dpa, Wiesbaden
Hessen will im Bundesrat ein Verbot verbleiten Normalbenzins beantragen. Die rot-grüne Landesregierung werde voraussichtlich im August über eine entsprechende Vorlage von Umweltminister Joschka Fischer (Die Grünen) beraten, teilte Fischers Pressesprecher Georg Dick gestern in Wiesbaden mit. Für den Fall, daß die Verbotslösung nicht angenommen werde, komme auch eine zusätzliche steuerliche Begünstigung bleifreier Kraftstoffs in Betracht. Dick begründete die hessischen Pläne damit, der Straßenverkehr sei die „größte Bleischleuder“ in der Bundesrepublik. Die Motoren belasteten die Umwelt jährlich mit rund 3 500 Tonnen des Schwermetalls. Erschwerend komme hinzu, daß der Schadstoff in Atemhöhen von Menschen und Tieren ausgestoßen werde. Das bleihaltige Normalbenzin habe in der Bundesrepublik einen Anteil von 40 Prozent an allen verkauften Vergaserkraftstoffen. Ergänzend erklärte er, daß viele Kraftfahrer nach wie vor den bleihaltigen Treibstoff benutzten, obwohl ihre Autos auch den umweltfreundlicheren Sprit vertrügen.

Solarwirtschaft droht mit Stopp der Energieforschung

Bundesverband beklagt mangelnde finanzielle Unterstützung

EBERHARD NITSCHKE, Bonn
Die im „Bundesverband Solarenergie“ (BSE) zusammengeschlossenen deutschen Unternehmen wollen ihre Forschung auf dem Gebiet „erneuerbarer Energieträger“ aufgeben, wenn die Bundesregierung ihr Interesse an Photovoltaik, Solarthermie, Umweltwärme, Windenergie, Biomasse und solarem Wasserstoff nicht durch hinreichende Fördermittel bekundet.

Dies erklärte in Bonn der BSE-Vorsitzende Bernd Stoy anlässlich der Vorlage statistischer Zahlen, die für die Jahre bis 1988 darlegen, daß die Fördermittel des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in diesem Zeitraum mit Ausnahme der Photovoltaik (der direkten Umwandlung von Sonnenlicht in Elektrizität) und eines winzigen Restes bei der Solarthermie auf Null gebracht wurden. Nachdem das Ministerium auf eine erste Beschwerde des Bundesverbandes im Juni auf einen Gesamtbetrag von 858 Millionen Mark verwiesen hatte, die als Fördermittel für diesen Sektor 1986 gegeben würden, stellte Stoy fest, daß das tatsächliche Finanzierungsvolumen von 157 Millionen Mark im Jahre 1982 jetzt auf 85 Millionen Mark abgesunken sei. Dies gebe auch aus einer Aufstellung hervor, die das Forschungsinstitut am 23. Mai veröffentlicht habe.

Es habe allerdings den Anschein, daß jetzt Forschungsminister Riesenhuber „unter dem Eindruck der öffentlichen Diskussion“ nach der Katastrophe im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl wieder mehr Mittel bereitstellen wolle, vor allem aber die Markteinführung alternativer Energien durch steuerliche Maßnahmen in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien unterstützen wolle.

Kontinuierliche Strategie

Grundlage für einen „nennenswerten Beitrag“ der erneuerbaren Energie zur Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland „und in sonnenreichen Ländern“ könne nur eine langfristig angelegte, kontinuierliche Strategie in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Markteinführung sein. Selbst Firmen wie Siemens, Bosch, Dornier oder Hoechst müßten aber die Segel streichen, wenn ihnen Eigenanteile von 50 Prozent auf diesem Felde zugemutet würden.

Putschisten sollen vor Gericht

dpa, Manila
Die philippinische Regierung hat gestern bekanntgegeben, daß die Führer des mißlungenen Putschversuchs gegen die Regierung von Präsidentin Corason Aquino vom 6. Juli wegen Aufrufs vor Gericht gestellt werden sollen. Präsidentin Aquino sagte, „die Grenzen wohlwollenden Regierens“ seien erreicht. Zu den Putschisten gehören der ehemalige Außenminister Arturo Tolentino, fünf ehemalige Parlamentsabgeordnete und 15 hohe Offiziere. Tolentino hatte sich während des Aufrufs zum „amtierenden Präsidenten“ erklärt. Durch die angebliche Berufung von Verteidigungsminister Enrile in sein „Rebellenkabinett“ hatte er für Aufregung gesorgt. Enrile, früher ein treuer Marcos-Anhänger, hatte sich wiederholt kritisch mit der neuen Regierungspolitik auseinandergesetzt, jedoch immer seine Loyalität zur Präsidentin betont. Unterdessen befahl Frau Aquino den Polizeibehörden, „Marcos-Loyalisten“ festzunehmen, die während einer gewalttätigen Demonstration am Sonntag einen Parteigänger der Präsidentin gelyncht hatten.

Standpunkt Vergnügen

Wieviel Spaß es machen kann, einen Fußballspiel zwischen Künzern zusehen, wir hatten es angesichts vieler verlässlicher WM-Vorstellungen beinahe schon vergessen. Drei Wochen nach dem Finale von Mexiko zeigten nun zwei Mannschaften, bunt zusammengewürfelt aus Künstlern von Südamerika und Europa, im kalifornischen Pasadena, was sich mit einem Ball alles anstellen läßt, wenn Tricks und Technik beherrscht werden.

Einem guten Zweck diene das gut zwelstündige Sport-Spektakel, das die Amerikaner, die längst dem alltäglichen Soccer nichts mehr abgewinnen, schier aus dem Häuschen brachte, auch noch. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen kassierte 540 000 Mark. Daß die von einem Diego Maradona in blendender Spiellanne geführten Südamerikaner nach Elfmeterschießen gewannen, war wohl eher Zufall.

Ohne den Wettkampfstreß um Punkte und Prämien ist Fußball immer noch ein Vergnügen für die Fans. Kein Wunder, daß die Vorstellungen der Altinternationalen hierzulande einen derart großen Zulauf verzeichnen können. MBG

MOTORSPORT / Rosberg und Prost hatten das Dilemma schon geahnt

Nach dem Sprit-Drama begab sich Porsche sofort auf die Suche nach den Ursachen

LEO WIELAND, Hockenheim
„Heute kann ich hier nicht gewinnen“, hatte Keke Rosberg vor dem Start zum Großen Preis von Deutschland gesagt, „wir werden Probleme mit dem Spritverbrauch bekommen.“ Der Finne sollte recht behalten. Drei Kilometer vor dem Ziel ging seinem McLaren Porsche das Benzin aus. Bei seinem Teamkollegen Alain Prost (Frankreich) war erst 200 Meter vor dem Abwinken der Tank leer.

Im Training hatten die beiden McLaren zwar dominiert, hatten zum ersten Mal in dieser Saison in der ersten Startreihe gestanden, doch dann mußten sich wieder dem Williams-Duo Piquet/Mansell und dem Lotus-Rennfahrer Ayrton Senna schon im sechsten Rennen hintereinander geschlagen geben.

„Mein Computer hat wieder einmal verrückt gespielt“, schimpfte Rosberg, „laut Anzeige müßten noch 1,9 Liter im Tank sein.“ Auch Alain Prost hatte nach seinem elektronischen Verbrauchsmesser noch zwei Liter Benzin an Bord. „Diese Zahlen entsprechen genau dem einen Prozent Abweichungstoleranz, die man dem Rechner zubilligen muß“, kommentierte Porsche-Ingenieur Hans Mezger die Fahrer Aussagen, „eine hundertprozentige exakte Anzeige gibt es nicht, und darauf müssen sich die beiden eben einstellen.“ Der Leiter der Abteilung für die Motoren-Entwicklung wollte seine beiden Fahrer dann doch nicht zu hart kritisieren: „Alain Prost mußte halt ver-

suchen, vorne mitzufahren, weil er seinen Titel verteidigen will, und Keke Rosberg hat in diesem Jahr noch kein Mal gewonnen.“

Bei Porsche ist man derzeit damit beschäftigt, die Ursachen für dieses aufsehenerregende Sprit-Drama zu finden. „Was der genaue Grund war, können wir heute noch nicht sagen“, betont Mezger, „wir müssen die genaue Untersuchung unserer Triebwerke abwarten.“ Die Modifikationen an den Wasser- und Ölkühler, durch die die Porsche-Motoren in Hockenheim 15 Prozent mehr Leistung (etwa 1000 PS) brachten, haben laut Mezger mit dem Verbrauchsproblem nichts zu tun.

Nachdem Porsche in den vergangenen beiden Jahren vor allem den Standard der Zuverlässigkeit seiner Turbos erhöht hatte, stand in diesem Jahr, da der Tankinhalt erneut beschränkt wurde (195 statt 220 Liter) die Verbrauchsreduzierung ganz oben an. „Vor der Saison haben wir mit unseren Auftragsgebern TAG (Technique d'Avant Garde) eine Entwicklungsstrategie erarbeitet und uns auf ein entsprechendes Budget geeinigt“, sagt Hans Mezger, „unser Problem liegt eigentlich weniger beim Geld als bei unseren technischen Kapazitäten.“

Bei Porsche ist die Zahl der für das Formel-1-Motorenprojekt zur Verfügung stehenden Prüfstellen begrenzt. „Wenn wir alle unsere Anlagen dafür einsetzen würden, dann müßten wir auf andere Fremdaufträge verzichten,

und die ganze Sache würde dann dreimal so teuer. Wir sind nämlich nicht Honda, die ohne Rücksicht auf die Kosten ihr technisches Potential voll ausschöpfen können“, erklärt Mezger die aktuelle Problematik. Bislang hat sich nämlich TAG-Chef Mansour Ojeh nicht zu notwendigen Mehrinvestitionen durchbringen können.

Vor allem für 1987 aber wird Porsche den „Kunden-Turbo“ mit großem Aufwand weiterentwickeln müssen. „Für uns ergeben sich im Hinblick auf 1987 folgende Möglichkeiten: Entweder beliefern wir weiterhin ausschließlich McLaren, daneben ein zusätzliches Team, oder wir hören auf“, beschreibt Mezger die Zukunftsperspektiven. Persönlich hält er die weitere Zusammenarbeit mit McLaren in der bisherigen Form für am wahrscheinlichsten.

Auch Alain Prost befürwortete vor dem Rennen in Hockenheim die weitere Zusammenarbeit von McLaren und Porsche: „Der TAG-Porsche ist ein sehr guter Motor, und mit einem anderen Triebwerk müßten wir ganz von vorne anfangen.“ Doch erst seitdem der Franzose weiß, daß Honda 1987 Lotus und nicht McLaren als zweites Team befehlen wird, schlägt er gegenüber den Schwaben solche positive Töne an. Nachdem nun auch der erfolgreiche McLaren-Konstrukteur John Barnard das Team in Richtung Ferrari verlassen will, hält Prost nicht mehr viel bei McLaren.

FUSSBALL / Bayern München unaufhaltsam

Bremen will beim Kampf um Rudi Völler härtnäckig sein

siddpa, Mönchengladbach
Erst nach einem Elfmeterschießen gewann der deutsche Meister und Pokalsieger Bayern München das Turnier um den Casio-Cup in Mönchengladbach. Im Finale gegen Werder Bremen hatten die Münchener zunächst 0:3 zurückgelegen, bis zum Ablauf der regulären Spielzeit aber noch zum 2:2 ausgeglichen konnten.

Die anderen Klubs müssen sich unheimlich anstrengen, um auch nur in etwa mit Bayern München mithalten zu können,“ sagte Bremens Trainer Otto Rehagel, der einen zusätzlichen Rückschlag hinnehmen mußte. Libero Bruno Pezzey erlitt einen Innenbandriß im linken Knie und wird möglicherweise bis Ende des Jahres ausfallen.

Am Rande der Veranstaltung deutete Münchens Manager Uli Hoefes an, daß er Werder Bremen im kommenden Jahr personell weiter dezimieren will und bemüht ist, den Mittelstürmer Rudi Völler nach München zu holen. Sehr zum Verdruß seines Bremer Kollegen Willi Lemke. „Es wäre eine Katastrophe für den deutschen Fußball, wenn die komplette Nationalmannschaft künftig in München spielen würde“, sagte

Lemke. Und weiter: „Es wäre auch eine Katastrophe, wenn Rudi Völler zum FC Bayern geht.“

Deshalb ist Lemke bestrebt, „mit allem Einsatz und aller Härtnäckigkeit“ so schnell wie möglich den 1987 auslaufenden Vertrag mit Rudi Völler zu verlängern. Denn: „Ich zweifle nicht daran, daß Hoefes Rudi Völler und den Frankfurter Thomas Berthold für fünf Millionen Mark nach München holen will.“ Dieses Vorhaben will Lemke nicht nur im eigenen Interesse verhindern. „Hoefes und die Bayern, die sich mit ihren Transaktionen als Retter des deutschen Fußballs aufspielen, bewirken das Gegenteil. Denn die anderen Klubs bluten aus und können so keine Konkurrenz mehr sein.“

Wahrscheinlich wird Lemke zu nächst selbst noch einmal auf dem Transfermarkt tätig werden müssen. Denn mit Pezzey ist nach Burdinski, Meier, Neubarth und Kutzop schon der fünfte Stammspieler verletzt. Ein neuer Spieler ist notwendig. Doch Lemke hat ein Problem: „Ich sehe bei uns keinen auf dem Mark, für den sich eine Investition lohnen würde.“ Auch im letzten Jahr hatte Bremen große Verletzungsprobleme.

NACHRICHTEN

Gewinn für Unicef

Pasadena (sid) – Die Deutschen Felix Magath und Uli Stielke gehörten zu der Mannschaft „Rest der Welt“, die in Pasadena gegen eine Südamerikaner-Auswahl mit Diego Maradona nach Elfmeterschießen mit 3:4 (2:2 nach 90 Minuten) verlor. Das Benefizspiel vor 60 000 Besuchern brachte dem Kinderhilfswerk Unicef einen Gewinn von 250 000 Dollar.

Michael Paul gestrichen

Düsseldorf (sid) – Bundestrainer Simon Schobel hat Michael Paul (Großwallstadt) aus dem Kader der deutschen Handball-Nationalmannschaft gestrichen. Der Rückraumspieler fehlte beim letzten Lehrgang unentschuldig und war stattdessen in Urlaub geflogen.

Heider wird operiert

Nürnberg (sid) – Wegen einer Kapselverletzung im Schultergelenk muß Herbert Heider, Torwart des Fußball-Bundesligaklub 1. FC Nürnberg, operiert werden. Er fällt damit für die Hinrunde aus.

Hort in Führung

Biel (dpa) – Der für Wiesbaden spielende Vlastimil Hort hat beim Schach-Großmeister-Turnier in Biel die Führung übernommen. Während Hort den Australier Rogers besiegte, verlor Eric Lobron (Köln) gegen den Israeli Greenfield und liegt jetzt auf dem zweiten Rang.

Falkenstein Meister

Bad Embs (GAB) – Deutscher Golf-Mannschaftsmeister wurde der Hamburg-Falkensteiner GC in Bad in einem bis zum letzten Schlag offenen Endspiel gegen den Titelverteidiger Hubbelather GC mit 6:5,5 Punkten (Vier 2:2 + Einzel 4:3,5). Die Rekordmeister gewannen den seit 33 Jahren ausgespielten „Clubpokal von Deutschland“ nach einjähriger Unterbrechung schon zum 15. Mal. Dritter wurde der GC Hannover mit 6:5,5 Punkten gegen den GC Georghausen.

ZAHLEN

GOLF

Deutsche Mannschaftsmeisterschaft um den „Clubpokal von Deutschland“, Klasse I in Bad Embs, Endspiel Hamburg-Falkenstein – Hubbelather 6:5,5 Punkte, 3. Platz Hannover – Georghausen 6:5,5 – Absteiger Frankfurt und Hamburg-Waldorfer. – Klasse II in Wuppertal-Neiviges: Aufsteiger Stuttgart-Solitude und Düsseldorf-Rathen, Absteiger Hamburg-Abrenburg und Bad Embs. – Klasse III in Hamburg-Abrenburg: Aufsteiger Bremen-Vahr und Wuppertal-Neiviges, Absteiger Aachen und Herzogenrath.

FUSSBALL

Casio-Turnier in Mönchengladbach, Endspiel: Bremen – München 2:2 (1:0), 3:4 n. Elfmeterschießen; um Platz 3: M'Gladbach – HSV 2:0 (2:0).

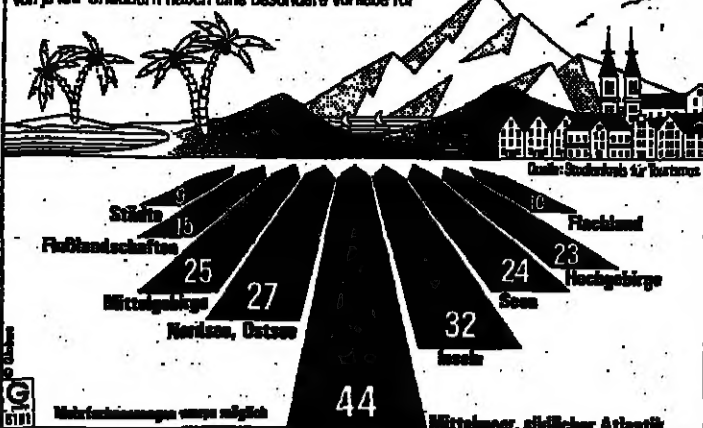
LEICHTATHLETIK

Commonwealth-Spiele in Edinburgh, Männer, 100 m: L. Johnson (Kanada) 10,07 Sek., 2. Christie 10,23, 3. McFarlane (Süd-England) 10,35.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „8 aus 15“: 7, 12, 17, 20, 21, 37, Zusatzzahl: 45. (Ohne Gewähr).

Lieblingsplätze deutscher Touristen



Das Meer unter südlicher Sonne – das bleibt das beliebteste Reiseziel der Deutschen. 44 Prozent haben sich auch in diesem Jahr wieder für einen Urlaubsort am Mittelmeer oder der südlichen Atlantikküste entschieden. Großstädte sind lediglich bei Kurz- und Wochenendausflügen gefragt.

FÜR DEN ANLEGER

Devisenmärkte: Mit Spannung werden die Juni-Daten für die Handelsbilanz der USA und der Bundesrepublik erwartet. Frankfurter Händler rechnen mit einem deutschen Überschuss von fast 10 Mrd. DM.

Währungen: Der Dollar schwächte sich nach kurzer Erholung Ende letzter Woche auf 2,1379 (2,1482 DM) wieder ab. Das Pfund blieb auf Talflucht und erreichte mit 3,1490 DM einen neuen Tiefstand. Der Yen notierte mit 1,9600 DM unverändert.

Eurokredit: Die International Investment Bank in Moskau erhält von einem internationalen Konsortium einen Eurokredit von 250 Mill. Dollar. Die Laufzeit beträgt zehn Jahre.

Bahn-Anleihe: Voraussichtlich im August wird die zweite kommen. Das Volumen wird auf rund 1,2 Mrd. DM geschätzt.

Sixt: Die zum Preis von 385 DM angebotenen Inhaber-Vorzugsaktien von 4 Mill. DM waren bereits am ersten Verkaufstag überzeichnet.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 253,25 (255,80); Chemie: 147,52 (149,05); Elektro: 292,01 (293,71); Auto: 675,57 (675,27); Maschinenbau: 140,47 (141,45); Versorgung: 144,91 (146,02); Banken: 393,78 (396,12); Warenhäuser: 147,55 (148,03); Bauwirtschaft: 470,55 (470,47); Konsumgüter: 185,57 (186,91); Versicherer: 1354,24 (1348,33); Stahl: 148,67 (149,77).

Nachbörsen: Nachgebend.

WELTWIRTSCHAFT

Opec: Nach knapp 90 Minuten haben sich die Erdölminister der 13 Förderstaaten gestern vertagt. Bisher habe es keinen Fortschritt gegeben, erklärte Saudi-Arabiens Minister Yamani.

Japan: Der Marktanteil ausländischer Automobile liegt immer noch bei nur 1,5 Prozent. Für 1986 wird mit über 60 000 Importwagen ein Absatzeinbruch der Ausländer erwartet. An der Spitze stehen die deutschen Hersteller BMW, VW, Daimler-Benz und Audi.

Belgien: Der US-Handelsminister hat bei seinem Japan-Besuch Ministerpräsident Nakasone um Kooperationswillen gebeten. Tokio möge der US-Regierung beistehen, die im US-Kongress vorherrschende protektionistische Tendenz abzuwenden.

Frankreich: Die Unternehmer schätzen die Konjunkturaussichten wieder optimistischer ein. Vor allem die Auftragslage der Konsumgüterindustrie hat sich stark gebessert. (S. 10)

MÄRKTE & POLITIK

Werber: Eine Anzeige des privaten Bildungsinstituts „Sicht und Sound“ wurde öffentlich als „herabwürdigend und verhöhrend“ gerügt. Das Anzeigenmotiv zeigt den vollbesetzten Fluß eines Arbeitsamtes und die Schlagzeile: „Sitzten Sie gut?“. (S. 10)

Veba: Weil ein breiter Konsens in Politik und Gesellschaft bei der Energieversorgung gebraucht wird, hat der Chef des Energiekonzerns, Rudolf von Bennigsen, sich dafür ausgesprochen, mit der Inbetriebnahme des Schnellen Britters in Kalkar und dem Baubeginn der Wiederaufbauanlage in Wackersdorf bis nach den Bundestagswahlen Anfang 1987 zu warten.

Zeitarbeit: Etwa 2000 Arbeitskräfte-Verleiher bieten in der Bundesrepublik 70 000 Arbeitsplätze mit unkonventionellen Arbeitszeiten. Ihre Kunden können mit schnell verfügbarem Zeiterpersonal Auftragspitzen abfedern. (S. 11)



Schlußverkauf: Einen überdurchschnittlich guten Start meldeten die Warenhäuser (Foto). Viele Anbieter waren mit dem Auftakt zufriedener als im Vorjahr.

Ausbildung: Viele Jugendliche sind über Berufsaussichten und das breite Spektrum der Berufe unzureichend informiert, konnte die Deutsche Bank bei ihren regelmäßig stattfindenden Jugendforen feststellen. (S. 11)

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Bundeskartellamt: Der Erwerb von Triumph-Adler durch den italienischen Konzern Olivetti wird nicht untersucht. (S. 10)

Österreich: Die verstaatlichte Industrie schließt immer tiefer in die Krise. Die Forderung nach weiteren Sanierungshilfen über mehr als vier Mrd. DM hat Finanzminister Laczna als reine Wunschvorstellung bezeichnet, die alle budgetpolitischen Möglichkeiten sprengt. (S. 10)

VW: Nach den Werkstätten ist gestern die Produktion wieder voll angelaufen. Bis zum Jahresende sollen weitere 4000 Mitarbeiter eingestellt werden, bisher waren es 1985 schon 5700 Neueinstellungen.

US-Banken: Mit zwei weiteren Instituten, die am Wochenende geschlossen wurden, hat sich die Zahl der Insolvenzen in diesem Jahr schon auf 79 erhöht.

NAMEN



Erpe-W. Verkehr und Kommunikation dienen nicht nur der Bewegung und Verständigung von Menschen, sondern sind auch für Handel und Wirtschaftswachstum unverzichtbar, erklärte Bundes-

verkehrsminister Dollinger (Foto) vor der Abreise zur Weltausstellung in Vancouver. Er wird dort den „Deutschen Tag“ eröffnen.

Barbank: Nach der Schließung wurde nun das letzte Vorstandsmitglied bei der Tochter der Deutschen Bank ausgewechselt. Tjark H. Woydt wird Ende August als Direktor der Deutschen Bank nach Spanien gehen. Sein Nachfolger wird Karlheinz Albrecht, Filialdirektor der Mutter in Mannheim.

Ideologen sind Leute, die glauben, daß die Menschheit besser sei als der Mensch. Dwight D. Eisenhower

Städte und Gemeinden lehnen den Ausstieg aus der Kernenergie ab

Die Wirkung auf das Finanz- und Sozialsystem käme einer Katastrophe gleich

HEINZ HECK, Bonn
„Sofortabschalter haben in den Kommunen keine Chance.“ Das erklärte der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Hans Gottfried Bernath, auf einer Pressekonferenz in Bonn zur Diskussion über den Ausstieg aus der Kernenergie. Die Wirkung eines Sofortausstiegs auf das Finanz- und Sozialsystem der Bundesrepublik hat für ihn den Charakter einer „Katastrophe“.

Es sei nach gegenwärtiger Erkenntnis nicht möglich, durch Energieeinsparungen und optimale Energienutzung den Primärenergieverbrauch so drastisch zu senken, daß der Einsatz der Kernenergie mit rund 35 Prozent Anteil an der Stromerzeugung (rund zehn Prozent am Gesamtenergieverbrauch) entbehrlich wäre. Die energiepolitische Diskussion müsse daher zuverlässige Angaben machen, „ob und wie dieser Energieanteil durch andere Energien sichergestellt werden kann und welche Auswirkungen auf Strombezug und damit Arbeitsplatzkosten zu erwarten sind“.

Bernath hält es dagegen für möglich, daß die gegenwärtig in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke nach Auslaufen nicht mehr ersetzt werden

(schwedisches Modell), sofern langfristige Alternativen gefunden würden. Zum Zeitraum eines solchen Prozesses wolle er auf Befragen allerdings keine Angaben machen.

Ein höherer Stein- und Braunkohleinsatz kommt für ihn nicht in Betracht. Die jetzt schon erforderlichen Entsorgungskosten seien „immens“. Auch die viel diskutierte Kommunalisierung der Energieversorgung ist für ihn nur ein „Modewort“. Eine Chance sieht er hingegen in der nunmehr gegebenen Möglichkeit, die Konzessionsverträge über den Strombezug der Gemeinden in kürzeren Abständen – alle 20 Jahre – zu überprüfen. Er rechnet damit, daß Anfang der neunziger Jahre nach Auslaufen zahlreicher Konzessionsverträge Veränderungen eintreten werden. Dabei müßten die Gemeinden immer auch die Finanzierbarkeit eines Wechsels (vor allem die Übernahme des Versorgungsnetzes) prüfen.

Die Beseitigung der sanierungsbedürftigen Altkisten gewinnt für die Gemeinden immer mehr an Bedeutung. Ohne finanzielle Beteiligung des Bundes sei die nicht zu bewältigende, erklärte Bernath. Er forderte die Landesregierungen auf, „gleichge-

richtete Regelungen zu finden“. Wenn jedes Land eigene Wege gehe, führe dies auch zu Wettbewerbsverzerrungen, vor allem bei Investitionsentscheidungen der Unternehmen.

Nicht jede Altablagerung sei allerdings für die Umwelt gefährlich und damit sanierungsbedürftig. Bernath bezifferte deren Anteil auf schätzungsweise zehn bis 15 Prozent. Der Löwenanteil der Altkisten (etwa 80 Prozent) entfalle auf Nordrhein-Westfalen.

Eine allgemeine Verpflichtung der Kommunen zur Beseitigung von Altkisten sieht Bernath nicht. Deren Finanzkraft lasse das auch nicht zu. Die Industrie sollte sich zu einem freiwilligen Finanzierungsbeitrag bereit erklären, meinte Bernath. Wenn die kommunale Finanzierung auf Länderebene nicht zu erreichen sei, müßten Bund und Länder die Lösung aus Steuermitteln bestreiten.

Das Verursacherprinzip ziehe hier nicht, da es sich um eine Gemeinlast handle. Für die Zukunft sei dies allerdings die bereits praktizierte Lösung. So müsse sich zum Beispiel das Unternehmen Rheinbraun schon heute zur Rekultivierung von Braunkohleabbaugebieten in 30 Jahren verpflichten.

Kandare für die Macht der Banken

CDU-Mittelstand will in der nächsten Legislaturperiode das Kartellrecht novellieren

Hg. Bonn
Die Mittelständler in der CDU/CSU wollen in der nächsten Legislaturperiode die Macht der Banken an die Kandare nehmen und Barrieren gegen die Konzentration im Einzelhandel aufheben. Hans-Jürgen Hauser, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion und zugleich Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand, stellte gestern in Bonn klar, daß er die Meinung der Monopolkommission nicht teilt, die in der gegenwärtigen Entwicklung keinen Grund zur Beunruhigung sieht.

Im Bankenbereich besteht nach Ansicht der Mittelständler Handlungsbedarf in zwei Richtungen: Erstens sei eine Höchstgrenze für die Beteiligung von Banken an Nichtbanken einzuziehen – Häuser, „Wir können nicht hineinnehmen, wenn sie am Kartellgesetz vorbei Großunternehmen zu noch größeren Konzernen zusammenschließen“ – und zweitens müsse ein frischer Wettbewerbswind dafür sorgen, daß Maß-

nahmen der Bundesbank, etwa eine Verbilligung der Refinanzierung, schneller als bisher beim Kunden ankommen. Ob derlei im Kreditwesengesetz zu installieren sei oder im Kartellrecht, wo der Bankensektor unter der Rubrik „Ausnahmebereich“ geführt wird, ließ Hauser einstweilen offen.

Der CDU-Politiker wiederholte seine Forderungen nach einer handels-spezifischen Fusionskontrolle, bei der das Eingriffskriterium „Marktmacht“ anhand der Stärke des Unternehmens als Nachfrager definiert werden müsse – das geltende Recht sei viel zu sehr auf die Industrie und damit auf die Absatzmacht zugeschnitten. Außerdem wolle die Mittelständlerpolitik die keiner Gegenleistung entsprechende Gewährung von überzogenen Rabatten durch Industrieunternehmen an mächtige Händler – zu Lasten der weniger mächtigen – endlich in den Griff bekommen. Hier müßten die Spielräu-

me enger begrenzt und die Konditionen und Rabatte transparenter gemacht werden, um eine wirksame wettbewerbsrechtliche Kontrolle zu ermöglichen, meinte Hauser.

Darüber hinaus will man das Verbot der unbilligen Behinderung kleiner und mittlerer Wettbewerber im Einzelhandel einfacher und praktikabler machen. Hier spielt der systematische Verkauf unter dem Einstandspreis eine Rolle; die Mittelständlerpolitik erwäge, „die gezielte Werbung mit systematischen Verkäufen unter Einstandspreis als gesetzlich den Beispielsfall einer unbilligen Behinderung ausdrücklich im Gesetz aufzuführen“. Allerdings wolle man den Verkauf unter Einstandspreis nicht generell verbieten.

Beim Baurecht fordern die Mittelständler eine Verschärfung der einschlägigen Bestimmungen in der Baunutzungsverordnung, die die Anordnung von Verbrauchermärkten auf der grünen Wiese regelt.

Großhandel legt zu – Konsumgüter plus 5,3 Prozent

H. W. Bonn
Der Großhandel in der Bundesrepublik wird 1986 wieder stärker wachsen. Insbesondere in den Bereichen Maschinen, Bürokomplexe, Fahrzeuge, Bekleidung und Freizeitartikel ist mit überdurchschnittlichen Umsatzzuwächsen zu rechnen. Zu diesem Ergebnis gelangt das Institut für deutschen Wirtschaft (IW) in seiner jüngsten Studie.

Wie es weiter heißt, werde das Wachstum 1986 im gesamten Großhandelsbereich mit durchschnittlich vier Prozent doppelt so stark ausfallen wie im Vorjahr, wobei der Konsumgütergroßhandel mit einem Zuwachs von 5,3 Prozent im ersten Quartal eine bereits über dem Durchschnitt liegende Entwicklung vorweise. Positionenverluste gebe es allerdings in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, bei Holz und Baustoffen sowie bei der Gruppe Brennstoffe und Mineralöl.

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Großhandels belegt das Institut mit der im Vergleich zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Durchschnitt der Jahre 1982/85 gleich starken Zunahme der realen Großhandelsumsätze von 2,8 Prozent, bei allerdings seit 1971 zurückgehender Beschäftigung auf 1,1 Mill. 1985.

AUF EIN WORT



„Freiheit und Mobilität, wie wir sie uns vorstellen, schließt als Alternative zu hochentwickelten Verdichtungsräumen die Entscheidung ein, mit niedrigerem Einkommen und niedrigeren Lebenshaltungskosten, vielleicht nicht weniger glücklich, auf dem Dorf zu leben.“

Berthold Leibinger, Präsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar. FOTO: DIE WELT

Der Bundesbahn drohen wieder höhere Verluste

dpa/VWD, Frankfurt
Die nachhaltige Verringerung des Defizits bei der Deutschen Bundesbahn (DB) ist offensichtlich an eine Grenze gestoßen. Nachdem es dem DB-Vorstand in den vorangegangenen drei Jahren gelungen war, den Jahresfehlbetrag zu reduzieren, geht die Schere zwischen Kosten und Erträgen in diesem Jahr inzwischen wieder auseinander. Das Ziel des Bahnvorstands, das Defizit zum zweiten Mal hintereinander unter drei Mrd. DM zu drücken, sei gefährdet, heißt es am Montag bei der DB-Hauptverwaltung in Frankfurt.

Erhebliche Ertragsrückläufe im Güterbereich im ersten Halbjahr 1986 brachten der Bahn 135 Mill. DM weniger in die Kassen als im Vorjahreszeitraum. Wie aus einem Bericht des Vorstands an den Verwaltungsrat hervorgeht, muß bei gleicher Entwicklung für das Gesamtjahr sogar mit einem außerplanmäßigen Ertragsrückgang von etwa 400 bis 500 Mill. DM gerechnet werden. Gründe dafür seien der allgemeine Preisrückgang auf den Frachtmärkten sowie die rückläufige Nachfrage nach Kohle und Stahl. Im Personenverkehr verzeichnete die Bahn bislang ein „leichtes Plus“.

Wie es weiter heißt, werde der Jahresfehlbetrag voraussichtlich bei 3,05 Mrd. DM liegen.

Unsere teure Kohle

Von JOACHIM GEHLHOFF

Man darf schon den Atem anhalten bei dem, was der Verein deutscher Kohlenimporteure zu Hamburg dieser Tage zum besten gab: Um circa die Hälfte und damit auf reichlich sieben Milliarden Mark werden die Subventionen für den deutschen Steinkohlenbergbau 1986 steigen.

Nicht mitgerechnet sind dabei die milliardenschweren Zuschüsse zur Knappschaftsversicherung für Krankheit und Altersrente. Der schon seit Jahren gewaltig gestiegene Zuschußbedarf resultiert vor allem daraus, daß die Zahl der Steinkohlen-Bergbaubeschäftigten seit Beginn der Kohlenkrise im Jahre 1957 von 604 000 auf 166 000 (Ende 1985) schrumpfte, kein Ausgeschiedener aber diesen besonders attraktiven Versicherungsschutz aufgegeben hat.

Auch ohne den Knappschaftszuschuß werden sich die Subventionen zur Aufrechterhaltung der seit 1957 von 150 Millionen Tonnen auf 82 Millionen Tonnen (1985) reduzierten Steinkohlenförderung 1986 auf durchschnittlich 44 000 Mark je Beschäftigten (Lehrlinge mitgerechnet) erhöhen. Eine atemberaubende Zahl. Billiger Spott könnte meinen, bei Totalverzicht auf heimische Steinkohlenförderung käme man auch mit größtmöglicher Sozialpolitik für die jetzt noch Arbeitenden deutlich billiger davon – Freibier auf Lebenszeit inbegriffen.

Abseits vom Spott zeigt die horrenden Zahl, daß die demnach dreißigjährige Kohlenkrise, während der diversen Ölpreisschocks seit 1973/74 wiederholt totgesagt, nicht kräftig weichen konnte. Sie wird trotz des gewaltigen Subventionsanstiegs ab 1986 weitere Kürzungen an Förderung und Kapazität der schon so radikal dezimierten, in den letzten zehn Jahren einigermaßen stabil gebliebenen Zechenlandschaft erzwingen. Die Verbote da- für, zunächst mit Kurzarbeit, sind schon da.

Die im Subventionsanstieg so eklatante neuerliche Krisenverschärfung hat natürlich primär mit dem Verfall von Rohöl- und gesamten Primärenergiepreisen zu tun. Der Vorteil der zumeist dank viel günstiger Lagerstätten mit bis zu zehnmal so großer Personalproduktivität wie hieszulande fordernden rund 4000 Kohlenproduzenten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist nun auch wieder im Produktpreis evident. Kraftwerkskohle kommt frei Nordseehafen jetzt zu kaum noch 120 Mark je Tonne an – mehr als die Hälfte unter dem bei-

mischen Preisniveau und im Wärmepreis auch noch fast ein Drittel billiger als das schwere Heizöl für den deutschen Verbraucher. Beim Weltmarkt-Koks-kohlenpreis ist es ähnlich.

Um die beiden weitaus wichtigsten Verbraucher heimischer Steinkohle (Strom- und Stahlerzeugung) bei der Stange zu halten, muß jetzt zwecks weitgehender Kompensation des deutschen Preisnachteils die Belastung der Stromabnehmer („Kohlenpfennig“) um circa die Hälfte auf mindestens drei Milliarden Mark und die am Weltmarktpreis orientierte öffentliche Koks-kohlenbeihilfe noch stärker auf gleichfalls etwa drei Milliarden Mark gesteigert werden. Vorbei die Zeit, da Bundeswirtschaftsminister Bange-mann vor knapp zwei Jahren dank hohem Dollarkurs und entsprechend reduzierter Koks-kohlenbeihilfe sein Haus als tüchtigstes im allseits geforderten Subventionsabbau anpries. Das Eigenlob stand auf alzu

kurzen Beinen. Ähnlich kurzbeinig wollen die Kohlenimporteure die Sache mit der fälligen Neubestimmung deutscher Energiepolitik zu gunsten größerer Freiheit im faktisch eng kontingierten Drittland-Kohlenimport nicht angehen. Den Kahlschlag dahinein fordern sie nicht.

Aber sie verweisen denn doch darauf, daß angesichts der gerade auch im freien Teil der Welt und in vielen Ländern vorhandenen Jahrhundert-Vorräte an billiger Kohle das Argument der Versorgungssicherheit aus heimischer Quelle kein Gewicht hat. Die Stahlindustrie, die ihre zu teuren heimischen Erzeugnisse fast komplett zu gunsten der Übersee-Importeure schon vor Jahrzehnten dicht machte, hat das auch unter dem gleichen Sicherheitsaspekt nie bereut.

Übrig bleibt mithin nur ein sozial- und strukturalistisches Problem des weiteren Bergbau-Rückzugs, zumal an Ruhr und Saar. Das wiegt schwer genug. Aber die Politik muß es zugunsten der Energieverbraucher wie der Steuerzahler lösen. Denn deren Kohlenbeihilfe übersteigt nun die volkswirtschaftlich zuzurechnende Belastungsgrenze. Vor der Bundestagswahl wird da wohl nichts mehr korrigiert. Selbst relativ harmlos, das auf dem Verordnungsweg zum liberaleren Bewahren wenigstens des heutigen Kohleimports geschehen könnte, bleibt in Bonn als heißes Eisen liegen. Aber nachdenken über die erforderliche neue Kohlenpolitik sollte man spätestens jetzt.

Mutige Gründer

Stä. – Daß der Bundeswirtschaftsminister sich freut, wenn die Zahl der Unternehmensgründungen die der Liquidationen weit übersteigt, ist verständlich. Ebenso wenig kann es überraschen, daß er den positiven Gründungssaldo auf die – maßgeblich von der Politik beeinflussten – günstigen Rahmenbedingungen zurückführt.

Doch die nackte Zahl neuer Unternehmen sagt wenig aus. Schließlich werden dabei Boutiquen, Kneipen, Ingenieurbüros und Industriebetriebe in einen Topf geworfen. Nicht berücksichtigt aber wird, welche Firmen nur dem Nebenerwerb dienen. Im Einzelhandel sind das immerhin schon 40 Prozent aller Gründungen. Und selbst von den Vollerwerbsbetrieben geht in den ersten Jahren nur ein bescheidener Beschäftigungseffekt aus. Deshalb

ist es zu einfach, Neugründungen und Firmenlösungen nur gegenüberzustellen. Zum einen müssen sich die Neuen erst mühsam erarbeiten, was bei manchem Zusammenbruch an Kapital und Arbeitsplätzen vernichtet wird. Zudem gibt es zwischen Gründungen und Insolvenzen einige schwer zu erfassende, aus gesamtwirtschaftlicher Sicht aber nicht unwichtige Wechselwirkungen. Dazu zählen die Einbußen, die etablierte Firmen im Wettbewerb mit jungen Mitnehmern müssen, ebenso wie der Schaden, den die wachsende Zahl von unerfahrenen Gründern anrichtet.

Trotz alledem bleibt unbestreitbar, daß der für eine lebendige Volkswirtschaft unerlässliche Mut zur Selbstständigkeit deutlich zugenommen hat. Und die geringe Ausfallquote der öffentlich geförderten (und betriebswirtschaftlich geprüften) Gründungsvorhaben belegt: Wer ein gutes Konzept hat und es solide finanziert, hat auch eine gute Chance, erfolgreich zu sein.

Strömen Dritte-Welt-Gelder in die Bundesrepublik?

SPD-Fraktion befragt Bundesregierung zur Kapitalflucht

dpa/VWD, Bonn
Die SPD-Bundestagsfraktion hat eine kleine Anfrage über das Ausmaß und die Wirkungen der Kapitalflucht aus Entwicklungsländern an die Bundesregierung gerichtet. Ihr finanzpolitischer Sprecher, Hans Apel, erläuterte dazu, daß es einzelnen Personen oder Gruppen in den zum Teil hochverschuldeten Entwicklungsländern gelinge, riesige Vermögenswerte ins Ausland zu schaffen, die sie dringend für ihre wirtschaftliche Entwicklung benötigen.

Mit ihren Fragen bezieht sich die SPD auf Berechnungen der US-Bank Morgan Guaranty Trust Company of New York, wonach die Auslandsverschuldung Mexikos nur 12 Mrd. US-Dollar, Argentiniens 1 Mrd. und Bra-

siliens 92 Mrd. betragen würde, wenn es dort keine Kapitalflucht gegeben hätte. Die Bundesregierung solle zu dieser These der Bank Stellung nehmen, daß es ohne Kapitalflucht nicht zu den internationalen Schuldenkrisen gekommen wäre.

Bei 18 von der Bank ausgewählten Entwicklungsländern habe die Kapitalflucht in den letzten zehn Jahren fast 200 Mrd. Dollar betragen, während deren Auslandsverschuldung um 450 Mrd. gestiegen sei. Die Bonner Regierung solle Auskunft geben, inwieweit die Bundesrepublik und deren Banken Zuflucht für das Auslandskapital aus solchen Ländern hätten und für welche Maßnahmen sie sich in den internationalen Organisationen einsetzen wolle.

[illegible]

Die Enttäuschung darüber, daß der US-Bondsmarkt in der vergangenen Woche eher nachgebend war und sich damit die Hoffnungen auf eine Zinssenkung in den USA nicht erfüllt haben, schlug sich am deutschen Rentenmarkt in eingeschränkten Anlaufquoten nieder. Inländische Abgaben führten bei öffentlichen Langfristigen zu Abschlägen bis zu 0,30 Prozentpunkten. Bei den Pfandbriefen zeigte sich Unsicherheit. Sie machte sich in den kurzen Kupon bemerkbar. Die hier gegenüber den öffentlichen Anleihen erzielbaren höheren Renditen erweisen sich als Stabilisierungsfaktor.

[illegible]

Gold-, Silber- und Kupfernotierungen gehen Wochenschluß an der New Yorker Com. h. Während Kaffee höher bewertet wurde, fielen Kakao niedriger.

Tendenz und Preise von Fremdbriefen und KO									
12-Monats- Zinsen		6-Monats- Zinsen		3-Monats- Zinsen		1-Monats- Zinsen		Kontokorrent- Zinsen	
in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
4,65	4,40	100,4	102,1	103,1	105,1	104,1	105,0		
3,72	3,40	100,1	101,8	102,8	104,8	103,8	104,8		
3,38	3,20	99,9	101,6	102,6	104,6	103,6	104,6		
3,31	3,50	97,0	97,0	97,0	97,0	97,0	97,0		
3,27	3,20	99,9	101,6	102,6	104,6	103,6	104,6		
3,54	3,70	94,0	100,3	101,3	103,3	102,3	103,3		
4,22	4,20	99,9	101,6	102,6	104,6	103,6	104,6		
4,17	4,20	99,9	101,6	102,6	104,6	103,6	104,6		
4,06	4,20	99,9	101,6	102,6	104,6	103,6	104,6		
4,09	4,40	97,0	97,0	97,0	97,0	97,0	97,0		
7,00	7,00	81,0	90,0	100,0	102,0	101,0	102,0		

Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kurse berechnet

Aufgrund des Marktwindungsbedingten Preises, das von dem
höheren niedrigeren Kursen vergleichbarer Papiere abzuweichen
kann, ist die Rendite nicht zu 100 % zu erwarten.

Neu Yorker Finanzmärkte

23. Jul. 4,345-4,179

Fonds		23. Jul.		4,345-4,179	
Amerikan. Paper	30-97 Tage	4,25			
Amerikan. Paper	40-271 Tage	4,25			
Amerikan. Paper	30 Tage	4,25			
Amerikan. Paper	90 Tage	4,25			
Amerikan. Paper	10 Monate	4,20			
Amerikan. Paper	1 Monat	4,10			
Amerikan. Paper	3 Monate	4,10			
Amerikan. Paper	6 Monate	4,10			
Amerikan. Paper	12 Monate	4,10			
Amerikan. Paper	15 Wochen	5,84			
Amerikan. Paper	23 Wochen	5,84			
Amerikan. Paper	10 Jahre	7,90			
Amerikan. Paper	30 Jahre	7,90			
Amerikan. Paper	14. Jul.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Jan.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Feb.	673,1			
Amerikan. Paper	1. März.	673,1			
Amerikan. Paper	1. April.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Mai.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juni.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Juli.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Aug.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Sept.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Okt.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Nov.	673,1			
Amerikan. Paper	1. Dez.</				

Reportage in Wort und Bild: „Werkstatt Bayreuth“

Gummipuppe im Bassin

Richard Wagners Schöpfer nach dem ersten Festspiel. „Nachstes Jahr machen wir alles anders“, gilt in der „Werkstatt Bayreuth“ noch immer. Zumindest seit dem Neubeginn 1981 sieht auf dem Grünen Hügel jede Neuzusatzung bei einer Wiederaufnahme im folgenden Jahr verlässlich anders aus, schlimmer oder besser, je nach dem, meist besser. Hinter die Kulissen dieses einzigen Opernhauses der Welt, das „werkstatt“ Selbstkritik übt, blickten fünf Jahre lang in der Probezeit der Hamburger Autor Hermann Schreiber und der Münchner Fotograf Guido Mangold. Das Ergebnis ihres Herumstörens im Festspielhaus liegt jetzt vor, als farbig bebildertes Buch, das im Gegensatz zu vielen anderen Bilderbüchern wirklich lesenswert ist.



„Wir sind Reporter und nicht Theaterkritiker“, heißt es in der Vorwortmerkung zu diesem „journalistischen Unterfangen“. Folgerichtig gehen die Autoren „zurückhaltend mit Wertungen um“, obwohl sie von vornherein nicht in Abrede stellen, daß man die von ihnen „hingesuchte“ Festspiel-Ara 1981 bis 1985 wohl nicht zu Bayreuths Glanzzeiten zählen können. Denn es sind die mageren Jahre nach Patrice Chéreau's Jahrhundert-„Ring“, die Schreiber und Mangold dokumentieren, jene Festspielsommer, in denen der wiederaufgenommene (von Schreiber dankbar einbezogene) „fliegende Holländer“ Harry Kupfers fast wie ein Fremdkörper wirkte.

Doch das steht auf einem anderen kritischen Blatt. Für Schreibers Werkstatt-Reportagen war es eher von Vorteil, daß nicht gar viel Genie und Diskussionsstoff von der Arbeit ablenkte – bei Wolfgang Wagners „Meistersingern von Nürnberg“ („Harmonie nach Art des Hauses“) oder des Prinzipals neuem „Tannhäuser“, bei Jean-Pierre Ponnelle's „Tristan und Isolde“, bei Götz Friedrichs Jubiläums „Parsifal“ und erst recht

nicht bei Sir Peter Halls nicht nur von Alberichs Fluch schwer getroffener „Ring“-Produktion. Die Geschichte ihrer Entstehung ist weit mehr die Geschichte einer Konfrontation denn einer Kooperation“, notiert Hermann Schreiber als „neutraler Beobachter“, und sie liest sich denn auch viel spannender, als der englische „Ring“ auf der Bayreuther Bühne je wirkte (das Musikalische fairerweise völlig ausgeschlossen).

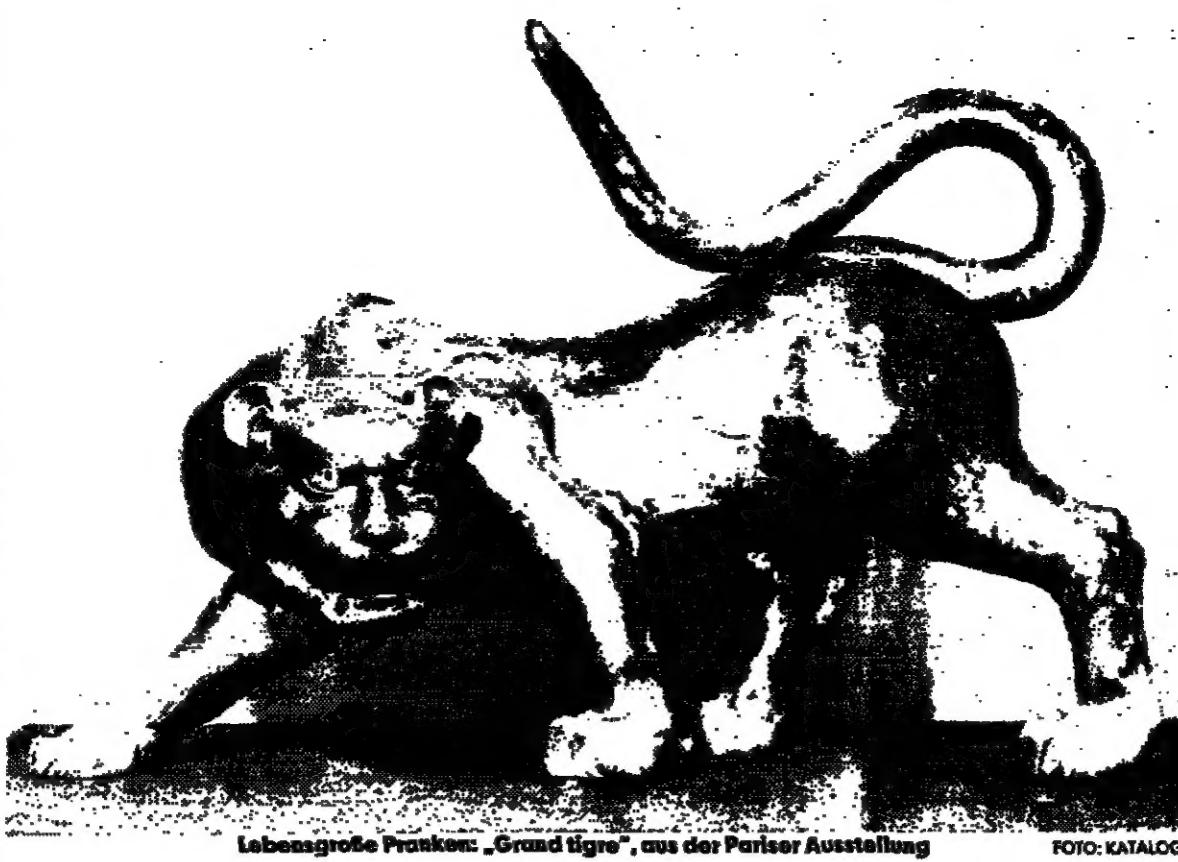
Ein eigenes Kapitel widmet Schreiber dem Festspielchef Wolfgang Wagner. „Das Markenzeichen dieses Bayreuther Prinzipals ist seine prinzipielle Präsenz: Der Chef geht zu den Leuten, nicht umgekehrt.“ Dieses kritisch bewundernde Porträt enthält – wie überhaupt das ganze Buch – eine Fülle von Anekdoten, die selbst gut unterrichtete Bayreuther Kreise noch nicht kannten, zum Beispiel diese, daß Wolfgang Wagner für eine Bauprobe im winterrichten Festspielhaus mit Sir Peter Halls Rheintöchter-Schwimmbecken aus einem Bayreuther Sex-Shop eine lebensgroße, aufblasbare Gummipuppe herbeschaffen ließ, ein Einfall, den die englischen Inszenatoren als ziemlich „bizar“ empfanden.

Komplettiert wird das Reporter-Werk durch Werkstattgespräche mit Götz Friedrich, Horst Stein, Manfred Jung und Chordirektor Norbert Balatsch. Das letzte köstliche Wort aber hat Loriot, der auf Schreibers Anfrage nach einer Bestimmung des Begriffs „Wagnerianer“ zur Antwort gab: „Die Endung ‚aner‘ kennzeichnet in der Regel bedingungslose Anhängerschaft in Verbindung mit einer gewissen Trotzhaltung gegenüber Andersdenkenden. Zum Beispiel Freudianer, Kantianer. Das ist jedoch nur bedingt richtig: Schon Persaner und Indianer sind auf diese Weise schwer zu definieren.“

Auch wenn Schreiber selbst nicht wertet – mit dieser Wertung wird er fortan leben müssen: Der Leser hat nach der Lektüre, nach dem Betrachten dieses trotz repräsentativer Aufmachung angenehm lockeren Buches das schöne Selbstgefühl, als Regieassistent bei den Bayreuther Festspielen persönlich mitgewirkt zu haben, ohne als Kaffeekocher mißbraucht worden zu sein.

BERND PLAGEMANN

Hermann Schreiber/Guido Mangold: Werkstatt Bayreuth, Albrecht-Knaus-Verlag, 240 Seiten, ca. 200 Abbildungen in Farbe, 98 Mark.



Lebensgroße Frank: „Grand Tigre“, aus der Pariser Ausstellung

FOTO: KATALOG

Glückssymbole: Das Museum Cernuschi in Paris zeigt japanische Tierplastiken

Aus Kamejos Wachteln quillt Rauch

Kaum waren wir in Yokohama gelandet, als wir uns auch schon an den Kauf von Nippischen machten. Wir begannen eigentlich ohne festen Plan, kauften anfänglich dem Zufall folgend, fühlten uns aber schon bald zu den Werken aus Bronze hingezogen. In Edo (dem heutigen Tokyo) kauften wir dann schon mit System. Jeden Tag brachte uns ein Händler Hunderte von Bronzen, aus denen wir unsere Auswahl trafen, so daß unsere Sammlung zusehends wuchs. So beschreibt Théodore Duret die Käufe seines Freundes Henri Cernuschi, eines in Paris ansässigen ehemaligen Mailänder Bankiers, anlässlich ihres gemeinsamen Weltreise 1871.

Vor allen Dingen Tiere in naturalistischer Darstellung hatten es Cernuschi angetan. Da gab es Wachteln, Reiter, Enten, aber auch Kröten und Frösche, die in Japan Glück verheißten, Krabben und Krebse. Zurück brachte er aber auch einen riesigen, in Meditation versunkenen Buddha, der so groß war, daß er, um ihn unterzubringen, seine Villa eigens um ihn herumbaute. Diese Villa, direkt neben dem eleganten Park Monceau ge-

legen, vermachte er mitsamt seiner Sammlung chinesischer und japanischer Kunst nach seinem Tode im Jahre 1896 der Stadt Paris. Seit den dreißig Jahren schlummerten die meisten dieser Bronzen im Depot. Nun werden in der Ausstellung „Die Kunst der Tierdarstellung zur Zeit der letzten Shogune im 18. und 19. Jahrhundert“ diese Werke der Öffentlichkeit vorgestellt.

Im Gegensatz zu den großen Bronzefiguren, die vom Buddhismus inspiriert, religiösen Zwecken dienten, steht die japanische Kleinplastik in enger Verbindung zum konfuzianischen Gedankengut. Dies ist auch der Grund für eine des öfteren zu beobachtende künstlerische Rigidität, denn als Hayashi Razan (1858-1895) die konfuzianische Lehre in Japan einführt, war diese bereits in geistiger Erstarrung versunken.

Doch gab es immer wieder Künstler, deren Schöpfungen auch durch ihre Gestaltungskraft und Konzeption beeindruckend. Dazu gehört im 18. Jahrhundert eine Frau mit Namen Kamejo, die vor allem durch ihre Räuhergefäße in Form von Wachteln zu Berühmtheit gelangte. Ein weiterer Meister um diese Zeit war Murata Seimon, von dem drei aufeinanderfolgende Schildkröten und verschiedene Vögel gezeigt werden. Sein Schüler Kimura Toun entwickelt den Besucher mit seinen reich dekorierten, mit chinesischen Glückssymbolen wie Karpen und Drachen versehenen Räuhergefäßen, die in der Form an europäische Jardinières aus dem 18. Jahrhundert erinnern.

Einmal dienten diese Tiere als Glücksbringer, häufig wurden sie auch zur bloßen Dekoration aufgestellt. Ähnlich wie die Ukiyo-e, die japanischen Holzschnitte, gehörten sie zu den täglichen Freuden eines aufstrebenden Bürgertums, das mit zunehmendem Reichtum auch an Macht gewann.

Der lebensgroße, im nächsten Augenblick mit der Franke losgeschlagenen Tiger wird sich allerdings bei der exzentrischen Sarah Bernhardt, aus deren Sammlung er höchstwahrscheinlich stammt, wohl gefühlt haben als in diesem bürgerlichen Rahmen. (Bis 12. Oktober; Katalog 160 F.)

BEATRICE SCHAFFHAUSER

Schallplatte: Aus Ella Fitzgeralds Schellack-Zeit

Vom Teenager zur Lady

Er hatte diesen ungelungen Teenager, der sich in der Garderobe vor ihm hinstellte und zwei Schlagzeuger, eigentlich gar nicht gewollt für seine Band. Er mochte überhaupt keine Vokalisten – sein Sänger war nur eine Konzession ans Publikum, das die aktuellen Tagesschlager komplett hören wollte. Nein, Chick Webb, Schlagzeuger und Bandleader eines der populärsten Orchester der dreißiger Jahre, war überhaupt nicht angetan von dieser fünfzehnjährigen Ella Fitzgerald. Sie hatte zwar einen Amateurwettbewerb gewonnen, aber was bewies das schon?

Es dauerte jedoch nicht lange, und Webb mußte seine Meinung gründlich revidieren. Denn der Ruhm und die Beliebtheit seiner Band stiegen geradezu ins Unermeßliche, nachdem er diesen Teenager unter Vertrag genommen hatte. Wenn „Chick Webb And Ella Fitzgerald“ angekündigt wurden, standen die Leute Schlange, um einen Platz im Savoy Ballroom oder im Apollo zu ergattern. Und wer hier leer ausging, wollte wenigstens Schallplatten von dem neuen Stern am Jazzhimmel haben.

Am 12. Juni 1935 war es dann endlich so weit: Ella Fitzgerald nahm ihre erste Schellackscheibe auf. Der Song hieß „Love And Kisses“, ein Liedchen, nicht für die Ewigkeit gedacht – und dennoch mittlerweile eine Rarität. Die ist jetzt wieder zu haben – zusammen mit weiteren 27 Songs, die bei der italienischen Plattenfirma „Swingtime“ (Contact Records, Mailand) neu aufgelegt wurden: „Ella Fitzgerald – Forever Young, Vol. I“ (ST 1006/7). Manches Sammlerstück ist auf den beiden Alben zu finden, das weniger durch seine musikalische Substanz, sondern vielmehr durch seinen historischen Wert besticht. Ella-Fans werden mit Begeisterung den längst vergifteten Schellack-Hits „I'll Chase The Blues Away“ (vom 12. Oktober 1935) oder „Under The Spell Of The Blues“ oder „Crying My Heart Out For You“ (beide 7. April 1936) lauschen, und das Herz von Swingenthusiasten dürfte schneller schlagen bei Titeln wie „My Melancholy Baby“, „The Darktown Strutters Ball“ oder „Baby Won't You Please Come Home“.

Während das erste Album Aufnahmen der Jahre 1935 bis 1938 versammelt – darunter zwei Leckerbissen mit dem Teddy-Wilson-Orchestra – entstanden die Titel auf dem zweiten nach dem Tod von Chick Webb im Juni 1939 bis Januar 1941. Da wurde die Band als „Ella Fitzgerald And Her Famous Orchestra“ angekündigt, und zu hören gibt es Skurrilitäten wie „My Wubba Dolly“ und leicht Frivolles wie „Hello Ma! I Done It Again“. Außerdem enthält dieses Album eine bislang unveröffentlichte Testversion von „Betcha Nickel“.

Besonders bei den ganz frühen Aufnahmen wird man das Talent der Sängerin eher annehmen. Dennoch gibt der eine oder andere Titel bereits einen Eindruck von der samtigen Stimme, die später berühmt werden sollte. Die alten Schellack-Platten sind mit großer Sorgfalt überspielt worden, bis auf das historische Rauschen trüben kaum störende Nebengeräusche den Hörer. „Forever Young“ ist eine nostalgische Reise zu den Karriere-Anfängen einer Sängerin, der bis heute niemand das Prädikat „First Lady Of Song“ streitig machen konnte. RAINER NOLDEN

KULTURNOTIZEN

Unterhaltungskunst soll an einer in Ost-Berlin geplanten Hochschule gelehrt werden.

Ihre Fossilienfunde zeigen Sammler bis Anfang September im Naturhistorischen Museum Nürnberg.

Überistik, Psychologie und Kunstgeschichte sind die derzeit bevorzugten Fächer polnischer Studienanfänger.

Religiöse Kunst aus der Dritten Welt zeigt eine Ausstellung des Aachener Bistums vom 8. August bis 14. September unter dem Titel „All ihr Völker, lobet den Herrn“.

Vor dem Budapest Südbahnhof ist Victor Vasarelys neue Raumplastik – fast drei Meter hoch und blau schattiert – enthüllt worden.

Im alten Hauptsitz des Braunschweiger Landesmuseums wird ab 17. August mit einer Ausstellung des 20. Todestages Friedrichs II. gedacht.

Gerd Biegel übernimmt am 1. August die Leitung des Braunschweiger Landesmuseums.

Marcel Prawy wurde mit dem Internationalen Preis der Operette 1986 von Triest ausgezeichnet.

Bernard Tapie – schillernd in Frankreichs Geschäftswelt

Firmen für einen Franc

Der Öffentlichkeit bekannt geworden ist der französische Erfolgsunternehmer Bernard Tapie (41) als Sponsor des Rennfahrers Bernard Hincin, den er vor einigen Jahren für umgerechnet drei Millionen Mark Renault „abgekauft“ hatte. Er legte damit den Grundstein für eine zweite Karriere als Fernsehstar. Nicht nur mit Hincin, sondern auch mit dem Schlagersänger Sacha Distel, für den er früher komponiert hatte, inszenierte er Tapie die One-Man-Show für Wirtschaftsführer.

Unumstritten ist Tapie allerdings nicht. Während ihn die einen verabscheuen, erscheint er der Geschäftswelt oft als sich etwas fragwürdiger Methoden bedienender Emporkömmling eher suspekt. Hat er sich doch seinen Konzern, dessen Umsatz inzwischen umgerechnet 1,5 Milliarden Mark erreichen dürfte, durchweg durch Aufkäufe insolventer Familienunternehmen zu symbolischen Preisen von oft nur einem Franc aus dem Nichts aufgebaut. Sein Trick besteht darin, die in den Bilanzen voll angeschriebenen, aber zum Teil wertlosen Geschäftsgüter zu verkaufen und aus dem Erlös teilweise Gläubiger abzufinden.

So machte sich Tapie als „Unter-

nehmensretter“ einen Namen, was ihm auch bei den Gewerkschaften Ansehen einbrachte. Selbst wenn er Arbeitskräfte freisetzt, werden seine Betriebe niemals bestreikt. Auch halten ihm seine Beziehungen zu den Sozialisten, die ihn als atypischen Kapitalisten aus kleinen Verhältnissen bewunderten und von seinem Fernsehimage bei gemeinsamen Auftritten profitierten, in seiner Karriere.

So geriet seine Affäre mit den Bokassa-Schiffen, die er fast umsonst erworben haben soll, schnell in Vergessenheit. Auch der echte und falsche Luxus, mit dem er sich umgibt, findet kaum noch Anstöß. Der ganz große Coup, die Übernahme des Baumkonzerns Boussac, der mit seinen Warenhausinteressen und nicht zuletzt dem Modehaus Dior zum zweiten Mal in Konkurs geraten war, gelang allerdings nicht.

Insgesamt gehören 44 Unternehmen zur Tapie-Gruppe. Die wichtigsten sind die Wagen-Produzenten Terrillon und Testut sowie der zweitgrößte Batteriehersteller des Landes, Pflüf Wunder. Dazu kommt der Lebensmittelkonzern mit der Reformhauskette „La Vie Claire“ an der Spitze. Eine starke Position besitzt Tapie auch bei Sportartikeln mit Look (Skibindungen) und Kickers (Sportschuhe). Daneben verfügt Tapie Video-Clips (Adjani) und ist im Schall-



Bild auch Politiker? Tapie

FOTO: DPA

plattengeschäft engagiert. Jetzt hofft er von der Privatisierung des französischen Fernsehens zu profitieren.

Seinen noch wenig gefestigten Beziehungen zur neuen bürgerlichen Regierung könnte die von Tapie kürzlich eingeleitete Aktion zur Bekämpfung der Jugendberufslosigkeit dienen. Das weitestgesteckte Ziel besteht darin, der Jugend mehr Vertrauen in die Zukunft einzufloßen. Denn eine Wirtschaftskrise gibt es für Tapie nicht, man muß nur die sich immer bietenden Gelegenheiten wahrnehmen, versucht er in einer Fernsehshow zu suggerieren. So würde es nicht überraschen, wenn Bernard Tapie schließlich auch in die Politik einsteigt. JOACHIM SCHAUFUSS

„DDR“ für mehr West-Pop im Äther

Westliche Rockmusik soll in der ganzen „DDR“ ertönen: Für fünf Millionen Devisen-Mark, so schätzen Experten, baut Ost-Berlin eine UKW-Senderkette auf. Denn die „DDR“-Welle „Jugendradio DT 64“ – seit März eine Antwort auf Rias 2 – läßt sich im Arbeiter-und-Best-Best-keineswegs allortort vernehmen.

Das „Neue Deutschland“ meldete, daß die „Post bisher nicht genutzte Kanäle erschließt“. Hinter diesen Worten des Vize-Postministers Hammer verbirgt sich ein ideologisches Stück Arbeit: Denn „DT 64“, das einstündige Nonstop-Programm von Westmusik und Ost-Nachrichten, soll „in der ganzen Republik“ bis 1990 zu hören sein. Dafür muß die Valutakasse angezapft werden: Ein 100-Kilowatt-Sender westlicher Bauart kostet rund 350 000 D-Mark. Davon braucht die DDR mindestens noch acht. Und zwei Millionen Mark West sind für Leistungssteigerungen vorhandener Anlagen notwendig, rechnet ein ARD-Fachmann. Ausgaben, damit Rias nicht gehört wird.

Bisher spielt „DT 64“ nur über die Sender Leipzig (98,5 MHz) und Putbus auf Rügen (91,5 MHz). Nach dem Genfer Wellenplan kann die „DDR“ weitere Frequenzen belegen, zwischen 100 und 108 MHz. Techniker wundern sich aber: „Bis 1980 gab es drüben nur ein Radio zu kaufen, das bis 108 MHz empfängt.“ hrk

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info: Verbraucher
10.00 heute
10.05 „Und das Leben geht weiter“ (6)

14.50 Klassikentdecke
Zahnarztpraxis Charlie
15.05 Unsere kleine Farm
Die Feuersbrunst (1)

15.50 Tagesschau
16.00 heute
16.05 Die Geburt dazu
In der Bundesrepublik wird jedes dritte Unternehmen von einer Frau gegründet.

16.40 So sind Kinder
16.45 Spät am Dienstag
Charlie Chaplin, Tom und Jerry

17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Schatzkiste

20.50 Die Schatzkiste
Schauspieler
Mit Jürgen von der Lippe

21.00 Report
Themen: Kinder-Angst vor Atom-bomben, Elterninitiativen gegen Atomkraft, Strahlenschutz in Kernkraftwerken, Bundesbürger über innere Sicherheit

21.45 Dallas
Schicksalswege
22.30 Tagesschau

22.45 Tagesschau
22.50 Tagesschau
23.00 Tagesschau
23.10 Tagesschau

11.05 Jane Austen in Manhattan
12.35 Presseschau
15.00 Tagesschau

15.00 heute
15.05 Kurl – Abenteuer in Neuseeland
15.30 Ferienkinder
Ferien der Zulu-Kinder, Mini-Golf

16.05 Kleine Welt auf Rädern
16.20 Patrick Poca
17.00 heute
17.05 Die Schatzkiste

17.45 Ein himmlisches Vergnügen
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Rote mal mit Rosenblatt
19.00 heute

19.30 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute
20.15 heute

15.00 heute
15.05 heute
15.10 heute
15.15 heute

15.20 heute
15.25 heute
15.30 heute
15.35 heute

15.40 heute
15.45 heute
15.50 heute
15.55 heute

16.00 heute
16.05 heute
16.10 heute
16.15 heute

16.20 heute
16.25 heute
16.30 heute
16.35 heute

16.40 heute
16.45 heute
16.50 heute
16.55 heute

17.00 heute
17.05 heute
17.10 heute
17.15 heute

17.20 heute
17.25 heute
17.30 heute
17.35 heute

17.40 heute
17.45 heute
17.50 heute
17.55 heute

18.00 heute
18.05 heute
18.10 heute
18.15 heute

18.20 heute
18.25 heute
18.30 heute
18.35 heute

18.40 heute
18.45 heute
18.50 heute
18.55 heute

19.00 heute
19.05 heute
19.10 heute
19.15 heute

19.20 heute
19.25 heute
19.30 heute
19.35 heute

19.40 heute
19.45 heute
19.50 heute
19.55 heute

20.00 heute
20.05 heute
20.10 heute
20.15 heute

20.20 heute
20.25 heute
20.30 heute
20.35 heute

20.40 heute
20.45 heute
20.50 heute
20.55 heute

21.00 heute
21.05 heute
21.10 heute
21.15 heute

21.20 heute
21.25 heute
21.30 heute
21.35 heute

Mit Amadeus gegen Mozart

Im Salzburger Festspielhaus konnten die Zuschauer bei der Eröffnungssaison erleben, wie heute die Salzburger Festspiele kulturelle Ereignisse politisiert und ideologisiert werden. Der österreichische Unterrichtsminister Moritz (SPÖ) benutzte seine Festrede, um wieder einmal gegen die „Hochkultur“ und den angeblich elitären Charakter Salzburgs zu Felde zu ziehen, wobei eines seiner Argumente lautete, die jungen Leute assoziierten heutzutage den Namen Amadeus mehr mit Rockmusik und dem österreichischen Popstar Falco als mit Mozart.

Nun ist allerdings zu fragen, welche Jugendlichen der Wiener Unterrichtsminister hier meinte. In der Bundesrepublik könnten es jene sein, die durch die scheinbar egalitäre linke Schulpolitik ein Bildungsniveau verpaßt bekommen, das nur schwer wieder zu reparieren ist. Oder ist etwa die Tatsache, daß manche Leute Bismarck mit einer Heringszubereitung in Verbindung bringen, ein Argument gegen die historischen Wissenschaften? Wenn Popsänger von Erbe Mozarts mitnähmen, spricht das doch letztlich nur dafür, daß die vielzitierte Hochkultur eine Ausstrahlungskraft besitzt, die weit über ihren eigentlichen Raum hinaus geht.

Auf die fast mit erhobenem Zeigefinger ausgesprochene Mahnung des Unterrichtsministers, daß der österreichische Steuerzahler für jeden Festspielabend 600 Schilling an Subventionen zahlen müsse, fand Bundespräsident Kurt Waldheim die richtige Antwort: Wer immer nur kalkuliere, was er für die Kunst ausgeben, der glaube allzu leicht, er sei der Herr über die Kunst und diese sei seine Dienstleistungspflichtige Handlung. In der Tat, sagte der Staatspräsident.

Wenn der Wiener Unterrichtsminister sich dann noch bemüht, die Festspiele als „ökonomisches Instrument“ zu beschreiben, das die österreichische Bundesregierung einbringen will, um die Abgabe des Soziologen Dahrendorf zu bedauern, so zeigt sich hier nicht nur die vielzitierte „Nach-Tarocken“, sondern darüber hinaus ein gewisser Mangel an Stil, den man gerade aus Österreich und gerade in Salzburg nicht erwartet hätte.

Die großen Straßen der Welt (III): Auf Madrids „La Castellana“ tröstete Spanien sich über den Verlust seines Weltreichs hinweg

Einzige Grenze ist der Horizont der Hochebene

K eine der europäischen Hauptstädte zeichnet in der Anlage ihrer Stadtplanung so deutlich die Jahrhundertringe ihres Entstehens nach wie Madrid. Das ehemalige „Madschrit“ der Araber, 1093 endgültig von den Christen zurückerobert, war ein sonnendurchflutetes und staubiges Nest in der Einsamkeit der kastilischen Hochebene, bevor Philipp II. 1561, um sich aus der kirchlichen Umklammerung Toledo zu lösen, es zum Verwaltungssitz seines autoritären Zentralismus erkort. An Platz für die Ausdehnung der künftigen Hauptstadt hat es in der Weite Neukastiliens weder damals noch später gefehlt. Wohl hatte das alte Madrid der Habsburger, das um die „Plaza Mayor“ entstand, sich zunächst noch hinter Stadtmauer und Tore verbarrikadiert. Immerhin besaß es aber neben den verwinkelten Gassen in seiner Hauptstraße, der Calle Mayor, schon eine Avenida von stattlicher Breite, die selbst heute noch, wenn auch notdürftig, mit dem Massenverkehr des modernen Madrid fertig wird. Der angeblich so bürokratische und engstirnige Philipp II. hatte im neuen Regierungssitz einen großzügigen Wurf verordnet, der bis ins 20. Jahrhundert das Kennzeichen der Millionenstadt geblieben ist.

Das Madrid der Habsburger endete beim damaligen Osttor. Es gibt den Namen noch - Puerta del Sol - aber daraus wurde unter den Bourbonen ein Verkehrsknotenpunkt. Die meisten der damaligen Geschäftsstraßen zogen sich von dort aus in alle Richtungen. Hier stand der Kilometerstein Null des Sterns der Fernstraßen, der sein Netz über die ganze Halbinsel legte.

Von hier ging auch die über die historische Universität Alcala de Henares nach Barcelona führende Straße aus, die Calle Alcala, aus der zwischen der Ausfahrt zu der belaubten Autobahn Spanien geworden ist. Die Paläste der Banken, die sie säumen, sind längst zu Großbauten umgebaut, soweit sie nicht Büros für weichen mußten, die Madrid immer mehr in ein kastilisches Manhattan verwandelt. Madrid ist ohne Zweifel die am meisten amerikanisierte Großstadt Europas.

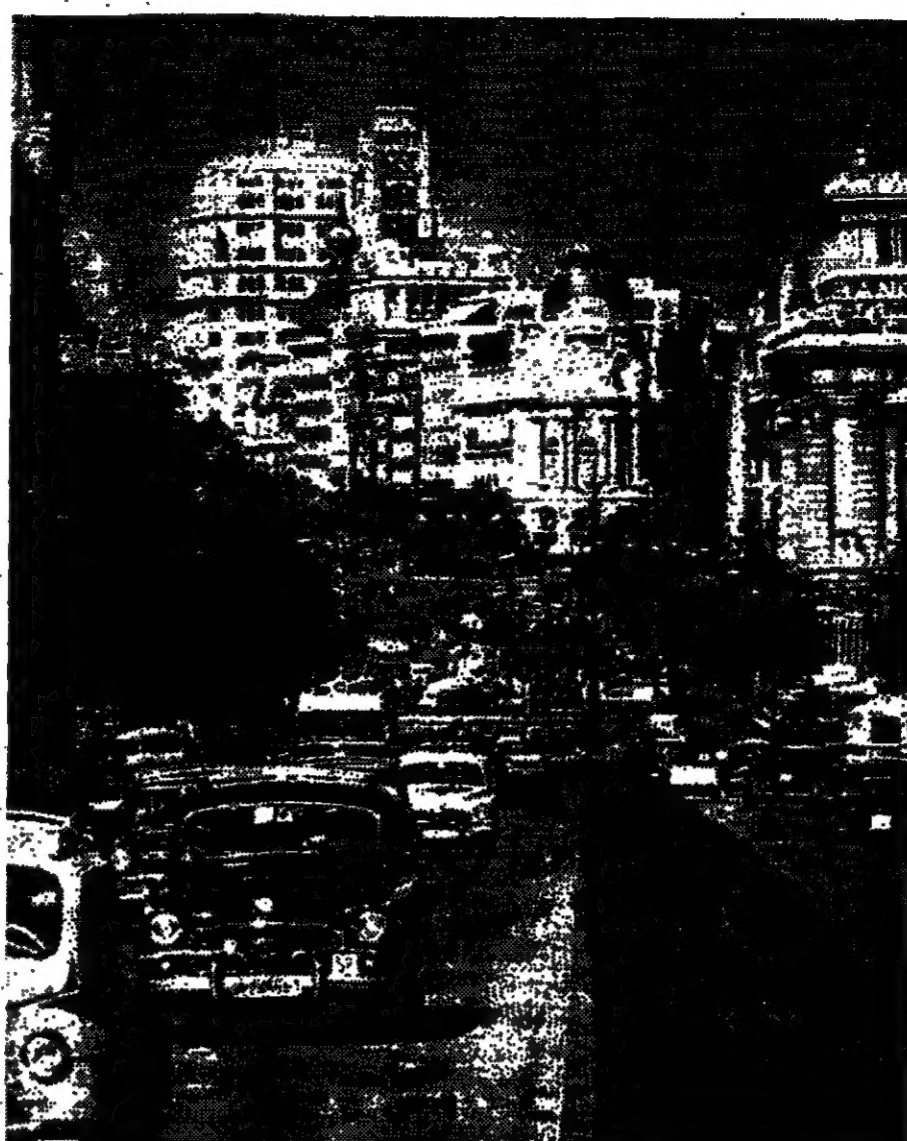
Aus der Calle Alcala war nach dem Ende der Habsburger-Zeit die zweite Achse Madrids geworden. Sie war ganz boursenmäßig ausgerichtet, gefüllt vom Geist des Fortschritts im ausgehenden 18. Jahrhundert. Um sie

scharten sich die königliche Oper, das Stadtschloß Palacio de Oriente, 1754 erbaut, und die durch rigorose Straßen-Durchbrüche entstandene Gran Vía, die immer noch die belebteste Einkaufsstraße der Stadt ist.

Madrid hat unter den Großstädten Europas den einzigartigen Vorzug, eine Stadt ohne Korsett zu sein, ungehindert in ihrer räumlichen Ausdehnung. Der Niedergang Spaniens als Weltmacht konnte ihre Entwicklung verlangsamen, aber auf die Dauer nicht aufhalten. Weder Bürgerkrieg noch dynastische Konflikte, weder die Irrwege der spanischen Politik nach der Verlust des Imperiums standen dem Wachstum Madrids im Wege. Spät im 19. Jahrhundert war mit der beginnenden Industrialisierung Spaniens und der sich ausdehnenden Regierungsbürokratie eines Tages die Entwicklung erreicht, in der die Stadt reif dafür war, sich einen dritten Jahrhundertring zuzulegen, den einer neuzeitlichen Großstadt.

Es war von vornherein klar, daß die Achse dieser Expansion einen Zug ins Anspruchsvolle haben mußte. Wieder war Großzügigkeit das Signum einer weiteren Etappe der Stadtgeschichte. Entschlossen, den Gürtel der Enge endgültig zu sprengen, entwarf man eine grandiose Ausfallstraße. Ein großbürgerliches Madrid begann in Richtung des jenseits von ihm liegenden Althais zu wachsen. Es war folgerichtig, daß die imposante Avenida, die das vornehme Viertel einer neuen Übersicht durchquerte und als Bindeglied des jungen zum alten Kastilien konzipiert war, „La Castellana“ heißen mußte.

Um einen neuen Brennpunkt, den



Als die Castellana „Avenida del Generalísimo“ hieß: Am Cibele-Brunnen kreuzen sich die prächtige Castellana und die geschäftige Calle Alcala

Cibele-Brunnen, entstanden pompöse Verwaltungs- und Regierungspaläste wie die Bank von Spanien, das Armee- und das Marineministerium, die Nationalgalerie, die Nationalbibliothek und andere architektonische Symbole eines ausgeprägten Prästiges, mit dem das damalige Spanien das Bewußtsein ertränkte, wie wenig vom Glanz des Weltreiches zurückgeblieben war.

Dieses dritte Madrid, das ins 20. Jahrhundert hineinwuchs, entwickelte sich trotz der psychologischen Pro-

blematik seiner Entstehungsgeschichte zu einer lebenswichtigen und attraktiven Stadt, deren man sich leichtsinnig dermaßen mit dem Verlust einer großen Vergangenheit abfinden schen. Aus dem Zentrum der Staatsbürokratie, nicht eben beliebt bei Basques, Katalanen und Andalusern, ging eine moderne Metropole hervor, die mit den gesellschaftlichen Umwälzungen am Ausgang des Feudalismus zunächst wenig Schwierigkeiten hatte.

Das optimistische Madrid, das um

die Castellana entstand, markierte den Übergang von einer Stadt, deren Atmosphäre hauptsächlich durch den Hof und die Aristokratie vorbestimmt war, zum Unternehmungsgeist einer bürgerlichen Oberschicht und einer kapitalistischen und unbesorgten Finanz- und Geschäftswelt. Einer zu unbesorgten Welt vielleicht.

Bald schlug der Blitz des Bürgerkriegs ein. Als er zu Ende war, rollten über die mit Schlaglöchern bedeckte Prunkavenida die Panzer der Siegerarmee Francos. Optimismus war nicht mehr an der Tagesordnung. In den ersten Jahren nach dem Bürgerkrieg, die mit dem Zweiten Weltkrieg zusammenfielen, als Madrid ein grauesames Brot, aus dem zuweilen Sägemehl rieselte. Doch die einst so fröhliche Hauptstadt hat nie zur Kenntnis genommen, daß die Castellana, Achse ihres feinen Viertels, jetzt offiziell „Avenida del Generalísimo“ hieß.

Man sieht es ihr, trotz der ungeheuren Veränderungen, die sie erlebt hat, noch immer an, daß sie ursprünglich als „Paseo“ - als Lampionspromenade gedacht war. Längst promenieren unter den Sonnenschirmen ihrer baumbestandenen breiten Anlage keine adrehten Sektoren mehr, die sich wie in einer behaglichen Vergangenheit zur täglichen Fix-Stunde für die Cavaleros zur Bräuttschau einfanden.

Weder den Madrileños von heute noch der Vier-Millionen-Stadt Madrid steht gegen Ende des Jahrhunderts noch der Sinn nach Bräuttschau, Sonnenschirmen und Paseo. Obwohl in den fünfziger Jahren der Fremde zwischen spärlichen Regierungsbauten noch alle drei Fahrbahnen der Prunkstraßen für sich allein hatte, droht heute ein Verkehr, der mit Sicherheit nicht minder kompakt und nervenzersetzend ist als in jeder anderen Weltstadt.

Schwungvolle Gebilde sind über die Castellana gespannt. Ein kompliziertes System von Querverbindungen und Unternehmungen hat Mähe, mit einer Blechlawine fertigzuwerden, die sich oft mit Temperament ungeduldiger Autofahrer verschluckt. Die „neuen Ministerien“, die einst das Ende der Castellana bezeichneten, liegen heute fast schon mitten im Getriebe der Stadt, die wächst und wieder wächst - die weltweiten Horizonte der Hochebene sind ihre einzige Grenze. HEINZ BARTH

JOURNAL

Wagners Pläne für die Bayreuther Festspiele

Wolfgang Wagner hat seine Pläne für die nächsten beiden Festspiele konkretisiert. Der gegenwärtige „Ring“-Dirigent Peter Schneider wird 1987 die Leitung der „Lohengrin“-Neuinszenierung übernehmen, für die Werner Herzog als Regisseur verpflichtet wurde. Namen von Solisten wollte Wagner ebenso wenig nennen wie die Besetzung für die „Ring“-Neuinszenierung 1988 von Harry Kupfer, die Daniel Barenboim musikalisch leiten wird. Im „Ring“-losen Jahr 1987 wird Götz Friedrichs „Parsifal“ ins Programm zurückkehren. Komplettiert werden die 30 Vorstellungen mit den „Meistersingern von Nürnberg“, „Tannhäuser“ und „Tristan und Isolde“. Für den 1987 in Salzburg ausgetesteten Horst Stein wird mit dem 33jährigen Dänen Michael Schönbach ein Bayreuth-Neuling die „Meistersinger“ dirigieren.

Glasgow-Ausstellung wird verlängert

Hunderttausende haben in den letzten Wochen in der Moskauer Menage die zweite große Ausstellung des Malers Ilya Glasnow besucht. Die Schau wird jetzt verlängert. In den 50er Jahren war der gebürtige Leningrader vorübergehend wegen der „politischen Aussage“ einiger seiner Bilder in Ungnade gefallen. Den offiziellen Durchbruch schaffte Glasnow mit einer staatlichen Auftragsarbeit, einem Porträt von Leonid Breschnew aus Anlaß des 70. Geburtstages des Staats- und Parteichefs. Zahlreiche Prominente ließen sich von ihm porträtieren, unter ihnen Salvador Allende, König Carl Gustaf von Schweden und Indira Gandhi.

Steven Spielberg plant dritten „Indiana Jones“

Der amerikanische Erfolgsregisseur Steven Spielberg sucht in der Umgebung des französischen Badeorts Le Touquet nach Drehorten für den dritten Film der „Indiana Jones“-Reihe, der in Frankreich und im Senegal entstehen soll. Wie sein Drehbuchautor Stephen King bekannt ist, ist das Projekt „zu 70 Prozent“ sicher. Drehbuch und Besetzung des Nachfolgewerks von „Raiders of the Lost Ark“ und „Indiana Jones and the Temple of Doom“ sind noch nicht bekannt.

Boris Christoff gründet Akademie der Künste

Eine „bulgarische Akademie der Künste und Kultur“ entsteht gegenwärtig in Rom. Sie wird von dem bulgarischen Opernsänger Boris Christoff finanziert und soll junge Talente fördern: Musiker, Bildende Künstler, Schriftsteller und Architekten.

Besucherandrang bei „Friedrich dem Großen“

Über 15 000 Menschen haben bisher die Ausstellung „Friedrich II. und die Kunst“, besucht, die vor einer Woche im Potsdamer Neuen Palais anläßlich des 200. Todestages Friedrichs des Großen eröffnet wurde. Das Interesse der Bevölkerung an der Ausstellung ist nach den Worten des Direktors der Schlosser von Potsdam-Sanssouci, Hans-Joachim Giesberg, auf das „Wissen um die Widersprüchlichkeit des Monarchen“ zurückzuführen. Hochrangige „DDR“-Vertreter hatten an der Eröffnung der Ausstellung, die bis zum 12. Oktober dauert, nicht teilgenommen.

Clownerien beim Freiluftfestival

Mini-, Hobby- und Proff-Clowns suchen das Kulturamt der Stadt Hagen für ein dreitägiges Freiluftfestival vom 3. bis 5. Oktober. Geplant sind neben Auftritten der Späßeher auch Talkshows, in denen sie hinter die Kulissen ihrer Clownereien blicken lassen.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Predigtsammlungen, früher eine beliebte Lektüre, liest heute kaum noch jemand. Albert Schweitzer, einst Ideal einer ganzen Generation, lebt hauptsächlich nur noch im Namen von Schulen weiter. Und doch: Albert Schweitzer, „Straßburger Predigten“ wäre einer großen Verbreitung wert. Was der junge Theologe ohne jedes „Kanzelschmerz“ von 1902 bis 1913 und dann - nach dem ersten Aufenthalt im afrikanischen Lambarene - kurz nach Ende des Ersten Weltkriegs seiner Gemeinde sagte, das ist von einem manchmal verblüffenden Aktualität, bis hin zu zwei Predigten über „Ehrfurcht vor dem Leben“ aus dem Februar 1919. ohn Albert Schweitzer: Straßburger Predigten, 175 S., 12,50 Mark, Beck'sche Schwarze Reihe 307

Innen frostig: Léa Pools Film „Die Frau im Hotel“

Zeugin der eigenen Angst

Es stellt sie am Ende. Sie träumt von einem Spaziergang am Meer. Mit leiserem Blick, ganz natürlichem Gesicht und mildem Schritt wandert sie durch das winterlich-triste Montreal. Dort triumphiert sie von einem Spaziergang am Meer, von einem Wind, so scharf, daß er ihren Körper dünner und dünner schneidet und ihn schließlich mit sich fortträgt. Wie sich ihr Leben allerdings in diese düstere Sockeisse verirrte, kann man nur ahnen. Denn die Vergangenheit bleibt ausgespart, auch als Estelle im Hotel einen kläglich scheiternden Selbstmordversuch wagt.

In diesem Hotel wohnt auch die Regisseurin Andrea. Gerade will sie, offenbar von Selbstzweifeln angekränkt, die Krise einer ausgebrannten Sängerin verfilmen. Doch die Inszenierung schleicht sich nur zäh voran, da die Schauspielerin immer wieder in ihrer deprimierenden Rolle versagt. Doch dann steht Andrea eines Tages die einsame Estelle und ist sofort fasziniert von deren trostloser Traurigkeit.

Ganz allmählich, in kleinen Schritten, wird die Künstlerin zum Vampir, der ein fremdes Schicksal anzapft, da ihre eigene Inspirationsquelle nur noch spärlich sprudelt. Ganz allmählich aber scheint auch Estelle von der künstlerischen Stilisierung ihres Lebens eigenständig fasziniert. Immer öfter taucht sie als stumme Zeugin am Drehort auf. Und hier begegnet sie erschüttert, weil unvorbereitet, ihren eigenen Ängsten.

Ein schwieriger Film also, der raff-

niert über die Spannung von Kunst und Leben, über unaufhebbare Einsamkeit und weibliche Solidarität meditiert. Zwar spendierte der Verleiher diesem Werk von Léa Pool nur schlappe fünfzigtausend, doch vergißt man diesen Mangel bald im magischen Sog der Bilder. Denn rostruhne Docks hinter dem Grauschleier des Schneereizes, die leeren Liegestühle eines Sanatoriums oder der kahle Eisenwald aus Parkbänken erzählen eindringlich von der Fremdheit und der Welt.

Oft wandelt die in der Schweiz geborene und seit zehn Jahren in Kanada lebende Léa Pool auf den Spuren Michelangelo Antonionis. Wie der berühmte Italiener drückt sie feinste Stimmungen ihrer Figuren in sorgsam ausgewählter Landschaft, Architektur und Musik aus; wie er in Monica Vitti, hat sie in Louise Marleau eine fast gläserne feinnervige Hauptdarstellerin. Und da eine ausgeklügelte Farbdramaturgie alle Facetten der Begegnung zwischen Estelle und Andrea spiegelt, bleiben wortreiche Erklärungen Mangelware.

So läßt sich Léa Pools Film „Die Frau im Hotel“ zum Glück weder als forsch-feministische Attacke noch als plumper Protest gegen die Tristesse der Städte vereinnahmen. Doch diese mit unerhittlichen Stillewilen fotografierte Winterreise in frostige Innenwelten beweist, daß man allein mit der Kraft der Bilder noch immer die besten Geschichten erzählen kann.

HARTMUT WILMES



Stummfilmzeugin im Drehort, fasziniert von der Traurigkeit: Louise Marleau in „Die Frau im Hotel“

Postscriptum zur abgelaufenen Theatersaison

Hörtest und Ruhestunde

Freunde pflegen den Kritiker ja immer zu beneiden: „Was hast du für einen schönen Beruf! Theater ist doch keine Arbeit. Und Freikarten kriegst du auch noch!“ Sie wissen nicht, wovon sie reden. Über 180 Stunden habe ich in der vergangenen Saison in Theatersesseln verbracht. Das sind 20 volle Arbeitstage. Knapp 50 Vorstellungen in 15 Städten. Der Kilometerzähler meines Theater-Autos ist bei über 20 000 stehen geblieben. Da sage noch einer, ins Theater zu gehen sei keine Arbeit.

Und was einem da alles zugemutet wird! Siebenzehnhundert Stunden Goethe in Bremen (Faust I, ungekürzt). Schauspielerei, bei denen man Mühe hat, wenigstens jedes dritte Wort zu verstehen (zum Beispiel Arroyo „Bantam“ in München). Stücke, in denen in 90 Minuten über 30mal das berühmte Wort mit dem Anfangsbuchstaben „E“ vorkommt („Diese Männer“ von Mayr Simons in Stuttgart). Autorinnen, die von sich bekunden, sie wären eigentlich weibliche Lustmörderinnen (Kathrin Jelinek im Programmheft zu „Burgtheater“ in Bonn). Regisseure, die auch Besucher, die sonst keine Gelegenheit dazu haben, Fernsehserien wie „Dallas“ oder „Schwarzwalddiänie“ nahebringen (Peter Zadek mit Shakespeare „Wie es euch gefällt“ in Hamburg). Theater ist eben allumfassend: Vom Hörtest bis zur Volksbildung wird einem alles geboten.

Natürlich gab es auch in der vergangenen Saison wieder Theaterabende, die dem leblichen wie dem seelischen Wohl des Besuchers dienen. Dreimal wurde mir Gelegenheit geboten, mangelnde Bühnensituationen verumtelt Schlaf nachzuholen: Horst Siedes Kölner Inszenierung von Turgenjews „Ein Monat auf dem Lande“, Daniel Dopplers Komödie „Die Wachtel“ in Osnabrück und Arno Schmidt „Der Vogelkämpfer von Imst“ in Eschwege dürfen sich in meiner persönlichen Saisonbilanz den Titel „Entspannendste Inszenierung des Jahres“ teilen.

Appropos Vergabe von Titeln: In Bonn sah man angeblich Lessings „Miss Sara Sampson“. Aber da muß der Regisseur David Motchler-Samurai sich geirrt haben: Bei Lessing sterben am Ende mehrere Personen. In Bonn überlebten sie alle, wegen ich dafür plädierte, diese Regieleistung als „humanste Inszenierung der Spielzeit“ zu ehren.

Der Preis für das Stück mit der geringsten geistigen Ausbreitung geht wohl diesmal nach Bochum: Lars Noréns „Nachwache“ unterschied sich in nichts von seinem vorangegangenen Werk „Dämonen“. Und schließlich ist auch der Preis für die „nacktesten Tatsachen“ auf den

deutschen Bühnen zu vergeben: Kroetzens Selbstinszenierung von „Der Nussler“ bot unbeludete Damen und Herren in Kompaniestärke, gefolgt von Günter Krämers Bremer Inszenierung des Bühnen-Dramas „Dantons Tod“, wo man sich mit dem Anblick von sechs „Textilfreien“ zufriedengeben mußte.

Der „faulste Theaterchef“ war ganz ohne Zweifel Claus Peymann. Nicht eine einzige Inszenierung bekamen die Bochumer von ihrem Star zu sehen. Er war wohl schon mehr als nur gedanklich in die schöne blaue Donau entzweit. Ganz anders sein Nachbar Günther Beitz in Düsseldorf, dessen letzte Saison am Rhein - ganz ohne Spott gesagt - zu seinen besten gezählt werden muß.

Sportfans sind in der Spielzeit 88/89 nicht so recht auf ihre Kosten gekommen. Der Abstieg aus der Bundesliga war schon früh entschieden. Die Kölner boten von Spiel zu Spiel immer weniger, so daß der zweite Wusch-Absteiger, Berlins Staatliche Bühnen unter ihrem verfeimten Coach Herbert Sasse, noch Paroli bieten konnte. Aufsteiger der Saison war sicher Bremen, wo Günter Krämer unter anderem mit der wohl interessanten Uraufführung (Friedrich Roths „Das Ganze ein Stück“) wichtige Pionspunkte sammelte.

Meine persönliche Statistik führt auf, daß ich mich 22mal sehr gelangweilt habe, sechsmal empfand ich die Aufführung als regelrechte Zumutung. An ganze fünf Theaterabende erinnere ich mich mit Freude oder innerer Bewegung. Pina Bausch hat in Wuppertal mit dem Tanzabend „Viktor“ zu alter Größe zurückgefunden - ein Spiel von Leben und Tod, das Vergleichkeiten in einer empfindsamen Balance zu menschlichen Sehnsüchten hielt. „Falsch“ von René Kallay in Bonn (Regie: Peter Eschberg) wagte sich endlich einmal an die Innenseite der jüdischen Tragödie: Die Ausweglosigkeit von Menschen, deren Identität zerstört wird. Und - neben den schon erwähnten Krämer-Inszenierungen von „Faust I“ und „Das Ganze ein Spiel“ in Bremen - noch das Robert-Wilson-Gastspiel in Frankfurt mit „Knee Plays“. Zarte Bilder von der Gleichzeitigkeit aller Dinge. Das ist ein bißchen wenig für soviele Aufwand.

Aber nehmen wir's mit Humor: Es gab ja auch ein paar Skandalchen, so wie in München, wo Herbert Achternbusch und Sepp Bierichler uns lehrten, daß Politik Theater und Theater Politik sind. Wenn das so ist, ähnelt Theater eben leicht der Tagesschau: Eine Aneinanderreihung von Sprechblasen. Und sich so etwas zu Gemüte zu führen ist eben doch harte Arbeit.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Basels Kunsthalle zeigt Plastiken von Bruce Nauman

Aus dem Bauch der Erde

Von den Künstlern im Umkreis der Minimal Art ist der 45jährige Amerikaner Bruce Nauman die wohl rätselhafteste Figur. So leicht sich die Konstruktionen eines Sol LeWitt identifizieren lassen, so eindeutig Dan Flavin, Daniel Buren, Carl Andre und Donald Judd auszusprechen sind: In Bruce Naumans Werk gibt es immer wieder geradezu abrupte Volten. Er läßt Werke entstehen, die nichts miteinander zu tun haben.

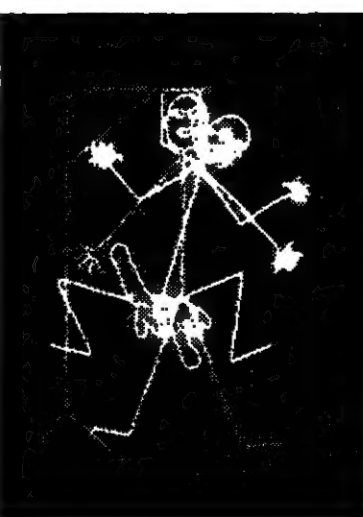
Um so neugieriger war man auf das Ausstellungsprojekt der Basler Kunsthalle mit plastischen Arbeiten von Bruce Nauman, eröffnet am dem Tage, da im Basler Museum für Gegenwartskunst eine Schau von Naumans Zeichnungen schloß. Letztere geht auf ausführliche Deutschland-Tournee, die Skulpturen wandern weiter nach Paris und London.

Wenn schon Kunst ist, was ein Künstler spuckt, mag sich Nauman denken, um wieviel mehr ist dann ein Kunstwerk, was er direkt von seinem Körper abgenommen hat. So gibt es in Basel zum Beispiel eine Arbeit zu sehen, bei der dünne, gebogene Neonröhren im Abstand von zehn Zentimetern die Linke Körperhälfte Naumans nachformen, gleich den Randlinien von Querschnitten.

In einer anderen Arbeit hat Nauman verschiedene Materialien auf einander geschichtet, etwa Filz und Aluminium, jeweils durch eine Fettschicht getrennt, in diese Schicht dann Löcher von der Form seiner Taille und vom Durchmesser seines Arms geschnitten. Diese alten Arbeiten aus den sechziger Jahren zeigen am deutlichsten, wie sehr Nauman in seinem Kunst-Denken von Europa beeinflusst ist, von Beuys und Arte Povera. Und vielleicht liegt da auch der Grund, daß Nauman in Europa, wo er in Sammlungen wie Saatchi, Crex und Panza vertreten ist, eher geschätzt wird als in seiner Heimat.

Aber Nauman liefert auch die glatteren, auf den ersten Blick freundlichen Kunst-Amerikanismen. Wortspiele in Neon zum Beispiel, wo die Worte „Death“ und „Eat“ übereinanderblendet, „Run from Fear“ (Rennen aus Furcht) zu „Fun from Fear“ (Spaß aus dem Hintergrund) verdreht, solche Neonwortspiele auch zu Dreiecken, Kreisen und Kreuzen verschaltet, daß sie aussehen wie Reklameemblem.

Zu diesen Neonarbeiten sind dann auch figurliche Darstellungen gekommen, Strichmännchen aus verschiedenfarbigem Licht also, bei denen durch relaisgesteuerte Stromzufuhr die einzelnen Phasen einer Bewegung simuliert werden. Irgendwo müssen da auch sexuelle Obsessionen im Spiel sein, denn Naumans Strichmännchen haben stets ein eri-



„Hanged Man“, Neonarbeit von Bruce Nauman (1965) aus der Basler Ausstellung

solchen Materialien unmöglich gemacht. Naumans Arbeiten wirken leicht schmutzig. Das Verlangen, diese Stücke zu berühren, zu befühlen, zu befingern, was sonst von der Plastik gern proklamiert wird, wecken Naumans Stücke gewiß nicht. Eher steckt man die Hände in die Tasche, aus Angst, diese Dinge könnten beißen.

Eben das ist aber wohl auch die Idee hinter diesen Stücken. Sie sollen so etwas darstellen wie Fundschatten aus dem Bauch der Erde oder kultur-rätselhafte Relikte unbekannter Kulturen, sollen verunsichern über die Welt, in der wir leben, wollen verunsichern, was klar ist, wollen Platz schaffen für Mythen. Insofern bezieht Nauman geradezu eine Gegenposition zu den doch meist aufklärerischen Gedankengängen der Minimal Art. Das zumindest läßt die Basler Ausstellung als Quintessenz zu. (Bis 7. Sept., ABC Paris vom 8. Okt. bis 7. Dez., Whitechapel Art Gallery London 16. Jan. bis 22. Feb. 1987; Katalog 25 sfr.) REINHARD BEUTH

